



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

**VhU-Bewertung  
des Koalitionsvertrags von CDU und SPD in Hessen vom 18.12.2023  
für die 21. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2024 - 2029  
16. Februar 2024**

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Gesellschaft: Mehr Freiheit lassen.....</b>	<b>7</b>
1.1	Freiheit von Bürgern und Betrieben weniger einschränken.....	7
1.2	Willkommenskultur für Kinder und Stärkung von Ehe und Familie .....	7
1.3	Für eine offene Gesellschaft werben .....	7
1.4	Den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat militärisch besser verteidigen .....	8
1.5	Kein verpflichtendes Dienstjahr zu Lasten aller Schulabgänger.....	8
<b>2</b>	<b>Wirtschaftsordnung: Mehr auf Markt und Wettbewerb setzen.....</b>	<b>9</b>
2.1	Politik für Wirtschaftswachstum betreiben .....	9
2.2	Für soziale Marktwirtschaft in ordoliberaler Konzeption – ohne politische Interventionen in den Wettbewerb .....	9
2.3	„Privat vor Staat“ gewährleisten, Hessische Gemeindeordnung reformieren .....	10
2.4	Beteiligungen des Landes an privaten Unternehmen verringern.....	10
2.5	Neue Subventionstöpfe wie „Hessenfonds“ vermeiden .....	10
<b>3</b>	<b>Haushalt: Nicht auf Pump leben.....</b>	<b>11</b>
3.1	Lastverschiebung in Zukunft beenden hat Vorrang in Haushaltspolitik .....	11
3.2	An Schuldenbremse festhalten.....	11
3.3	Etwaige konjunkturell bedingte Verschuldung transparent berechnen .....	11
3.4	Notlagenkredite nur in wirklichen Notlagen aufnehmen .....	12
3.5	Corona-Schulden schnell tilgen.....	12
3.6	Allgemeine Schulden: Tilgungsplan gesetzlich verankern .....	12
3.7	Für riesige Pensions- und Beihilfelasten höhere Rücklagen bilden.....	13
3.8	Öffentliches Sachvermögen sichern: Investitionen in Höhe der Abschreibungen.....	13
3.9	Temporäre Ausgabenbremse: Nullrunden ab 2024 für alle Ausgaben.....	13
3.10	Aufgaben und Ausgaben kritisch hinterfragen und ggf. streichen .....	14
3.11	Personalzuwachs stoppen.....	14
3.12	Keine expansive Fiskalpolitik zur Konjunkturstimulierung .....	15
3.13	Investitionsquote erhöhen, sobald es haushaltspolitisch möglich ist. ....	15
3.14	Anreize für neue Wohnbauflächen im Kommunalen Finanzausgleich setzen .....	15
<b>4</b>	<b>Steuern: Unternehmen entlasten, sobald haushaltspolitisch möglich.....</b>	<b>16</b>
4.1	Steuer- und Abgabenerhöhungen im Land vermeiden .....	16
4.2	Steuersenkungen im Bund unterstützen, sofern es die Konsolidierung zulässt .....	16
4.3	Grunderwerbsteuer: Schrittweise für alle senken, nicht nur für einzelne Gruppen .....	16
4.4	Grunderwerbsteuer: Stundung erlauben.....	17
4.5	Grundsteuer: Nicht weiter verschärfen .....	17
4.6	Grundsteuer C wieder abschaffen .....	17
4.7	Einfuhrumsatzsteuer reformieren: Verrechnungsverfahren einführen .....	18
4.8	Erbschaftsteuer: Nicht erhöhen, Familienunternehmen fair besteuern.....	18
<b>5</b>	<b>Staatsmodernisierung: Mehr Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst .....</b>	<b>19</b>
5.1	Für einen starken, aber schlanken Staat mit effizient arbeitenden Behörden.....	19
5.2	E-Government ausbauen .....	19
5.3	Interkommunale Zusammenarbeit und Gemeindefusionen unterstützen .....	19
5.4	Verbeamtung bei Neueinstellung im öffentlichen Dienst auf Prüfstand stellen.....	20
<b>6</b>	<b>Standort Hessen: Attraktivität des Heimatstandorts steigern .....</b>	<b>21</b>
6.1	Starken Wirtschaftsstandort erhalten, Strukturwandel zulassen .....	21

6.2	Wirtschaftsförderung der WI-Bank fokussieren.....	21
6.3	Existenzgründer unterstützen .....	21
6.4	Wirtschaftsförderung durch Hessen Trade & Invest fortsetzen .....	22
6.5	Neue Flächen für Industrie, Gewerbe und Logistik schneller bereitstellen .....	22
6.6	Bürokratie abbauen .....	22
6.7	Planungs- und Genehmigungsverfahren in Bund und Land beschleunigen .....	23
6.8	Breitbandausbau beschleunigen .....	23
6.9	Gesundheitswirtschaft: Standortbedingungen weiter verbessern.....	23
6.10	Handwerk: Unternehmensgründungen von Handwerksmeistern weiter fördern.....	23
6.11	Landwirtschaft: Bürokratie verringern .....	24
6.12	Wirtschaftsförderung entbürokratisieren .....	24
6.13	Wirtschaftsförderung nicht von Kriterium „gute Arbeit“ abhängig machen.....	24
6.14	Digitalisierung der Unternehmen weiter unterstützen .....	25
<b>7</b>	<b>Bildungssystem und Schule: Bildung aktiv und innovativ gestalten .....</b>	<b>26</b>
7.1	Stärkere Evidenzbasierung in der Bildungspolitik .....	26
7.2	Bildungspolitischen Fokus auf Grundkompetenzen legen.....	26
7.3	Digitalisierung des Bildungssystems nicht (wieder) schleifen lassen .....	27
7.4	Ökonomische Bildung und MINT-Bildung aufwerten, Informatik als Fach stärken .....	27
7.5	Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräftenachwuchs ausweiten .....	28
7.6	Schulen von Verwaltungsaufgaben entlasten .....	29
7.7	Festhalten an Noten, Nichtversetzung, Wiederholung .....	29
<b>8</b>	<b>Aus- und Weiterbildung: Berufliche Bildung und Berufsschulen stärker unterstützen.....</b>	<b>30</b>
8.1	Berufliche Bildung in den Fokus der Bildungspolitik rücken und fördern .....	30
8.2	Berufsorientierung aufwerten .....	30
8.3	Übergangssystem optimieren und reduzieren .....	30
8.4	Berufsschulstandortkonzept prüfen und Zukunftsstrategie entwickeln .....	31
8.5	Hessisches Weiterbildungsgesetz nicht ausweiten.....	31
<b>9</b>	<b>Hochschule und Forschung: Hochschulbildung, Transfer und Wissenschaft an die Spitze .....</b>	<b>33</b>
9.1	Hochschulen und insbesondere technische Studiengänge besser ausstatten .....	33
9.2	Innovationen weiter gezielt fördern.....	33
9.3	Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöhen .....	33
9.4	In Forschung zu voraussichtlichen Schlüsseltechnologien sowie in Technologie- und Wissenstransfer investieren.....	34
9.5	Berufsorientierung an Universitäten für Absolventen und Studienzweiflern/ -abbrecher verbessern .....	34
9.6	Zivilklauseln an Hochschulen überprüfen .....	34
<b>10</b>	<b>Verkehrsinfrastruktur: Gute Mobilität für Hessen gewährleisten .....</b>	<b>35</b>
10.1	Mobilität stärker als etwas Positives betonen .....	35
10.2	Mehr in Verkehrswege investieren und Werterhaltungsregel einführen .....	35
10.3	Planungs- und Genehmigungsverfahren maximal beschleunigen .....	35
10.4	Klimainvestitionen möglichst technologieoffen gestalten .....	36
10.5	Autobahnen und Bundesstraßen in Hessen neu- und ausbauen .....	36
10.6	Mehr Lkw-Parkplätze schaffen und Sicherheit erhöhen .....	37
10.7	Rheinbrücke südlich von Wiesbaden und im Rheingau sowie Mainquerung östlich von Offenbach prüfen.....	37
10.8	Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen prüfen .....	37
10.9	Elektro-Ladeinfrastruktur privatwirtschaftlich aufbauen lassen.....	38

10.10	Digitalisierung im Straßenverkehr und ÖPNV ausbauen .....	38
10.11	Überregionale Schienenwege in Hessen ausbauen .....	38
10.12	Programm Frankfurt RheinMain plus weiter priorisieren .....	39
10.13	Binnenschifffahrt und Binnenhäfen wirtschaftlich nutzen .....	39
10.14	Planungskompetenzen für nicht-bundeseigene Schieneninfrastruktur bündeln .....	40
<b>11</b>	<b>Logistik: Güterverkehr in den Fokus rücken.....</b>	<b>41</b>
11.1	Belange der Logistik stärker berücksichtigen.....	41
11.2	Schienengüterverkehr: Ausbauen, aber Potential realistisch einschätzen .....	41
11.3	Lkw Verkehr nicht schlechtreden.....	41
11.4	Technologieoffenheit bei Klimaschutz im Straßengüterverkehr wahren.....	42
11.5	Auf mehr Straßen in Hessen Lang-Lkw fahren lassen.....	42
11.6	Schwertransporte schneller genehmigen.....	42
11.7	Innenstadtlogistik weiter ermöglichen .....	43
11.8	Luftfracht-Logistik in Hessen stärken.....	43
11.9	Luftfracht: Luftfahrt-Bundesamt muss Wettbewerbsverzerrung vermeiden.....	43
11.10	Neu aus Koalitionsvertrag: Verkehrssicherheit im Straßengüterverkehr erhöhen .....	44
11.11	Baustellenmanagement optimieren .....	44
<b>12</b>	<b>ÖPNV: Bus- und Bahnangebote perspektivisch verdoppeln .....</b>	<b>45</b>
12.1	ÖPNV-Angebote ausbauen .....	45
12.2	Für stetige Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes eintreten .....	45
12.3	ÖPNV auch im ländlichen Raum ausbauen.....	46
12.4	Qualität von Bussen und Bahnen erhöhen.....	46
12.5	Mehr Nutzerfinanzierung durchsetzen .....	47
12.6	ÖPNV-Vergaberecht fair gestalten und umsetzen .....	47
12.7	Unternehmerische Aufgaben beim Umstieg auf alternative Antriebe erhalten .....	47
12.8	Fernbusse nicht benachteiligen .....	48
12.9	Zustandsbericht auch zur Schieneninfrastruktur vorlegen .....	48
12.10	Autonomes Fahren: Forschung und Entwicklung unterstützen .....	48
<b>13</b>	<b>Luftverkehr: Drehkreuz Frankfurt im globalen Wettbewerb stärken .....</b>	<b>49</b>
13.1	Luftverkehrsstandort nicht in Frage stellen .....	49
13.2	Für eine nachfrageorientierte und wirtschaftliche Infrastruktur.....	49
13.3	Standortpolitik: Planfeststellungsbeschluss umsetzen und Betriebszeiten nicht einschränken.....	50
13.4	Lärmentgelte in Tagesrandzeiten nicht weiter erhöhen .....	50
13.5	Luftverkehrsunternehmen nicht neu belasten, bestehende Lasten abbauen .....	51
13.6	Kosten der Luftsicherheit durch die öffentliche Hand übernehmen .....	51
13.7	Markteinführung von Power-to-Liquid-Kraftstoffen unterstützen .....	51
13.8	Gegen Kerosinsteuer einsetzen .....	52
13.9	Wettbewerbsverzerrungen im EU-ETS minimieren.....	52
13.10	Luftverkehrssteuer abschaffen, oder zu einem Klimaschutzinstrument machen.....	52
<b>14</b>	<b>Bauen und Wohnen: Mehr Wohnraum durch weniger Regulierung schaffen.....</b>	<b>53</b>
14.1	Umwandlungsverbot wieder abschaffen und keinesfalls verlängern .....	53
14.2	Mietpreisbremse weder verschärfen noch ausweiten; besser abschaffen .....	53
14.3	Anreize für neue Bauflächen im Kommunalen Finanzausgleich setzen .....	53
14.4	Kein Gesetz gegen spekulativen Leerstand nötig .....	54
14.5	Zur Baukostensenkung die Hessische Bauordnung überarbeiten.....	54
14.6	Bebauungspläne beschleunigen: Aufstockungen grundsätzliche freigeben.....	54
14.7	Gebäudeenergiegesetz: Länderöffnungsklausel § 9a GEG ausschließen .....	55

14.8	Verbindliche Sozialwohnungsquote im Wohnungs-Neubau vermeiden .....	55
14.9	Landesgartenschauen öfter und auch in kleineren Kommunen durchführen.....	56
<b>15</b>	<b>Regionalentwicklung: Flächenkonkurrenz: Belange der Wirtschaft beachten .....</b>	<b>57</b>
15.1	Ausgleichsmaßnahmen: Kompensationskonzepte weiterentwickeln .....	57
15.2	Lebendige Innenstädte: Bündnis fortsetzen, Förderung ausbauen .....	57
15.3	Landesentwicklungsplan: Höhere Mindestdichtewerte prüfen .....	57
15.4	Vier verkaufsoffene Sonntage rechtssicher ermöglichen, Anlassbezug streichen .....	58
<b>16</b>	<b>Rohstoffe: Gewinnung von Rohstoffen in Hessen langfristig sichern .....</b>	<b>59</b>
16.1	Verschärfung des Bannwaldschutzes wieder rückgängig machen.....	59
16.2	Keine Rohstoffabgabe wie in Nordrhein-Westfalen einführen.....	59
16.3	Gewinnung heimischer Rohstoffe erleichtern und nicht erschweren .....	59
<b>17</b>	<b>Energie: Konsequente „No-Blackout“-Politik betreiben .....</b>	<b>60</b>
17.1	Zugang zu Wasserstoff flächendeckend gewährleisten .....	60
17.2	Solarkataster fortführen.....	60
17.3	Verteilernetze: Investitionsbedarf ermitteln, Maßnahmen zügig umsetzen .....	60
17.4	Kein Strompreis-Äquator durch Hessen: Einheitliche Strompreiszone erhalten .....	60
17.5	Stromnetzqualität: Monitoring kurzer Ausfälle und Spannungsschwankungen .....	61
17.6	Stromnetze: Ultranet und SuedLink zügig realisieren .....	61
17.7	Regelbare Ersatzkapazitäten für Hessen zu schaffen .....	61
17.8	Erneuerbare Energien in Hessen zügig ausbauen.....	61
17.9	Technologieoffene Energiepolitik.....	62
17.10	Keine neuen Kommissionen in der Energie- und Klimapolitik etablieren.....	62
<b>18</b>	<b>Umwelt: Umweltschutz praxistauglich gestalten .....</b>	<b>63</b>
18.1	Entsorgung: Hessische Verfüllrichtlinie überarbeiten.....	63
18.2	Entsorgung: Kommunen bei Schaffung neuer Deponiekapazitäten unterstützen.....	63
18.3	Erlass zum Abfallende von gütegesicherten Recycling-Baustoffen einführen .....	63
18.4	Abwasser: Einseitige Belastungen vermeiden .....	64
18.5	Übererfüllung von umweltrechtlichen Vorgaben beenden.....	64
18.6	Aufsichtsbehörden personell stärken.....	64
18.7	Planung- und Genehmigungsverfahren beschleunigen .....	65
18.8	Umweltallianz Hessen fortsetzen.....	65
<b>19</b>	<b>Klima: Anpassung an Klimafolgen zur Priorität machen .....</b>	<b>66</b>
19.1	Klimafolgenanpassung zum neuen Schwerpunkt machen.....	66
19.2	Klima-Sektorziele auf Landesebene abschaffen.....	66
19.3	Kein Sonderfonds für den Klimaschutz.....	66
19.4	Landesverwaltung beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorgehen .....	67
19.5	Klima effizient und wirksam durch EU-Zertifikatehandel schützen .....	67
19.6	Speicherung und Nutzung von CO2 ermöglichen und unterstützen.....	67
<b>20</b>	<b>Arbeit: Beschäftigungspotential besser ausschöpfen .....</b>	<b>68</b>
20.1	Bürgergeld: Wieder mehr Fordern statt nur Fördern .....	68
20.2	Transparenz über Arbeit der kommunalen Jobcenter herstellen.....	68
20.3	Kinderbetreuung qualitativ hochwertig sicherstellen .....	68
20.4	Migranten besser in die Arbeitswelt integrieren .....	69
20.5	Übergang Schule/Beruf für behinderte Menschen in Arbeitsmarkt erleichtern .....	69
20.6	Fördermaßnahmen des Integrationsamts evaluieren.....	70
20.7	Zentrale Ausländerbehörden auch in Hessen einrichten.....	70
20.8	Arbeitsschutz: Bessere Beratung für Kleinunternehmen.....	71

20.9 Bundesratsinitiative: Frühverrentung stoppen.....	71
20.10Arbeitszeitgesetz flexibilisieren.....	71
20.11Zeitwertkonten nur ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand.....	72
20.12Negative Koalitionsfreiheit darf nicht ausgehebelt werden.....	72
20.13Tariftreuegesetz abschaffen und Vergabefreigrenze erhöhen .....	72
20.14Leistungsfähige, bürger- und unternehmensnahe Justiz gewährleisten.....	73
20.15Datenschutz gewährleisten und maßvoll betreiben.....	73
20.16Keine Landes-Kampagne zu „Care-Arbeit“ .....	74
20.17In der Europapolitik Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit wahren.....	74
<b>21 Soziales: Sozialeleistungen wirksamer und wirtschaftlicher erbringen.....</b>	<b>75</b>
21.1 Krankenhäuser nach Versorgungsbedarf und Qualität planen.....	75
21.2 Krankenhaus-Investitionen voll finanzieren, nicht auf Beitragszahler der Krankenkassen verlagern.....	76
21.3 Stadt-Land-Gefälle bei Arztversorgung verringern.....	76
21.4 Ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen verbessern .....	77
21.5 Rettungsdienst wirtschaftlicher aufstellen .....	77
21.6 Gesundheitsämter digitalisieren .....	78
21.7 Eingliederungshilfeträger zur Zusammenarbeit verpflichten .....	78
21.8 Sozialeleistungen auf Wirkung und Erfolg kontrollieren .....	78
21.9 Bundesratsinitiative: Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf unter 40 Prozent begrenzen .....	79
21.10Landessozialbericht: zielgenau weiterentwickeln.....	79
21.11 Investorengeführte Medizinische Versorgungszentren nicht benachteiligen .....	79
21.12Keinen Pflegedeckel einführen .....	80
21.13Werkstätten für behinderte Menschen: mehr Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.....	80
21.14Kontrolle der Krankenhäuser durch Medizinischen Dienst nicht weiter beschränken...80	80

1 **1 Gesellschaft: Mehr Freiheit lassen**

2 **1.1 Freiheit von Bürgern und Betrieben weniger einschränken**

3 VhU:

4 Die große Mehrheit der Menschen in Hessen kann und will ihr Leben eigenverantwortlich  
5 führen. Sie ist fähig und bereit, hohe Leistungen in Beruf und Privatleben zu erbringen. Dafür  
6 erwarten Bürger und Unternehmen Entscheidungsfreiheit und Leistungsgerechtigkeit.

7

8 CDU und SPD:

9 Die Koalition verspricht einen Richtungswechsel im Verhältnis von Staat und Bürger:  
10 Orientierung an gesellschaftlicher Mitte, weniger Bevormundung. Es sollen „Debatten in die  
11 Mitte“ geholt und eine Politik gemacht werden, die „die breite Mehrheit stärkt“.

12

13 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

14

15 **1.2 Willkommenskultur für Kinder und Stärkung von Ehe und Familie**

16 VhU:

17 Zur Selbsterhaltung der Gesellschaft muss die demographische Talfahrt gestoppt werden.  
18 Nötig ist eine Willkommenskultur für Kinder und Eltern. Ehe und Familie sollten als primäre  
19 Solidargemeinschaften gewürdigt werden, ohne die der Sozialstaat nicht funktionieren kann.

20 CDU und SPD:

21 Eltern und Familien sollen als „Träger unserer Gesellschaft“ in den Mittelpunkt der Politik  
22 gerückt werden, u.a. durch verbesserte Betreuungsangebote, besondere Berücksichtigung  
23 von Mehrkindfamilien und steuerlichen Entlastungen für Ehe und Familie.

24 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

25

26 **1.3 Für eine offene Gesellschaft werben**

27 VhU:

28 Die Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen müssen für mehr Akzeptanz einer offenen  
29 und pluralen Gesellschaft werben und unsere parlamentarische Demokratie verteidigen. Die  
30 Meinungsfreiheit ist konstitutiv für eine liberale Gesellschaft.

31

32 CDU und SPD:

33 Die Bedeutung von Pluralität wird betont, Bevormundung abgelehnt und von Zuwanderern ein  
34 klares Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung verlangt.

35

36 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

37

38 **1.4 Den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat militärisch besser verteidigen**

39 VhU:

40 Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine sowie der Hamas-Terror zeigen,  
41 dass Freiheit und Demokratie verteidigt werden müssen. Die hessische Wirtschaft unterstützt  
42 die notwendigen Umschichtungen im Bundeshaushalt, die auch Land und Kommunen  
43 betreffen können.

44

45 CDU und SPD:

46 Unterstützung der Bundeswehr bei Aufstellung eines Heimatschutzregiments, Erarbeitung  
47 eines Schutzraumkonzepts und Unterstützung der hessischen Rüstungsindustrie.

48

49 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

50

51 **1.5 Kein verpflichtendes Dienstjahr zu Lasten aller Schulabgänger**

52 VhU:

53 Die von der CDU gewünschte Pflicht für deutschlandweit mehr als 700.000 Schulabgänger zur  
54 Ableistung eines allgemeinen Dienstjahres sollte von der Landesregierung nicht unterstützt  
55 werden; zumal es hierfür keine Grundlage im Grundgesetz gibt. Ehrenamtliches Engagement  
56 muss freiwillig bleiben und sollte besser anerkannt werden. Junge Leute sollten nach der  
57 Schule in bewährte Systeme der dualen Ausbildung oder des Studiums eintreten können und  
58 keine Hilfsdienste leisten müssen. Der Fach- und Arbeitskräftemangel der Unternehmen darf  
59 nicht ohne vernünftigen Grund verschärft werden. Die Debatte über ein allgemeines  
60 verpflichtendes Dienstjahr ist zu trennen von der Debatte über eine militärische Bewertung der  
61 Notwendigkeit einer allgemeinen Wehrpflicht.

62

63 CDU und SPD:

64 „Wir begrüßen die Debatte um ein Gesellschaftsjahr und teilen das gemeinsame Anliegen, die  
65 Beteiligung und das Engagement der jungen Generation für unser Land und unsere  
66 Gesellschaft weiter zu stärken. Ein Dienst an und für unsere Gemeinschaft ist etwas Gutes  
67 und Wertvolles. Bis zum Abschluss der entsprechenden Debatte auf Bundesebene wollen wir  
68 das Freiwillige Soziale Jahr fortentwickeln und stärken.“

69

70 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

71



## 72 **2 Wirtschaftsordnung: Mehr auf Markt und Wettbewerb setzen**

### 73 **2.1 Politik für Wirtschaftswachstum betreiben**

74 VhU:

75 Die Landesregierung muss öffentlich viel mehr als bisher auf Wirtschaftswachstum setzen.  
76 Das Wirtschaftsministerium sollte explizit anstreben, dass die Wirtschaft weiter und kräftiger  
77 als bisher wächst, und dies auch regelmäßig so formulieren und kommunizieren.

78

79 CDU und SPD:

80 Der Koalitionsvertrag beinhaltet einen erfreulichen Richtungswechsel, indem die neue  
81 Koalition Wachstum nicht länger als Begriff vermeidet, sondern nun explizit anstrebt: Sie will  
82 die „Weichen auf Wachstum und Wohlstand stellen“.

83

84 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

85

### 86 **2.2 Für soziale Marktwirtschaft in ordoliberaler Konzeption – ohne politische** 87 **Interventionen in den Wettbewerb**

88 VhU:

89 Landtag und Landesregierung müssen den Trend zur Staatswirtschaft stoppen und umkehren.  
90 Eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft braucht einen Staat, der eine verlässliche  
91 Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft und eine Schiedsrichter-Funktion  
92 wahrnimmt, aber kein Mitspieler ist. Die Landesregierung muss den Wettbewerb als  
93 Entdeckungsverfahren schützen und als Innovationsmotor anerkennen.

94

95 CDU und SPD:

96 „Wir wollen die Rahmenbedingungen gestalten, die es den hessischen Unternehmen  
97 ermöglichen, darauf erfolgreich reagieren zu können, sich dem Wandel zu stellen und damit  
98 Zukunftsfähigkeit zu erreichen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mit den Säulen  
99 Wachstum, Solidarität und Mitbestimmung bildet dabei unsere Grundlage.“

100

101 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens.

102 Im Koalitionsvertrag werden zwar keine konkreten Marktinterventionen benannt, die  
103 wettbewerbsverzerrend sind und über einen Aufwuchs an Förderungen hinausgehen. Aber es  
104 fehlt die Orientierung an der sozialen Marktwirtschaft in ordoliberaler Konzeption. Die oben  
105 genannten „drei Säulen“ haben nichts mit Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards zu tun.  
106 Wachstum und Solidarität sind Folgen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, und  
107 Mitbestimmung ist ein Nebenaspekt insbesondere in mittleren und großen Unternehmen.

108

109 Abgesehen von Schuldenbremse und Klimapolitik finden sich im Koalitionsvertrag kaum  
110 ordnungspolitische Festlegungen, die die Gefahren des Interventionsstaates bannen. Die  
111 Unterscheidung „Schiedsrichter versus Mitspieler“ fehlt – wie auch in den Koalitionsverträgen  
112 zuvor. In den Aussagen zur Wirtschaftspolitik sind zahlreiche vage Ankündigungen enthalten,  
113 sich durch eine „aktive“ Wirtschaftspolitik oder Industriepolitik in Märkte einzumischen. Die  
114 Bedeutung des Wettbewerbs wird nicht ausreichend gewürdigt. Stattdessen ist mehrfach vom  
115 Ziel einer „starken Wirtschaft“ die Rede, für die angeblich ein staatliches Handeln nötig sei,  
116 was nur dann stimmig und überzeugend wäre, wenn die Rolle der Unternehmer und der  
117 unternehmerischen Handlungsfreiheit zuvor betont würde, was hier fehlt.

118 **2.3 „Privat vor Staat“ gewährleisten, Hessische Gemeindeordnung reformieren**

119 VhU:

120 Staat und Kommunen sollten grundsätzlich auf unternehmerische Tätigkeiten verzichten, da  
121 diese von privaten Unternehmern tendenziell besser, d.h. im Ergebnis kostengünstiger und mit  
122 mehr Innovationen erbracht werden können. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen  
123 Hand sollte nicht ausgeweitet werden. Im Gegenteil: Die Ausweitungen der rechtlich  
124 zulässigen kommunalen Tätigkeiten in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) sollten  
125 zurückgenommen werden.

126

127 CDU und SPD:

128 Der Koalitionsvertrag will den rechtlichen Rahmen zur Ausweitung der kommunalen  
129 Wirtschaftstätigkeit vergrößern. „Neben dem Bieterverfahren wollen wir Kommunen,  
130 kommunalen Unternehmen und Hessen-Forst die Möglichkeit eröffnen, Windkraftflächen in  
131 einem gemeinsamen Modell zu entwickeln, zu vermarkten oder selbst zu betreiben.“

132

133 VhU-Bewertung: Dissens

134

135 **2.4 Beteiligungen des Landes an privaten Unternehmen verringern**

136 VhU:

137 Das Land Hessen sollte sich von Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmen  
138 trennen, z. B. von Verkehrsbetrieben und Messen.

139

140 CDU und SPD:

141 Die Koalition plant keine nennenswerten Privatisierungen.

142

143 VhU-Bewertung: Dissens

144

145 **2.5 Neue Subventionstöpfe wie „Hessenfonds“ vermeiden**

146 VhU:

147 Da niemand eine Glaskugel für die Geschäftsfelder, Techniken und Prozesse der Zukunft hat,  
148 sollte das Land keine neuen Ausgaben für vermeintliche Zukunftsbranchen tätigen, die über  
149 Forschungsförderung hinausgehen. Der Wettbewerb auf Märkten als Entdeckungsverfahren  
150 sollte so frei und unverzerrt wie möglich sein. Hingegen ist die Stärkung bewährter Förderlinien  
151 der Innovationspolitik im Rahmen der Haushaltsspielräume sinnvoll.

152

153 CDU und SPD:

154 „Wir schaffen den Hessenfonds, der Innovationen unterstützt und Veränderungsprozesse  
155 begleitet.“ „Innerhalb der Säule „Innovation“ wollen wir zukunftsweisende Ideen in allen  
156 Wirtschaftsbereichen unterstützen. Dabei wollen wir Unternehmen bei der Entwicklung und  
157 Investition in neue Technologien sowie innovative Geschäfts- und Produktideen fördern.“  
158 „Innerhalb der Säule „Transformation“ unterstützen wir den Wandel unserer Wirtschaft vor dem  
159 Hintergrund der Herausforderungen durch Dekarbonisierung, Ressourcen- und  
160 Energieeffizienz, Digitalisierung, strategische Resilienz sowie den demografischen Wandel  
161 unter Beachtung von Nachhaltigkeitszielen und sich wandelnden Lieferketten.“

162

163 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

164 **3 Haushalt: Nicht auf Pump leben**

165 **3.1 Lastverschiebung in Zukunft beenden hat Vorrang in Haushaltspolitik**

166 VhU:

167 Der Erhalt der Stabilität der Landesfinanzen und die Beendigung der Verschiebung von Lasten  
168 in die Zukunft müssen oberste Maximen der Haushaltspolitik sein. Die Sanierung der  
169 Landesfinanzen durch Schuldentilgung, die Reduktion der impliziten Verschuldung bei  
170 Pensionen und Beihilfen mittels mehr Rücklagenbildung sowie der Erhalt des öffentlichen  
171 Sachvermögens haben Vorrang vor neuen Ausgaben. Danach haben Ausgabenzuwächse in  
172 den Bereichen „Digitalisierung der öffentlichen Infrastrukturen und Verwaltungen“ und  
173 „Investitionen in Bildung, Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ Priorität.

174

175 CDU und SPD:

176 Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen ausdrücklich unter Finanzierungsvorbehalt.

177

178 VhU-Bewertung:

179 Übereinstimmung, aber es ist bedauerlich, dass im Koalitionsvertrag nur wenige  
180 Konkretisierungen zur Vermeidung von Lastverschiebungen stehen.

181

182 **3.2 An Schuldenbremse festhalten**

183 VhU:

184 Der Landtag muss an der Schuldenbremse in Grundgesetz und hessischer Landesverfassung  
185 festhalten. Er darf keine Schattenhaushalte zur Umgehung beschließen. Bestrebungen, die  
186 die Schuldenbremse uminterpretieren, relativieren oder abschaffen wollen, sind abzulehnen.

187

188 CDU und SPD:

189 „Wir wollen die Handlungsspielräume für unsere Kinder und Enkel vergrößern und sie nicht  
190 durch neue Schulden belasten. Zentrales Instrument für unsere Finanzpolitik ist die  
191 Schuldenbremse.“ (...) „Wir bekennen uns daher zum handlungsfähigen Staat, zur  
192 Schuldenbremse.“

193

194 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

195

196 **3.3 Etwaige konjunkturell bedingte Verschuldung transparent berechnen**

197 VhU:

198 Landtag und Landesregierung müssen den Landesetat ohne strukturelle  
199 Nettoneuverschuldung aufstellen. Die begrenzt zulässige konjunkturell bedingte Verschuldung  
200 muss konsequent bei konjunktureller Erholung zurückgezahlt werden.

201

202 CDU und SPD:

203 „Die Regelungen des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse werden im Lichte der  
204 Erfahrungen der vergangenen Jahre evaluiert. Die aktuellen Überlegungen auf Bundesebene,  
205 etwa zur Ausgestaltung des Konjunkturbereinigungsverfahrens, werden im Rahmen der  
206 Evaluation berücksichtigt. Gleiches gilt für mögliche Anforderungen, die sich aus der  
207 Weiterentwicklung des Haushaltsüberwachungsverfahrens auf europäischer Ebene für den  
208 Landeshaushalt ergeben können.“

209  
210 VhU-Bewertung:  
211 Dissens, da sowohl die Evaluierung des Konjunkturbereinigungsverfahrens im Bund als auch  
212 die Änderungen des Haushaltsüberwachungsverfahrens auf europäischer Ebene von ihren  
213 Befürwortern mehrheitlich als Ansatzpunkt zur Lockerung der Schuldenbremse gesehen wird.  
214 Hier droht das gute Grundsatzbekenntnis zur Schuldenbremse konterkariert zu werden.  
215

### 216 **3.4 Notlagenkredite nur in wirklichen Notlagen aufnehmen**

217 VhU:  
218 Die Feststellung einer Notlage zur Aussetzung der Schuldenbremse darf künftig nur die „ultima  
219 ratio“ sein. Andernfalls droht die Schuldenbremse „ad absurdum“ geführt zu werden.  
220

221 CDU und SPD:  
222 Keine Aussage, weder in die eine, noch in die andere Richtung.  
223

224 VhU-Bewertung: Neutral  
225

### 226 **3.5 Corona-Schulden schnell tilgen**

227 VhU:  
228 Die Landesregierung sollte die Corona-Schulden schneller als geplant tilgen, z.B. binnen  
229 10 Jahren, damit das Land auch künftig einen größeren finanziellen Handlungsspielraum hat.  
230

231 CDU und SPD: Keine Aussagen  
232

233 VhU-Bewertung: Dissens  
234

### 235 **3.6 Allgemeine Schulden: Tilgungsplan gesetzlich verankern**

236 VhU:  
237 Zusätzlich zur Nettotilgung der Corona-Schulden muss das Land schrittweise die allgemeinen  
238 Landesschulden netto tilgen, was bereits in den Jahren 2016 bis 2019 in Höhe von jeweils  
239 200 Mio. Euro pro Jahr erfolgt ist. Dazu muss ein Schuldentilgungsplan für jede  
240 Legislaturperiode gesetzlich verankert werden.  
241

242 CDU und SPD:  
243 „Wir bekennen uns (...) zur Rückzahlung von Schulden, wo das möglich ist.“  
244

245 VhU-Bewertung:  
246 Teilweise Übereinstimmung. Leider fehlt eine quantifizierte Festlegung zur Nettotilgung pro  
247 Jahr.  
248

249 **3.7 Für riesige Pensions- und Beihilfelasten höhere Rücklagen bilden**

250 VhU:

251 Das Land muss deutlich höhere Rücklagen für künftige Zahlungsverpflichtungen für Pensionen  
252 und Beihilfen der bald knapp 200.000 Beamte und Pensionäre bilden und der  
253 Versorgungsrücklage zuführen. Das Land muss u.a. für jeden neuen Beamten ab der  
254 Verbeamtung versicherungsmathematisch ausreichend hohe Rücklagen für Pensionslasten  
255 bilden.

256

257 CDU und SPD: Keine Aussage

258

259 VhU-Bewertung: Dissens

260

261 **3.8 Öffentliches Sachvermögen sichern: Investitionen in Höhe der Abschreibungen**

262 VhU:

263 Landtag und Landesregierung müssen mehr in den Erhalt des öffentlichen Sachvermögens  
264 investieren, um dessen Funktionsfähigkeit zu gewährleisten und um höhere Folgekosten zu  
265 vermeiden. Die Investitionen müssen schrittweise zumindest rechnerisch auf das Niveau der  
266 bilanziellen Abschreibungen steigen – zudem sind mehr Planungsressourcen nötig.

267

268 CDU und SPD:

269 Der Koalitionsvertrag sieht dies zumindest für die Verkehrsinfrastruktur des Landes vor.

270

271 VhU-Bewertung: Teilweise Übereinstimmung

272

273 **3.9 Temporäre Ausgabenbremse: Nullrunden ab 2024 für alle Ausgaben**

274 VhU:

275 Um die Landesfinanzen zu sanieren und um Spielraum für Schuldentilgung, mehr Rücklagen  
276 und Infrastrukturerhaltung zu schaffen, muss der Landtag eine temporäre Ausgabenbremse  
277 beschließen: Er sollte die Gesamtausgaben des Landes sowie grundsätzlich die Höhe der  
278 Ausgaben jedes Ministeriums auf dem Stand von 2023 einfrieren. Ab 2024 dürfen die  
279 Gesamtausgaben und grundsätzlich die Ausgaben der Ministerien nicht ansteigen.

280

281 CDU und SPD: Keine Aussage

282

283 VhU-Bewertung: Dissens

284 **3.10 Aufgaben und Ausgaben kritisch hinterfragen und ggf. streichen**

285 VhU:

286 Aufgaben und Ausgaben müssen in jedem Ministerium und in jeder Landesbehörde hinterfragt  
287 und ggf. auch gestrichen werden. Dazu gehört, auch den Rotstift bei Sozialausgaben und  
288 Subventionen anzusetzen.

289

290 CDU und SPD:

291 „Zur dauerhaften Einhaltung der Schuldenbremse sowie zur Sicherung der finanziellen  
292 Spielräume für Zukunftsinvestitionen bedarf es einer klaren Prioritätensetzung. Aus diesem  
293 Grund wird die gesamte Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenstruktur einschließlich der  
294 Standardvorgaben des Landes mit Blick auf die Kernaufgaben des Staates, den rechtlichen  
295 Bindungsgrad, die politische Bedeutung einer Maßnahme, den Nutzen für Bürgerinnen und  
296 Bürger, den Mehrwert für die staatliche Verwaltung und mögliche Umsetzungsrisiken einer  
297 ergebnisoffenen Prüfung unterzogen. Dabei kommt der Überprüfung der staatlichen  
298 Finanzhilfen eine besondere Bedeutung zu. Die auf diese Weise identifizierten  
299 Entlastungspotenziale werden konsequent zur notwendigen Konsolidierung des  
300 Landeshaushalts und wenn möglich für notwendige Zukunftsinvestitionen des  
301 Landeshaushalts gehoben.“

302

303 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

304

305 **3.11 Personalzuwachs stoppen**

306 VhU:

307 Der quasi regelmäßig stattfindende Stellenaufwuchs im Landesdienst als Ganzes – und vor  
308 allem in den Ministerien – muss gestoppt werden.

309

310 CDU und SPD:

311 „Als Folge des demografischen Wandels, durch natürliche Fluktuation und durch den  
312 Fachkräftemangel wird das Land bei der Bewältigung seiner Aufgaben auf ein deutlich  
313 geringeres Arbeitskräftepotential zurückgreifen können als bisher. Personalbedarfe in der  
314 Verwaltung müssen daher vorrangig durch Umschichtungen innerhalb der vorhandenen  
315 Stellen abgedeckt werden, die durch Prozessoptimierungen, Aufgabenkritik und  
316 Entbürokratisierung verfügbar werden. Begleitet wird dies durch die notwendigen  
317 Weiterqualifizierungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie durch die Digitalisierung  
318 von arbeitsintensiven Prozessen.“

319

320 VhU-Bewertung: Teilweise Übereinstimmung

321

322 **3.12 Keine expansive Fiskalpolitik zur Konjunkturstimulierung**

323 VhU:

324 Im gewöhnlichen Auf und Ab der Wirtschaft sollten Landtag und Landesregierung nicht  
325 versuchen, eine expansive Fiskalpolitik mit dem Ziel einer Konjunkturstimulierung zu  
326 betreiben. Auch in schweren Wirtschaftskrisen sollten Landespolitiker nicht behaupten, sie  
327 könnten dies wirksam tun, wie es von Vertretern aus Regierung und Opposition in Hessen in  
328 der Corona-Pandemie und im Jahrzehnt davor vielfach vorgetragen wurde.

329

330 CDU und SPD:

331 Der Koalitionsvertrag enthält keine Aussagen zum Versuch einer Konjunkturstimulierung, die  
332 über die flexiblen Regeln der Schuldenbremse hinausgehen.

333

334 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

335

336 **3.13 Investitionsquote erhöhen, sobald es haushaltspolitisch möglich ist.**

337 VhU:

338 Sobald haushaltspolitische Spielräume geschaffen wurden, sollten Landtag und  
339 Landesregierung nicht dabei stehen bleiben, die öffentlichen Investitionen auf das Niveau der  
340 Abschreibungen zu steigern, sondern sie sollten die Investitionen darüber hinaus erhöhen.  
341 Damit dauerhaft mehr öffentliche Investitionen in E-Government, Bildungseinrichtungen oder  
342 Infrastruktur fließen, muss die Investitionsquote steigen. Dazu muss das Wachstum der  
343 investiven Ausgaben gesteigert und das der konsumtiven Ausgaben gedrosselt werden.

344

345 CDU und SPD:

346 Keine Aussage zur Erhöhung der Investitionsquote durch relative Senkung der  
347 Konsumausgaben.

348

349 VhU-Bewertung: Dissens

350

351 **3.14 Anreize für neue Wohnbauflächen im Kommunalen Finanzausgleich setzen**

352 VhU:

353 Das Land sollte Anreize für neue Wohnbauflächen im Kommunalen Finanzausgleich setzen.

354

355 CDU und SPD:

356 „Wir werden prüfen, ggfs. auch über den Kommunalen Finanzausgleich, den Kommunen  
357 finanzielle Anreize zu bieten, sich der Verantwortung zur Ausweisung von Wohnbauflächen zu  
358 stellen.“

359

360 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

361

362 **4 Steuern: Unternehmen entlasten, sobald haushaltspolitisch möglich**

363 **4.1 Steuer- und Abgabenerhöhungen im Land vermeiden**

364 VhU:

365 Steuerliche Mehrbelastungen müssen strikt vermieden werden, ebenso indirekte durch das  
366 Land veranlasste Steuererhöhungen bei den Kommunen. Auch sonstige neue Abgaben  
367 müssen unterbleiben, wie etwa der zurecht 2003 abgeschaffte sog. „Wassercent“.

368

369 CDU und SPD:

370 „Wir bekennen uns zu Entlastungen statt Belastungen sowie zu einer Politik von Anreizen.“  
371 Eine Wassernutzungsabgabe oder eine Rohstoffabgabe o.ä. wie in anderen Ländern sind  
372 nicht vorgesehen.

373

374 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

375

376 **4.2 Steuersenkungen im Bund unterstützen, sofern es die Konsolidierung zulässt**

377 VhU:

378 Sobald es die Sanierung der Landesfinanzen erlaubt, sollte die Landesregierung im  
379 Bundesrat für eine steuerliche Entlastung der Unternehmen eintreten, um den Standort  
380 Hessen für Investitionen attraktiver zu machen, z.B. bei den großen Gemeinschaftssteuern,  
381 oder durch vollständige Abschaffung des sog. „Solidaritätszuschlags“ oder durch  
382 Verringerung der Unternehmensbesteuerung auf maximal 25 Prozent.

383

384 CDU und SPD:

385 „Auch auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Belastungen für Unternehmen zu  
386 reduzieren. Aus diesem Grund sprechen wir uns u.a. für die Prüfung einer  
387 Unternehmenssteuerreform aus.“

388

389 VhU-Bewertung:

390 Übereinstimmung, wenngleich es auch nur ein vager Prüfauftrag ist.

391

392 **4.3 Grunderwerbsteuer: Schrittweise für alle senken, nicht nur für einzelne Gruppen**

393 VhU:

394 Sobald es die Sanierung des Landesetats zulässt, sollte der Landtag den Steuersatz der  
395 Grunderwerbsteuer in zwei Schritten von je 0,5 Prozentpunkten senken, um das Aufkommen  
396 an Grunderwerbsteuer zumindest in etwa zu deckeln. Er sollte die Grunderwerbsteuer für  
397 Personen, die erstmalig selbstgenutztes Eigenheim kaufen, nicht reduzieren.

398

399 CDU und SPD:

400 „Aus diesem Grund wollen wir uns beim Bund im Rahmen einer Grunderwerbsteuerreform  
401 dafür einsetzen, dass die Länder eigene Freibeträge für die Grunderwerbsteuer schaffen  
402 können. Bis der Bund die Voraussetzungen dafür schafft, werden wir ein Hessengeld für das  
403 erste selbstgenutzte Eigenheim von 10.000 Euro pro Käufer und 5.000 Euro pro Kind zahlen.  
404 Dieses gewähren wir sowohl für den Neubau als auch für den Erwerb einer  
405 Bestandsimmobilie.“

406



407 VhU-Bewertung:

408 Teilweise Übereinstimmung, da zumindest ein Teil der Privathaushalte und insbesondere  
409 außerhalb angespannter Wohnungsmärkte über das neue „Hessengeld“ entlastet wird;  
410 allerdings wäre eine generelle Absenkung des Steuersatzes für alle Immobilienkäufe weiter  
411 vorzugswürdig.  
412

#### 413 **4.4 Grunderwerbsteuer: Stundung erlauben**

414 VhU:

415 Um die finanzielle Belastung des Erwerbs von Wohneigentum zu verringern, sollte der  
416 Landtag Möglichkeiten zur Stundung der Grunderwerbsteuer über mehrere Jahre einführen,  
417 um das Eigenkapitalproblem, insbesondere vieler junger Menschen, zu verringern.  
418

419 CDU und SPD:

420 Keine Aussage dazu im Koalitionsvertrag.  
421

422 VhU-Bewertung: Dissens  
423

#### 424 **4.5 Grundsteuer: Nicht weiter verschärfen**

425 VhU:

426 Der Landtag sollte das hessische Grundsteuergesetz nicht verschärfen, sondern die  
427 weitestgehend bürokratiefreie Regelung beibehalten. Zudem darf in der Formel zur  
428 Steuerberechnung der Exponent nicht zulasten guter Grundstückslagen erhöht werden.  
429

430 CDU und SPD:

431 Im Koalitionsvertrag bekennen sich CDU und SPD zum hessischen Grundsteuer-Modell und  
432 erklären: „Das Land wird die Gemeinden bei der Findung der aufkommensneutralen  
433 Hebesätze unterstützen.“ Zur Berechnungsformel bzw. zum Exponenten des Lagefaktors  
434 trifft der Koalitionsvertrag keine Aussage.  
435

436 VhU-Bewertung: Übereinstimmung  
437

#### 438 **4.6 Grundsteuer C wieder abschaffen**

439 VhU:

440 Der Landtag sollte die Möglichkeit für Kommunen, eine Grundsteuer C für baureife  
441 Grundstücke einzuführen, noch vor der erstmaligen Anwendung im Jahr 2025 wieder  
442 abschaffen. Die Grundsteuer C ist bereits in der Vergangenheit gescheitert und würde kaum  
443 dazu beitragen, Bauland für dringend benötigten Wohnungsbau zu mobilisieren.  
444

445 CDU und SPD:

446 Keine Aussage dazu im Koalitionsvertrag, die Kommunen werden zukünftig also frei über die  
447 Einführung einer „Baulandsteuer“ beschließen können.  
448

449 VhU-Bewertung: Dissens  
450  
451

452 **4.7 Einfuhrumsatzsteuer reformieren: Verrechnungsverfahren einführen**

453 VhU:

454 Die Landesregierung sollte sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das System der  
455 Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer so angepasst wird, dass die Benachteiligung des  
456 heimischen Logistikstandorts gegenüber EU-Staaten abgebaut wird, indem auch in  
457 Deutschland das EU-weit mehrheitlich praktizierte Verrechnungsverfahrens eingeführt wird.

458

459 CDU und SPD: Keine Aussagen

460

461 VhU-Bewertung: Dissens

462

463 **4.8 Erbschaftsteuer: Nicht erhöhen, Familienunternehmen fair besteuern**

464 VhU:

465 Forderungen zur Anhebung der Steuersätze der Erbschaftsteuer bzw. der Schenkungsteuer  
466 sollte die Landesregierung im Bundesrat mit Nachdruck entgegenreten, ebenso wie allen  
467 anderen Formen von Mehrbelastungen von Bürgern und Betrieben bei diesen Steuern.

468

469 CDU und SPD:

470 Zwar ist keine Aussage dazu explizit enthalten. Aber durch die generelle Verabredung zur  
471 Entlastung in der Steuerpolitik droht auch hier keine Steuer Mehrbelastung.

472

473 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

474

475 **5 Staatsmodernisierung: Mehr Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst**

476 **5.1 Für einen starken, aber schlanken Staat mit effizient arbeitenden Behörden**

477 VhU:

478 Mehr Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst muss das zentrale Reformanliegen sein. Es  
479 geht um schnellere Entscheidungen, mehr Bürgerfreundlichkeit im Alltag und den Abbau von  
480 Bürokratie. Dazu sind sowohl Organisationsformen als auch der rechtliche Rahmen,  
481 insbesondere das Beamtenrecht, auf den Prüfstand zu stellen.

482

483 CDU und SPD:

484 Während keine Absicht zur Reduktion von ungerechtfertigten Privilegien von Beamten und  
485 öffentlich Bediensteten formuliert wurde, gibt es zahlreiche Absichtserklärungen zur  
486 Leistungssteigerung der öffentlichen Hand, um mehr Bürgerfreundlichkeit zu gewährleisten.

487

488 VhU-Bewertung: Neutral

489

490 **5.2 E-Government ausbauen**

491 VhU:

492 Der Ausbau von E-Government-Services, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und die  
493 interne digitale Verwaltungsmodernisierung auf Landesebene müssen beschleunigt werden.  
494 Die Landesregierung muss die Kommunen weiter unterstützen, ihre Internetseiten und  
495 Digitalangebote so zu ertüchtigen, dass Bürger und Unternehmen dort OZG-konforme Anträge  
496 für kommunale Verwaltungsleistungen nutzen können und dass sich nach der digitalen  
497 Antragstellung ein digitaler Bearbeitungsprozess anschließt.

498

499 CDU und SPD:

500 Die Koalition will E-Government schneller ausbauen.

501

502 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

503

504 **5.3 Interkommunale Zusammenarbeit und Gemeindefusionen unterstützen**

505 VhU:

506 Die Landesregierung sollte kleine Kommunen bei der interkommunalen Zusammenarbeit  
507 weiter beratend unterstützen und sie auch in Fragen möglicher Gemeindefusionen ermutigend  
508 begleiten. Eine grundsätzliche Richtgröße sollten 5.000 Einwohner je Kommune sein.

509

510 CDU und SPD:

511 Die interkommunale Zusammenarbeit soll gefördert werden. Aber bei der Frage der  
512 Gemeindefusionen bleibt der Koalitionsvertrag so vage, dass zu befürchten ist, dass die Zahl  
513 der kleinen und kleinsten Kommunen weiter viel zu hoch bleibt bis zum Ende der  
514 Legislaturperiode.

515

516 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

517

518

519

520 **5.4 Verbeamtung bei Neueinstellung im öffentlichen Dienst auf Prüfstand stellen**

521 VhU:

522 Dass in Polizei und Justiz die meisten Beschäftigten verbeamtet sind, ist unstrittig, weil sie  
523 hoheitliche Aufgaben erfüllen. Dies soll so bleiben. Allerdings muss der Landtag in allen  
524 übrigen Bereichen der öffentlichen Hand, insbesondere in der allgemeinen Verwaltung und in  
525 der Schule, kritisch prüfen, ob neu einzustellende Beschäftigte verbeamtet werden sollen.

526

527 CDU und SPD: k. A.

528

529 VhU-Bewertung: Dissens

530

531

532 **6 Standort Hessen: Attraktivität des Heimatstandorts steigern**

533 **6.1 Starke Wirtschaftsstandort erhalten, Strukturwandel zulassen**

534 VhU:

535 Eine Grundlage der wirtschaftlichen Erfolge am Standort Hessen ist die überwiegend im  
536 Wettbewerb gewachsene Wirtschaftsstruktur. Diese sollte die Politik nicht in Frage stellen,  
537 sondern ihre Weiterentwicklung dem Wettbewerb überlassen – auch bzgl. Digitalisierung und  
538 Demographie. Strukturwandel ist nichts Neues, sondern ein Innovationsmotor der Wirtschaft.

539

540 CDU und SPD:

541 Die neue Koalition will wie ihre Vorgängerin den Strukturwandel voranbringen und gestalten –  
542 insb. durch Nutzung der Chancen der Digitalisierung und als Antwort auf die demographischen  
543 Herausforderungen.

544

545 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

546

547 **6.2 Wirtschaftsförderung der WI-Bank fokussieren**

548 VhU:

549 Die WI-Bank sollte sich auf Bereiche konzentrieren, in denen der Markt keine ausreichenden  
550 Angebote für Finanzierungen von Unternehmen und öffentlicher Hand bietet. Dazu gehören  
551 keine „green bonds“. Die Landesregierung sollte bewährte Programme wie Gründungs- und  
552 Wachstumsfinanzierung GuW, Kapital für Kleinunternehmen und „Bürgschaft ohne Bank“  
553 weiter verbessern.

554

555 CDU und SPD:

556 „Dafür wollen wir u.a. die Bereitstellung von Mikrokrediten, Kapital für Kleinunternehmen,  
557 Innovationsdarlehen sowie die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung ausbauen und die  
558 Rahmenbedingungen für Risikokapital verbessern.“

559

560 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

561

562 **6.3 Existenzgründer unterstützen**

563 VhU:

564 Das hessische Förderprogramm für Existenzgründer und Unternehmensnachfolger hat die  
565 Gründungsbereitschaft gesteigert und dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu sichern bzw. neu zu  
566 schaffen. Es sollte gleichwohl verbessert werden.

567

568 CDU und SPD:

569 „Für die Forscher- und Gründerszene werden wir die finanzielle Unterstützung ausbauen.“ (...)  
570 „Außerdem wollen wir die Wirtschaftsförderinstrumente für Gründungen und  
571 Betriebsübernahmen unbürokratisch, niedrigschwellig und technisch einfach ausgestalten,  
572 sodass sie allen Interessierten zur Verfügung stehen.“

573

574 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

575

576

577 **6.4 Wirtschaftsförderung durch Hessen Trade & Invest fortsetzen**

578 VhU:

579 In der Wirtschaftsförderung und im Standortmarketing durch die Hessen Trade & Invest GmbH  
580 sind Auslandsaktivitäten wie das Messe(beteiligungs)Programm, Unternehmensreisen oder  
581 politische Delegationen beizubehalten und zu stärken. Auch die Angebote der HTAI von  
582 landesweiter Start-Up-Unterstützung, über Innovations- und Digitalisierungsförderung bis zur  
583 KMU-Beratung zu Technikfragen sollten aufrechterhalten werden.

584

585 CDU und SPD: Die Koalition plant die Fortsetzung bewährter Programme.

586

587 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

588

589 **6.5 Neue Flächen für Industrie, Gewerbe und Logistik schneller bereitstellen**

590 VhU:

591 Angesichts eines hohen Ansiedlungsinteresses von Unternehmen aus Hessen sowie aus dem  
592 In- und Ausland sollte die Landesregierung Maßnahmen zur schnelleren Bereitstellung von  
593 Gewerbegebieten sowie von Industrie- und Logistikflächen ergreifen, etwa durch  
594 Unterstützung interkommunaler Strukturen.

595

596 CDU und SPD:

597 Die Koalition befürwortet den „Erhalt und die Ausweisung neuer Industrieflächen. Um dies zu  
598 ermöglichen, wollen wir insbesondere Konversions- und Brachflächen nutzen sowie eine  
599 ressourcenschonende Entwicklung von neuen Flächen voranbringen.“ (...) „Mit einer aktiven  
600 Ansiedlungspolitik wollen wir zusätzliche Wertschöpfung und Beschäftigung nach Hessen  
601 holen.“

602

603 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

604

605 **6.6 Bürokratie abbauen**

606 VhU:

607 Landtag und Landesregierung müssen mehr gegen die wachsende Bürokratie tun. Im  
608 Bundesrat sollte die Landesregierung den Bürokratieabbau durch Deregulierung unterstützen,  
609 etwa indem EU-Richtlinien nur 1:1 umgesetzt und nicht verschärft werden oder indem die „one-  
610 in-one-out“-Regelung qualitativ und quantitativ zu einer „one-in-two-out“-Regelung weiter  
611 entwickelt wird.

612

613 CDU und SPD:

614 Die Koalition nennt an zahlreichen Stellen Rechtsbereiche, in denen Bürokratie abgebaut  
615 werden soll. Es wird zudem erstmals einem Minister die explizite Zuständigkeit für  
616 „Entbürokratisierung“ gegeben und in seinem Namen kenntlich gemacht, und überdies direkt  
617 beim Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei angesiedelt. Zudem wird mit der EU eine  
618 wichtige Quelle für neue Reglementierungen und Bürokratie adressiert: „Über den Bundesrat  
619 werden wir uns für einen spürbaren Bürokratieabbau auf europäischer Ebene einsetzen.“

620

621 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

622

623 **6.7 Planungs- und Genehmigungsverfahren in Bund und Land beschleunigen**

624 VhU:

625 Die Landesregierung sollte auf Ebene von Bund und Land Initiativen der Beschleunigung von  
626 Planungs- und Genehmigungsverfahren starten und unterstützen, wovon auch  
627 Industrieunternehmen bei Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen profitieren würden.

628

629 CDU und SPD:

630 Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist ein zentrales Anliegen im  
631 Koalitionsvertrag.

632

633 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

634

635 **6.8 Breitbandausbau beschleunigen**

636 VhU:

637 Landtag und Landesregierung müssen die Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau in  
638 Hessen weiter verbessern. Hessen braucht flächendeckend schnelles Netz – egal ob via Kabel  
639 oder Funk. Die Landesregierung muss weiterhin das Ziel verfolgen, bis 2030 flächendeckend  
640 Haushalte und Unternehmen an das Highspeednetz anzubinden.

641

642 CDU und SPD:

643 Der Ausbau moderner Infrastruktur rund um die Breitbandnetze soll vorrangig angegangen  
644 werden.

645

646 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

647

648 **6.9 Gesundheitswirtschaft: Standortbedingungen weiter verbessern**

649 VhU:

650 Die Landesregierung sollte – neben der guten Zusammenarbeit mit Unternehmen, Verbänden  
651 und Gewerkschaften in der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen – auch ihre Bemühungen  
652 über den Bundesrat intensivieren, die Standortbedingungen für die Gesundheitsindustrie in  
653 Deutschland und damit in Hessen weiterhin zu verbessern.

654

655 CDU und SPD:

656 Die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen soll fortgesetzt werden.

657

658 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

659

660 **6.10 Handwerk: Unternehmensgründungen von Handwerksmeistern weiter fördern**

661 VhU:

662 Handwerksbetriebe als wichtige Bestandteile der dezentralen ländlichen Entwicklung müssen  
663 gestärkt werden. Es ist wichtig, bei der Förderung der Entwicklung ländlicher Räume neben  
664 der Landwirtschaft auch die handwerklichen Strukturen in den Blick zu nehmen.  
665 Unternehmensgründungen von Handwerksmeistern sowie die Übernahme von bestehenden  
666 Handwerksbetrieben sollte die Landesregierung weiter fördern.

667

668 CDU und SPD:

669 Das Handwerk erfährt eine breite Würdigung im Koalitionsvertrag, und es sollen verbesserte  
670 Rahmenbedingungen in vielerlei Hinsicht geschaffen werden, die von Fragen der Ausbildung  
671 bis zur Nachfolgeregelung von Betrieben reichen.

672

673 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

674

#### 675 **6.11 Landwirtschaft: Bürokratie verringern**

676 VhU:

677 Die Landesregierung muss auf Ebene des Bundes und der EU weiterhin dazu beizutragen,  
678 dass eine leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft in Hessen erhalten wird. Sie sollte  
679 auf den Abbau der Bürokratisierung landwirtschaftlicher Betriebsabläufe hinwirken.

680

681 CDU und SPD:

682 Die Koalition beabsichtigt, die Belange der Landwirtschaft künftig stärker in den Fokus ihrer  
683 Politik zu stellen.

684

685 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

686

#### 687 **6.12 Wirtschaftsförderung entbürokratisieren**

688 VhU:

689 Die nächste Landesregierung muss die Prozesse der monetären Wirtschaftsförderung  
690 vereinfachen, damit Unternehmen insbesondere bei der Beantragung und der Abwicklung  
691 weniger Kosten und Zeitaufwand haben.

692

693 CDU und SPD:

694 „Die Vergabekriterien für die Wirtschaftsförderung werden wir ambitioniert vereinfachen, um  
695 Kosten der Förderbeantragung für die Unternehmen effektiv zu reduzieren. Wir werden die  
696 Prüfungs- und Nachweispflichten für die Inanspruchnahme von Förderprogrammen erheblich  
697 reduzieren.“

698

699 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

700

#### 701 **6.13 Wirtschaftsförderung nicht von Kriterium „gute Arbeit“ abhängig machen**

702 VhU:

703 Die Vergabe von Mitteln der Landeswirtschaftsförderung darf auch zukünftig nicht von Kriterien  
704 wie vermeintlich „guter Arbeit“ abhängig gemacht werden, sondern muss sich an sachlichen  
705 Kriterien hinsichtlich der Förderzielsetzungen orientieren.

706

707 CDU und SPD:

708 „Bei der Vergabe werden wir die Kriterien guter Arbeit mit einem Zuschlag zur Förderung  
709 berücksichtigen.“

710

711 VhU-Bewertung: Dissens

712



713 **6.14 Digitalisierung der Unternehmen weiter unterstützen**

714 VhU:

715 Landtag und Landesregierung sollten weiterhin Unternehmen bei der Nutzung der Chancen  
716 der Digitalisierung unterstützen.

717

718 CDU und SPD:

719 Die Koalition will „Unternehmen auch bei der Digitalisierung ihrer Prozesse und Verfahren  
720 noch stärker begleiten. Hierfür wollen wir unseren „DIGI-Check“ weiter ausbauen, den „DIGI-  
721 Zuschuss“ erhöhen und eine DIGI-Beratung prüfen.“

722

723 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

724

725

## 726 **7 Bildungssystem und Schule: Bildung aktiv und innovativ gestalten**

### 727 **7.1 Stärkere Evidenzbasierung in der Bildungspolitik**

728 VhU:

729 Ehrliche Analyse des Bildungslandes Hessen in allen Bereichen. Definition von vergleichbaren  
730 Standards und von einheitlichen Prüfungsmodalitäten. IST-Analyse des Wissenstands und  
731 insgesamt stärkere Evidenzbasierung, Defizite dürfen nicht wie bisher durch Studien Dritter  
732 offenbar werden.

733

734 CDU und SPD:

735 Weiterentwicklung der zentralen Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen. Verpflichtende  
736 Einführung von landesweiten Testverfahren. Weiterentwicklung diagnostischer Instrumente,  
737 um individuelle Förderangebote abzuleiten und Binnendifferenzierung zu steigern.  
738 Lernverlaufsdagnostik auch ab Klasse 7 (und in weiteren Fächern – nicht nur Deutsch und  
739 Mathe). Weiterentwicklung des hessischen Referenzrahmens Schulqualität.

740

741 VhU-Bewertung:

742 Übereinstimmung. Es wird jedoch sehr genau auf die konkrete Umsetzung, z. B. bei den  
743 landesweiten Testverfahren ankommen.

744

### 745 **7.2 Bildungspolitischen Fokus auf Grundkompetenzen legen**

746 VhU:

747 Grundstein für mehr Bildungschancen bereits im frühkindlichen Alter legen (verbindliche  
748 Sprachstandsanalysen und Sprachförderung bereits in Kita). Ausbau des Ganztagsangebots  
749 im Grundschulalter und konzeptionelle Berücksichtigung von Sprachförderung.

750

751 CDU und SPD:

752 Schwerpunkt sprachliche Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich. Verpflichtendes  
753 letztes Kita-Jahr. Weiter verpflichtende Vorlaufkurse bei besonderem Sprachförderbedarf.  
754 Weiterentwicklung von Kindersprachscreenings.

755

756 Stärkung der Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in Grundschule im  
757 Vordergrund. Stärkung der strukturellen Deutschförderung in Kita und Schule. Eine zusätzliche  
758 Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1+2. Bildungssprache Deutsch explizit in den Curricula  
759 und der Lehrkräfte-Ausbildung der Grundschule stärken. Besondere Rolle der Förderung der  
760 deutschen Sprache im Ganztagsbereich. Verpflichtende Deutschkurse als zentrales  
761 Integrationsinstrument. Sprachförderung insbesondere in Kitas. Fortführung der  
762 Intensivklassen und Ausbau des Programms „Integration durch Anschluss und Abschluss“  
763 („InteA“).

764

765 Fortsetzung der Qualitätsoffensive Mathematik. Orientiert an den verpflichtenden  
766 Vorlaufkursen zur sprachlichen Förderung im Jahr vor der Einschulung analoge Möglichkeit  
767 auch zur Förderung der Mathematikkompetenzen.

768

769 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

770 **7.3 Digitalisierung des Bildungssystems nicht (wieder) schleifen lassen**

771 VhU:

772 Weitere Modernisierung des Bildungssystems nötig. Einrichtung einer Service-Agentur  
773 „Digitale Bildung“, Ermöglichung von Standardsoftware. Betreuung der IT-Infrastruktur durch  
774 Fachleute. Evaluation des Kompetenzstands des Bildungspersonals und (verpflichtende)  
775 Qualifizierung zu digitaler Bildung. Weitere hessische Aufstockung bei einem DigitalPakt II  
776 sowie bundesweit einheitliche Strategie für Datenschutz in Bildungseinrichtungen und  
777 Verständigung auf eine Positivliste für Software.

778

779 CDU und SPD:

780 Strukturen bündeln, die sich der Weiterbeschäftigung mit KI und der digitalen Welt widmen  
781 und unter Einbindung von Bund und Universitäten institutionell zusammenfassen.

782

783 IT-Verwaltungsaufgaben und Datenschutz an Schulen professionalisieren. Hinwirken auf  
784 bundeseinheitliche Datenschutz-Strategie in Schulen und Positivliste für Software.

785

786 Schaffung digitaler Lernräume, in denen hybrid oder digital unterstützt unterrichtet werden  
787 kann und Mitdenken der Berufsschulen hierbei. Anpassung der Curricula im Hinblick auf  
788 Digitalisierung. Prüfung zentraler Anschaffung und Bereitstellung eines digitalen IT-  
789 Programms (Unterrichts,- Stunden,- und Vertretungsverwaltung) mit Schnittstelle zur Lehrer-  
790 und Schülerdatenbank (LUSD) und Schulportal Hessen. Kostenfrei digitale Endgeräte ab  
791 Klasse 7. Ausbau der W-LAN-Ausleuchtung.

792

793 „Wir gehen davon aus, dass die im Koalitionsvertrag des Bundes enthaltene Zusage, den  
794 Digitalpakt 2.0 aufzusetzen, umgesetzt wird“.

795

796 VhU-Bewertung:

797 Teilweise Übereinstimmung. Die Zielsetzungen sind nicht weitgehend genug. Ansätze zur  
798 Qualifizierung des Bildungspersonals bzw. zur Evaluation ihres Kompetenzstandes fehlen. In  
799 Bezug auf den DigitalPakt bleiben die Ausführungen sehr kurz und vernachlässigen eine  
800 mögliche Beteiligung/Aufstockung Hessens.

801

802 **7.4 Ökonomische Bildung und MINT-Bildung aufwerten, Informatik als Fach stärken**

803 VhU:

804 Förderung von MINT in der frühkindlichen Bildung beginnen. Aufsetzen eines hessischen  
805 MINT-Aktionsplans. Integration von ökonomischer Bildung in Lehrpläne bzw. Kerncurricula.  
806 Überholung der Kerncurricula für „Politik und Wirtschaft“ mit stärkerem Fokus auf Wirtschaft.  
807 Informatik als Fach stärker verankern.

808 CDU und SPD:

809 Verpflichtendes letztes Kita-Jahr mit Augenmerk auf Stärkung der MINT-Kompetenzen und  
810 der Experimentierfreudigkeit. Stärkung der MINT-Bildung vom Primarbereich an und weiterer  
811 Ausbau der MINT-Zentren in Hessen. Ausweitung der Fortbildungsangebote für Lehrkräfte  
812 unter Einbindung von Partnern aus Hochschulen, Wirtschaft, Arbeitgeberverbänden und  
813 Gewerkschaften. Entwicklung konkreter Projekte, um für MINT-Berufe und die Ausbildung von  
814 Ingenieuren zu werben. Stärkung der MINT-Fächer und bestehende Projekte zur Gewinnung  
815 von studentischem und wissenschaftlichem Nachwuchs unterstützen.

816

817 Schärfung der Kerncurricula u. a. in Politik und Wirtschaft. Update der Lehrinhalte, um mehr  
818 praktische Lebenskompetenzen sowie Verbraucher- und Finanzbildung in der Schule zu  
819 vermitteln. Hessen soll Vorreiter für „starke Finanzkompetenzen in der Bevölkerung“ werden.  
820 Aktives Einbringen in die „Initiative für finanzielle Bildung“ des Bundes und Begleitung mit  
821 eigenen Maßnahmen.

822

823 Grundlagen für KI bei Schülern durch Ausbau von Schülerforschungszentren. Stärkung des  
824 Faches „Informatik“. Landesweite Ausrollung des Schulfaches „Digitale Welt“ durch  
825 flächendeckende Einführung in Jahrgangsstufen 5 und 6, Konzept für Fortsetzung in der  
826 7. Jahrgangsstufe und Pilotprojekt an Versuchsschulen.

827

828 VhU-Bewertung:

829 Übereinstimmung. In Bezug auf das Schulfach „Informatik“ bleiben die Ausführungen mit  
830 „Informatik werden wir stärken“ im Koalitionsvertrag jedoch sehr begrenzt und zudem äußerst  
831 diffus. Die Ausweitung des Faches „Digitale Welt“ ist ein guter Anfang. Es braucht jedoch  
832 Anschlussmöglichkeiten und eine tatsächliche Stärkung von Informatik.

833

## 834 **7.5 Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräftenachwuchs ausweiten**

835 VhU

836 Ausweitung der Weiterbildungsangebote der Lehrkräfteakademie, Ausbau des Angebots  
837 akademischer Erweiterungsstudiengänge, Attraktivieren des Quereinstiegs durch Ausnutzung  
838 der maximalen Möglichkeiten des Hessischen Besoldungsgesetzes (100 % Sonderzuschlag).

839

840 CDU und SPD:

841 Werbung für Beruf der Lehrkraft. Prüfung von Stipendienprogrammen. Abbau von  
842 Einstiegshürden (u. a. Ein-Fach-Lehrkraft, Studienplatzaufstockungen, Stellengewinne über  
843 Pensionäre, Lehrkräfte in Elternzeit durch Rückkehr oder Teilzeit in Elternzeit,  
844 Dienstzeitverlängerer und Lehrkräfte in Teilzeit durch Aufstockung, ausländische Lehrkräfte).  
845 Ausbau des berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstieg. Ausbau der Maßnahmen zur  
846 Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in Lehrämtern mit besonderen Bedarfen.

847

848 Neue Initiative mit Industrie- und Wirtschaftsverbänden, um pensionierte Lehrkräfte und  
849 akademisches Personal aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich als  
850 Quereinsteiger für den Unterricht in MINT-Fächern an Schulen zu gewinnen.

851

852 Vorhaltung ausreichender Studienkapazitäten und Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst  
853 und bedarfsgerechter Ausbau. Zügige Nachbesetzungen von Stellen und Schulleitungen und  
854 Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten für alle Lehrämter.

855

856 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

857

858 **7.6 Schulen von Verwaltungsaufgaben entlasten**

859 VhU:

860 Modellprojekt „Duale Schulleitung“ mit Doppelspitze aus pädagogischer und administrativer  
861 Leitung. Mehr Autonomie in den Bereichen Organisation, Qualitätssicherung und Personal und  
862 Einrichtung eines finanziell eigenverantwortlichen Globalbudgets für Schulen.

863

864 CDU und SPD:

865 Ausbau der Stellen für Verwaltungskräfte. An Schulen mit über 500 Schülern Etablierung eines  
866 Schuladministrators. Konrektorenstelle an jeder Schule unabhängig von Größe. Prüfung einer  
867 Erhöhung von Leitungsdeputaten an kleinen Grund- und Förderschulen. Schaffung eines  
868 Entwicklungs- und Chancenbudgets zur eigenen innovativen Verwendung für Schulen.

869

870 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

871

872 **7.7 Festhalten an Noten, Nichtversetzung, Wiederholung**

873 VhU:

874 In Hessens Schulen sollen weiterhin Noten in Form von Ziffern vergeben werden, und es soll  
875 weiterhin die Möglichkeit der Nichtversetzung in die nächste Klassenstufe geben.

876

877 CDU und SPD:

878 Weiterhin verpflichtende Vergabe von Ziffernoten. Festhalten an Instrumenten der  
879 Nichtversetzung, der Wiederholung und der Querversetzung.

880

881 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

882 **8 Aus- und Weiterbildung: Berufliche Bildung und Berufsschulen stärker**  
883 **unterstützen**

884 **8.1 Berufliche Bildung in den Fokus der Bildungspolitik rücken und fördern**

885 VhU:

886 Duale Ausbildung in Fokus der Bildungspolitik rücken. Image der Ausbildung fördern,  
887 Ausweitung der Imagekampagne. Berufliche Bildung und Berufsschulen stärker unterstützen.  
888 Minimierung des Übergangssystems und Evaluation bestehender Maßnahmen.

889

890 CDU und SPD:

891 Stärkung der dualen Ausbildung. Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von beruflicher und  
892 akademischer Bildung. Möglichkeiten rechtskreisübergreifender einzelfallbezogener  
893 Zusammenarbeit nutzen, um insbesondere junge Leute, die nicht in Ausbildung, Arbeit o. ä.  
894 sind (Gruppe der sog. NEET „Not in Education, Employment or Training“), am Übergang  
895 Schule-Beruf zu unterstützen. Unterstützung durch einfache Anlaufstellen. Evaluierung und  
896 angepasste Fortführung bestehender Ausbildungsförderprogramme. Maßgebliche Beteiligung  
897 am vom Bund vorgesehenen „Pakt für berufsbildende Schulen“.

898

899 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

900

901 **8.2 Berufsorientierung aufwerten**

902 VhU

903 Berufsorientierung breiter verankern, Aufsetzen einer breiten Berufsorientierungskampagne.  
904 Stärkung des Themas „Berufsorientierung“ in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung. Schulischer  
905 Innovationstopf zum Einkauf externer Berufsorientierungs-Projekte. Freiwillige Praktika  
906 fördern und honorieren. Wiederaufnahme der Berufseinstiegsbegleitung.

907

908 CDU und SPD:

909 Ausbau der Berufsorientierung in allen Schulformen. Schaffung eines Entwicklungs- und  
910 Chancenbudgets zur eigenen innovativen Verwendung für Schulen. Erhöhung der Anzahl der  
911 Praktika und ggf. Schärfung von Dauer und Struktur. Verbesserung der Rahmenbedingungen  
912 für freiwillige Zusatzpraktika. Evaluierung der bisherigen Form der Berufsberatung und  
913 idealerweise früherer Beginn. Kooperation mit beruflichen Schulen in der Berufsorientierung  
914 und Einbeziehung des Handwerks. Erleichterung des Weges in die berufliche Bildung für  
915 Studienabbrecher.

916

917 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

918

919 **8.3 Übergangssystem optimieren und reduzieren**

920 VhU

921 Übergangssystem in den Blick nehmen und – mit dem Ziel einer Reduzierung – Taskforce  
922 einrichten, die bestehende Maßnahmen evaluiert und umsetzbare Vorschläge erarbeitet und  
923 zur zweiten Hälfte der Legislaturperiode vorlegt.

924

925 CDU und SPD

926 Fortsetzung und Evaluierung der bestehenden Ausbildungsförderprogramme und des  
927 Programms „Wirtschaft integriert“ und Anpassung an die neuen Bedingungen des  
928 Arbeitsmarktes. Neues Landesprogramm „Jugend in Arbeit“ zur Verbesserung des  
929 Übergangs in das Erwerbsleben.

930 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

931

#### 932 **8.4 Berufsschulstandortkonzept prüfen und Zukunftsstrategie entwickeln**

933 VhU:

934 Das Konzept „Die Zukunftsfähige Berufsschule“ greift zu kurz. Wirtschaft ist nicht angemessen  
935 eingebunden und es werden zu wenige Zukunftsbedarfe eruiert und abgebildet. Es braucht  
936 eine weitergehende Berufsschulstrategie in der z. B. auch ein Konzept für  
937 Lehrkräftenachwuchs, die Digitalisierung der Lernortkooperation, digitale Lehr- und  
938 Lernoptionen oder die Ausweitung der Schulautonomie Berücksichtigung finden.

939

940 CDU und SPD:

941 Wohnortnahe Ausbildung sichern. Fortsetzung des Prozesses „Zukunftsfähige Berufsschule“.  
942 Aufforderung der Sozialpartner, Einfluss auf Fachrichtungen und Schwerpunkte zur  
943 gemeinsamen Beschulung zu nehmen. Mehr Eigenverantwortung für Berufsschulen.  
944 Transparenter partizipativer Prozess (u.a. mit Sozialpartnern), um Wege zu modernen  
945 Berufsschulen weiterzuentwickeln. Pilotierte digitale Lernortkooperation von VhU,  
946 HESSENMETALL, HessenChemie, ARGE und HIHK verstetigen.

947

948 VhU-Bewertung:

949 Teilweise Übereinstimmung. Merkwürdig mutet an, dass die Sozialpartner „aufgefordert“  
950 werden sollen, Einfluss auf Bundesregelungen im Bund-Länder-Koordinierungsausschuss zu  
951 nehmen. Die Sozialpartner sind an diesem Ausschuss nicht beteiligt, Einfluss kann hier nur  
952 das Land selbst nehmen. Vom Ziel her gedacht könnten die Sozialpartner jedoch im Rahmen  
953 der vorher stattfindenden Abstimmung Einfluss auf Ausbildungsordnungen nehmen.  
954 Folgerichtiger wäre dann jedoch zunächst eine grundsätzliche Einbindung der Sozialpartner  
955 in den Prozess der Neuordnung der Berufsschulstandorte in Hessen. Darauf aufbauend  
956 könnte in einem zweiten Schritt gemeinsam auf konkrete Regelungen und Möglichkeiten  
957 geschaut werden. Dass eine solche frühzeitige Einbindung der Sozialpartner zumindest in  
958 Bezug auf die Weiterentwicklung der Berufsschulen so vorgesehen scheint, ist positiv.

959

#### 960 **8.5 Hessisches Weiterbildungsgesetz nicht ausweiten**

961 VhU:

962 Die Förderung der Weiterbildung insbesondere im ehrenamtlichen Bereich ist wichtig, aber  
963 nicht Aufgabe der Wirtschaft, und sie darf nicht zu Lasten der Wirtschaft gehen. Die  
964 Unternehmen sind zudem ausschließlich für die berufliche Weiterbildung zuständig, sonstige  
965 Weiterbildungsmaßnahmen sind individuelle Sache der Arbeitnehmer bzw.  
966 gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

967

968

969



970 CDU und SPD:

971 Bei der Novellierung des Hessischen Weiterbildungsgesetzes (HWBG) wollen wir die  
972 Bedeutung der Erwachsenenbildung – im Besonderen die politische Weiterbildung – sowie  
973 inklusive Angebote stärken. (...) Wir wollen den Bildungsurlaub für sogenannte  
974 Abgeordnetenfahrten zum Hessischen Landtag, dem Deutschen Bundestag oder dem  
975 Europäischen Parlament zur Demokratiestärkung öffnen. Wir werden prüfen, wie die noch  
976 bestehenden Hemmnisse für Ehrenamtsschulungen im Brand- und Katastrophenschutz sowie  
977 im Sanitätswesen beseitigt werden können.

978

979 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

980



981 **9 Hochschule und Forschung: Hochschulbildung, Transfer und Wissenschaft**  
982 **an die Spitze**

983 **9.1 Hochschulen und insbesondere technische Studiengänge besser ausstatten**

984 VhU:

985 Ausgaben des Landes für Forschung und Entwicklung im Rahmen des Haushaltsspielraums  
986 durch Priorisierung weiter steigern und im Hochschulpakt 2025 Schlüsseltechnologien in den  
987 Blick nehmen.

988

989 CDU und SPD:

990 Steigerung der Hochschul-Finanzierung im Nachfolge-Hochschulpakt ab 2025 und stärkere  
991 Berücksichtigung der höheren Kosten bei technischen Studiengängen.

992

993 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

994

995 **9.2 Innovationen weiter gezielt fördern**

996 VhU:

997 Der hessische Hochschulpakt mit dem bewährten Ansatz der thematischen Schwerpunkte,  
998 das LOEWE- und das HEUREKA-Programm, der Digitalpakt Hochschule, das  
999 Förderprogramm distr@I sowie das Zentrum für Künstliche Intelligenz sollten fortgeführt  
1000 werden.

1001

1002 CDU und SPD:

1003 Weiterentwicklung distr@I, Fortsetzung HEUREKA und Erweiterung um HEUREKA digital,  
1004 Ausschreibung weiterer LOEWE-Zentren und -Schwerpunkte, Ausbau Hessen AI uvm.

1005

1006 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1007

1008 **9.3 Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöhen**

1009 VhU:

1010 Im Rahmen des Haushaltsspielraums sollten die staatlichen Investitionen des Landes in die  
1011 hessischen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben 1,2 Prozent des hessischen  
1012 Bruttoinlandsprodukts betragen.

1013

1014 CDU und SPD:

1015 Keine konkrete Aussage, Verweis auf Steigerung Hochschulpakt.

1016

1017 VhU-Bewertung: Neutral. Eine Festlegung wäre wünschenswert gewesen.

1018

1019 **9.4 In Forschung zu voraussichtlichen Schlüsseltechnologien sowie in Technologie-**  
1020 **und Wissenstransfer investieren**

1021 VhU:

1022 Die Landesregierung sollte in die Forschung zu voraussichtlichen Schlüsseltechnologien wie  
1023 KI, Quantentechnologie oder Energieumwandlung investieren und den Technologie- und  
1024 Wissenstransfer verbessern.

1025

1026 CDU und SPD:

1027 Hessen soll Leitstandort für innovative Energieforschung werden (v.a. in den Bereichen,  
1028 laserbasierte Kernfusion, erneuerbare Energien und Speichertechnologien). In  
1029 Quantencomputing und KI soll an der Schnittstelle von Forschung und Anwendung investiert  
1030 werden. Transferinitiative „ZusePower“ und Ausrichtung Hessenagentur auf Innovations-  
1031 förderung, F&E und Technologietransfer.

1032

1033 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1034

1035 **9.5 Berufsorientierung an Universitäten für Absolventen und Studienzweiflern/ -**  
1036 **abbrecher verbessern**

1037 VhU:

1038 Hochschulen sollten die Anforderungen des Arbeitsmarktes kennen und die Studenten gezielt  
1039 darauf vorbereiten. Oft wird ein Studium abgebrochen, weil der betreffende Student  
1040 Schwierigkeiten mit der Theorie, aber Interesse an der Praxis hat. Hier sollte ein möglichst  
1041 reibungsloser Übergang in die duale Ausbildung ermöglicht werden.

1042

1043 CDU und SPD:

1044 Verbesserung von Studienberatung für Absolventen und Studienabbrecher, Durchlässigkeit  
1045 von Studium zu Dualer Ausbildung erhöhen

1046

1047 VhU-Bewertung: Zustimmung

1048

1049 **9.6 Zivilklauseln an Hochschulen überprüfen**

1050 VhU:

1051 Die Sicherheitswirtschaft im Allgemeinen sowie speziell die Hersteller von Wehrtechnik und  
1052 die Ausrüster von Polizei und Bundeswehr gehören selbstverständlich zum Branchenmix der  
1053 hessischen Wirtschaft. Sie dürfen im Rahmen von Kooperationen mit Hochschulen keine  
1054 Benachteiligungen gegenüber anderen Wirtschaftszweigen erfahren.

1055

1056 CDU und SPD:

1057 Unterstützung der Hochschulen bei Überprüfung von Zivilklauseln im Lichte der gegenwärtigen  
1058 geopolitischen Entwicklungen.

1059

1060 VhU-Bewertung: Zustimmung

1061

1062 **10 Verkehrsinfrastruktur: Gute Mobilität für Hessen gewährleisten**

1063 **10.1 Mobilität stärker als etwas Positives betonen**

1064 VhU:

1065 Politik und Wirtschaft sollten gemeinsam stärker als bisher betonen, dass Mobilität per se  
1066 etwas Positives ist, weil sie Begegnungen von Menschen und den Austausch von Waren  
1067 ermöglicht. Nicht den Verkehr an sich, sondern seine negativen Effekte gilt es zu verringern.

1068

1069 CDU und SPD:

1070 „Im ländlichen Raum wird das Auto weiterhin das Fortbewegungsmittel sein. Deshalb ist uns  
1071 eine gute Straßenverkehrsinfrastruktur überall im ländlichen Raum wichtig.“ (...)

1072 „Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen. Sie ist Voraussetzung für aktive Teilhabe am  
1073 gesellschaftlichen Leben und unterliegt einem grundlegenden Wandel. Wir setzen dabei auf  
1074 klimaneutrale Mobilität, ohne die individuelle Wahl des Verkehrsmittels einzuschränken.“ (...)

1075 „Wir sehen alle Verkehrsträger gleichberechtigt. Das Auto ist vor allem in den ländlichen  
1076 Räumen weiterhin unverzichtbar.“

1077

1078 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1079

1080 **10.2 Mehr in Verkehrswege investieren und Werterhaltungsregel einführen**

1081 VhU:

1082 Landtag und Landesregierung sollten mehr in die Verkehrswege investieren – mindestens so  
1083 viel in Erhaltung, Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur investieren, wie der Wert der  
1084 Infrastruktur durch Abschreibungen jährlich abnimmt. Über eine Werterhaltungsregel sollte der  
1085 Landtag die Landesregierung gesetzlich dazu verpflichten, die Investitionen in die  
1086 Verkehrsinfrastruktur zukünftig mindestens auf dem Niveau der Abschreibungen zu halten.

1087

1088 CDU und SPD:

1089 „Wir bekennen uns zur Verstetigung der Investitionen in den Straßenbau – mindestens in Höhe  
1090 der buchhalterischen Abschreibungen.“

1091

1092 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1093

1094 **10.3 Planungs- und Genehmigungsverfahren maximal beschleunigen**

1095 VhU:

1096 Landtag und Landesregierung müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren für  
1097 Verkehrsinfrastrukturprojekte maximal beschleunigen, beispielsweise im Umwelt- und  
1098 Planungsrechts, und sie müssen auf entsprechende Beschleunigungen auf Ebene des Bundes  
1099 und der EU drängen.

1100

1101 CDU und SPD:

1102 „Wir wollen ein ambitioniertes Paket für Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung  
1103 auflegen.“ (...)

1104

1105 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1106

1107 **10.4 Klimainvestitionen möglichst technologieoffen gestalten**

1108 VhU:

1109 Die Landesregierung sollte einen möglichst technologieoffenen Ansatz für klimapolitische  
1110 Entscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur verfolgen und die Elektrifizierung, Nutzung von  
1111 Wasserstoff und den Markthochlauf von treibhausgasneutral hergestellten alternativen  
1112 Kraftstoffen vorantreiben.

1113

1114 CDU und SPD:

1115 „Wir wollen die Automobil- und Automotivindustrie am Standort Hessen stärken und begleiten  
1116 sie auf dem Weg einer technologieoffenen Entwicklung auch in Bezug auf die  
1117 Weiterentwicklung klimaneutraler Antriebstechnologien.“

1118 „Den Ausbau einer bedarfsgerechten Elektroladeinfrastruktur an Landesgebäuden treiben wir  
1119 offensiv voran.“

1120 „Ferner wollen wir die Elektrifizierung von Bahnstrecken sowie den Einsatz von  
1121 wasserstoffbetriebenen Verkehrsträgern weiter vorantreiben.“

1122

1123 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1124

1125 **10.5 Autobahnen und Bundesstraßen in Hessen neu- und ausbauen**

1126 VhU:

1127 Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass mehr in Autobahnen und  
1128 Bundesstraßen in Hessen investiert wird. Alle Autobahnprojekte in Hessen, insbesondere die  
1129 A44 und die A49 sowie der Ausbau rund um Frankfurt, müssen zügig umgesetzt werden. Die  
1130 Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass in notwendigen Fällen auch Bundesstraßen  
1131 als Autobahn-Alternativen geplant und gebaut werden – etwa Ortsumgehungen entlang der  
1132 B 252, eine Fernstraße von Frankenberg nach Nordrhein-Westfalen oder eine Nordumfahrung  
1133 der Stadt Kassel.

1134

1135 CDU und SPD:

1136 „Wir wollen auch weiterhin Anbindungen und Ortsumgehungen schaffen. Sie entlasten  
1137 Anwohnerinnen und Anwohner und sichern einen zügigen Verkehrsfluss. Die offenen Projekte  
1138 sollen schrittweise und in einem transparenten Verfahren umgesetzt werden. Kriterien zur  
1139 Priorisierung sollen Verkehrsfluss, Verkehrssicherheit, Anbindung des ländlichen Raumes an  
1140 verdichtete Räume, Wartezeit des Projektes und eine kommunale Priorisierung durch den  
1141 Kreistag sein.“

1142

1143 „Dabei wollen wir begonnene und in der Planung befindliche Projekte priorisiert vorantreiben  
1144 und den Grundsatz Sanierung vor Neubau beibehalten. Wir werden angefangene  
1145 Ausbauprojekte bei Autobahnen, wie beispielsweise den Ausbau der A44, A49 und den  
1146 Riederwaldtunnel abschließen und keine weiteren Verzögerungen dulden. Außerdem setzen  
1147 wir uns für einen effektiven Lärmschutz von Anwohnerinnen und Anwohnern auch an  
1148 Bestandsstrecken ein. Gegenüber dem Bund werden wir die Annahme seines Angebotes zum  
1149 beschleunigten Autobahnausbau für alle hessischen Projekte bestätigen. Wir betrachten  
1150 Ortsumgehungen als sinnvolle Ergänzung des Straßennetzes und zur Entlastung von  
1151 Ortskernen und werden dabei ländliche Räume und Ballungsräume gleichwertig behandeln.  
1152 Offene Projekte wollen wir schrittweise und in einem transparenten Verfahren priorisieren,  
1153 umsetzen und dafür erforderliche Ressourcen (Personal und Finanzmittel) bereitstellen.

1154 Ausgehend von den Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner sollen die Kriterien zur  
1155 Priorisierung, Verkehrsfluss, Verkehrssicherheit, Umweltbelastung, Nachhaltigkeit,  
1156 Flächenverbrauch, Wartezeit des Projektes und eine kommunale Priorisierung sein.“

1157

1158 VhU-Bewertung: Teilweise Übereinstimmung

1159

## 1160 **10.6 Mehr Lkw-Parkplätze schaffen und Sicherheit erhöhen**

1161 VhU:

1162 Die Landesregierung muss sich bei Bund und Autobahn GmbH für eine rasche Erhöhung der  
1163 Anzahl der Lkw-Parkplätze an bzw. entlang der Autobahnen in Hessen einsetzen. Sie sollte  
1164 mit Bund bzw. Autobahn GmbH einen mittelfristigen Plan (5-10 Jahre) zur Verbesserung der  
1165 Parkplatzentwicklung aufstellen. Gegen Kriminalität auf Lkw-Parkplätzen an oder in der Nähe  
1166 von Autobahnen, wie Planenschlitzerei, muss das Land noch entschiedener vorgehen.

1167

1168 CDU und SPD:

1169 „Im Rahmen einer konzertierten Aktion gemeinsam mit der Wirtschaft, dem Bund, der  
1170 Autobahn GmbH sowie den Kommunen wollen wir mit Blick auf Verkehrssicherheit,  
1171 Arbeitsbedingungen sowie Qualität und Anzahl von Rastplätzen für mehr, sicherere und  
1172 qualitativ bessere LKW Stellplätze in Hessen sorgen. Dazu gehört auch die Verbesserung  
1173 notwendiger Sicherheitsvorkehrungen und von Arbeitsbedingungen wie z.B. die Bereitstellung  
1174 von Sanitäreinrichtungen oder zusätzliche Flächen für Rast- und Ruhezeiten der Fahrerinnen und  
1175 Fahrer an Autobahnparkplätzen.“

1176

1177 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1178

## 1179 **10.7 Rheinbrücke südlich von Wiesbaden und im Rheingau sowie Mainquerung 1180 östlich von Offenbach prüfen**

1181 VhU:

1182 Das Verkehrsministerium sollte sich für Machbarkeitsstudien für eine weitere Straßenbrücke  
1183 über den Rhein südlich von Wiesbaden sowie im Rheingau bei Rüdenheim einsetzen. Um in  
1184 Offenbach reine Durchgangsverkehre zwischen Hanau und Frankfurt zu reduzieren, sollte das  
1185 Verkehrsministerium eine Querung des Mains östlich von Offenbach prüfen lassen.

1186

1187 CDU und SPD: Keine Aussage

1188

1189 VhU-Bewertung: Dissens

1190

## 1191 **10.8 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen prüfen**

1192 VhU:

1193 Die Landesregierung sollte prüfen, ob für den Erhalt von Straßen weitere Leistungs- und  
1194 Finanzierungsvereinbarungen mit privaten Unternehmen abgeschlossen werden können.

1195

1196 CDU und SPD: Keine Aussage

1197

1198 VhU-Bewertung: Dissens

1199

1200 **10.9 Elektro-Ladeinfrastruktur privatwirtschaftlich aufbauen lassen**

1201 VhU:

1202 Um den Ladeinfrastrukturausbau für E-Fahrzeuge durch private Unternehmen zu erleichtern,  
1203 sollte sich Hessen für Anpassungen im Wohneigentums-, Miet- und Baurecht einsetzen.

1204

1205 CDU und SPD:

1206 „Den Ausbau einer bedarfsgerechten Elektroladeinfrastruktur an Landesgebäuden treiben wir  
1207 offensiv voran.“

1208

1209 VhU-Bewertung:

1210 Teilweise Übereinstimmung, leider keine konkrete Aussage.

1211

1212 **10.10 Digitalisierung im Straßenverkehr und ÖPNV ausbauen**

1213 VhU:

1214 Die Landesregierung muss weiterhin den Ausbau der Breitband-Infrastruktur forcieren, damit  
1215 die Vernetzung ausgebaut werden kann und mehr Standards bei der CAR2X-Kommunikation  
1216 eingeführt bzw. umgesetzt werden. Sie sollte sich in den Bund-Länder-Arbeitsgruppen und im  
1217 Bundesrat für die erleichterte Nutzung digitaler Daten aus dem Verkehrsfluss stark machen.

1218

1219 CDU und SPD:

1220 „Die Digitalisierung des Verkehrssektors und der Schiene sehen wir als Chance. Gemeinsam  
1221 mit dem Bund wollen wir eine ausreichende Finanzierung der digitalen Führerstand-  
1222 /Fahrzeugausstattung auf den Weg bringen. Außerdem setzen wir uns gemeinsam mit den  
1223 Verbänden für eine App ein, über die landesweit sämtlich zur Verfügung stehenden  
1224 Mobilitätsangebote gebucht werden können. Dazu werden wir regulatorische Hürden in  
1225 Hessen beseitigen.“

1226

1227 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1228

1229 **10.11 Überregionale Schienenwege in Hessen ausbauen**

1230 VhU:

1231 Die Landesregierung sollte weiterhin den Neu- und Ausbau überregionaler Schienenprojekte  
1232 für den Güterverkehr und den Personenverkehr in Hessen beschleunigen und die Neu-  
1233 /Ausbaustrecke Hanau-Fulda sowie die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim als Prioritäten  
1234 behandeln – ebenso wie den Knoten Frankfurt und einen Fernbahntunnel unter Frankfurt. In  
1235 Nordhessen ist es der Lückenschluss der Ost-West-Achse Berlin/Dresden-Kassel-Köln/Bonn.

1236

1237 CDU und SPD:

1238 „Die Verwirklichung des Fernbahntunnels Frankfurt ist auf absehbare Zeit die bedeutendste  
1239 Maßnahme zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hessen. Erst durch ihn können die  
1240 weiteren Ausbaumaßnahmen im Fern- und Regionalverkehr ihre volle Wirkung entfalten. Das  
1241 Projekt ist im eindeutigen Landesinteresse.“

1242

1243 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1244

1245 **10.12 Programm Frankfurt RheinMain plus weiter priorisieren**

1246 VhU:

1247 Landtag und Landesregierung müssen für regionale Schienenprojekte Gleise, Weichen,  
1248 Signalanlagen, Bahnhöfe und Bahnsteige schneller ausbauen bzw. erweitern, damit S-, U- und  
1249 Regionalbahn-Linien verlängert oder neu geschaffen werden können. Sie sollten das  
1250 Programm Frankfurt RheinMain plus weiter priorisieren und umsetzen. Dazu gehören die  
1251 Nordmainische S-Bahn, der 4-gleisige Ausbau von Frankfurt-Friedberg, die Wallauer Spange,  
1252 der Knoten Frankfurt-Stadion und die Regionaltangente West erweitert rund um Frankfurt.

1253

1254 CDU und SPD:

1255 „Wir wollen die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs insbesondere im Rhein-Main-Gebiet sowie  
1256 der Zulaufstrecken im Nah- und Fernverkehr weiter steigern. Daher hat das Programm Rhein  
1257 Main Plus höchste Priorität in der Umsetzung. Dazu gehören auch die Komplettierung des  
1258 Schienenrings von der Regionaltangente (RT) West, RT Ost bis zur RT Süd sowie der  
1259 Fernbahntunnel am Frankfurter Hauptbahnhof. Gleichzeitig bekennen wir uns auch zur  
1260 Generalsanierung der wichtigen DB-Bestandsstrecken und werden landesseitig alle  
1261 Planungsprozesse unterstützen. Dies ist die Grundlage für ein leistungsfähiges und  
1262 verzahntes Angebot zwischen Fern- und Regionalverkehr mit einem einheitlichen Hessentakt  
1263 als Zielbild.“

1264

1265 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1266

1267 **10.13 Binnenschifffahrt und Binnenhäfen wirtschaftlich nutzen**

1268 VhU:

1269 Die Landesregierung sollte im Bund darauf drängen, dass die Wasserwege angemessen bei  
1270 den Investitionen in die Infrastruktur berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Sanierung  
1271 maroder Schleusen und durch zügige Umsetzung der partiellen Vertiefung des Mittelrheins  
1272 (Abladeoptimierung). Binnenhäfen und Umschlagterminals müssen für die Binnenschifffahrt  
1273 erhalten bleiben und dürfen nicht dem Trend „Wohnen am Fluss“ geopfert werden.

1274

1275 CDU und SPD:

1276 „In Bezug auf die Wasser- und Binnenschifffahrtswege wollen wir die  
1277 Binnenhafenhinterlandinfrastruktur durch rechtliche Regelung absichern und Mobilität-HUBs  
1278 in Häfen verstärkt fördern. Den Einsatz von E-Fuels im Bereich der Schifffahrt wollen wir weiter  
1279 ausbauen. Außerdem werden wir uns beim Bund für die nachträgliche Aufnahme des  
1280 Projektes zur „Abladeoptimierung der Fahrrinnen im Mittelrhein“ (Projektnummer W 25) in das  
1281 Genehmigungsbeschleunigungsgesetz des Bundes einsetzen.“

1282

1283 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1284

1285 **10.14 Planungskompetenzen für nicht-bundeseigene Schieneninfrastruktur bündeln**

1286 VhU:

1287 Um den Ausbau der Schieneninfrastruktur auch auf Strecken voran zu bringen, die nicht dem  
1288 Bund bzw. der DB Netz gehören, sollte das Land die in Hessen vorhandenen Kompetenzen  
1289 und Ressourcen bündeln.

1290

1291 CDU und SPD:

1292 „Der Ausbau und eine Modernisierung und Digitalisierung der Schieneninfrastrukturen in  
1293 Hessen bedarf aus Sicht des Landes einer gebündelten Stelle. Hessen braucht analog der  
1294 Straße gebündelte Kompetenz insbesondere für die Planung und den Bau nicht-  
1295 bundeseigener Schienenstrecken. Dafür wollen wir die bestehenden Organisationen wie die  
1296 RTW GmbH oder die Hessische Landesbahn (HLB) und ihre aufgebauten  
1297 Planungskompetenzen nutzen.“

1298

1299 VhU-Bewertung: Übereinstimmung



1300 **11 Logistik: Güterverkehr in den Fokus rücken**

1301 **11.1 Belange der Logistik stärker berücksichtigen**

1302 VhU:

1303 Landtag und Landesregierung sollten die Belange der Logistik sowie des Güterverkehrs  
1304 stärker ins Zentrum ihrer Verkehrspolitik rücken, damit der politische Fokus nicht länger  
1305 überwiegend oder gar alleine auf den Personenverkehren liegt.

1306

1307 CDU und SPD:

1308 Die inhaltliche Gewichtung im Koalitionsvertrag liegt ganz überwiegend auf dem  
1309 Personenverkehr.

1310

1311 VhU-Bewertung:

1312 Dissens, denn ein leistungsfähiger Güterverkehr auf allen Verkehrsträgern ist als  
1313 Standortfaktor für Deutschland und Hessen wichtig, nicht zuletzt für den Import und Export.

1314

1315 **11.2 Schienengüterverkehr: Ausbauen, aber Potential realistisch einschätzen**

1316 VhU:

1317 Die Landesregierung sollte sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die staatliche  
1318 DB Netz AG deutlich schneller als bisher die Infrastruktur ausbaut und dass die staatliche  
1319 DB Cargo AG die Attraktivität ihrer Angebote verbessert.

1320

1321 CDU und SPD:

1322 „Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf das Wasser wollen wir ausbauen  
1323 und stärken. Die Landesförderung für Gleisanschlüsse von gewerblichen Betrieben wollen wir  
1324 beibehalten und eine Anlaufstelle zur Beratung und Unterstützung der Betriebe schaffen.“

1325

1326 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens, weil keine Aussage zum VhU-Anliegen und weil die  
1327 bestehende Landesförderung sehr gering ist und daher keinen ausreichenden Anreiz bietet.

1328

1329 **11.3 Lkw Verkehr nicht schlechtreden**

1330 VhU:

1331 Der Straßengüterverkehr mit Lkw darf nicht schlechtgeredet werden. Die Reduktion des  
1332 Schadstoffausstoßes von Lkw und die Lösung der Lärm- und Unfallproblematiken können  
1333 durch geeignete staatliche Rahmenseetzungen, die zumeist auf höherer föderaler Ebene liegen  
1334 sollten (z.B. sinkender CO2-Deckel), und durch technischen Fortschritt gelingen.

1335

1336 CDU und SPD:

1337 Ein „Schlechtreden“ findet im Koalitionsvertrag nicht statt.

1338

1339 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1340

1341 **11.4 Technologieoffenheit bei Klimaschutz im Straßengüterverkehr wahren**

1342 VhU:

1343 Die Landesregierung sollte sich auf Ebene des Bundes und der EU für eine hinreichend  
1344 technologieoffene und marktwirtschaftlich gestaltete Klimaschutzpolitik einsetzen. Landtag  
1345 und Landesregierung sollten keine einzelne Technik im Verkehr privilegieren, keine  
1346 unmittelbare Klimaschutzpolitik versuchen zu praktizieren, sondern Klimaschutzpolitik dem  
1347 Bund und der EU überlassen.

1348

1349 CDU und SPD:

1350 Keine Aussage, aber zumindest auch generell keine Infragestellung von Technologieoffenheit  
1351 im Koalitionsvertrag

1352

1353 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

1354

1355 **11.5 Auf mehr Straßen in Hessen Lang-Lkw fahren lassen**

1356 VhU:

1357 Die Landesregierung sollte sich auf Ebene des Bundes für die Ausweitung des Positivnetzes  
1358 mit Strecken für Lang-Lkw einsetzen und dafür eintreten, dass mindestens zweimal im Jahr  
1359 eine Änderungsverordnung mit neuen Strecken für Lang-Lkw auf den Weg gebracht wird.

1360

1361 CDU und SPD: Keine Aussage

1362

1363 VhU-Bewertung: Dissens, zumal nicht ersichtlich ist, warum die Koalition sich nicht dafür  
1364 einsetzt.

1365

1366 **11.6 Schwertransporte schneller genehmigen**

1367 VhU:

1368 Großraum- und Schwertransporte müssen schneller als bisher genehmigt werden: Anträge  
1369 sollten binnen 5 Werktagen entschieden werden. Die Landesregierung muss bürokratische  
1370 Hürden reduzieren, intermodale Schnittstellen sichern und Daten in Zusammenarbeit mit den  
1371 anderen Ländern austauschen.

1372

1373 CDU und SPD:

1374 „Die Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte wollen wir erheblich  
1375 vereinfachen und drastisch verkürzen. Hessen setzt dabei auf verbesserte Digitalisierung und  
1376 wird die vom Bund geschaffenen Möglichkeiten umfassend nutzen. Das schließt  
1377 Dauergenehmigungen in geeigneten Fällen ausdrücklich ein.“

1378

1379 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1380 **11.7 Innenstadtlogistik weiter ermöglichen**

1381 VhU:

1382 Der innerstädtische Individualverkehr sowie das Be- und Entladen von Güterverkehren dürfen  
1383 nicht durch Anfahrerschwernisse, Durch- und Einfahrtfahrverbote sowie unangemessene  
1384 Tempo-30-Zonen behindert werden.

1385

1386 CDU und SPD:

1387 „Gemeinsam mit der Logistikbranche wollen wir an der Verbesserung von Paketzustellungen  
1388 in städtischen Verdichtungsräumen arbeiten, um die Anzahl der Lieferverkehre zu reduzieren.“

1389 „Wir lehnen ein generelles Tempolimit sowie Fahrverbote für Autos ab. Stattdessen wollen wir  
1390 verstärkt auf variable Geschwindigkeitsbeschränkungen setzen, die dynamisch an Verkehrs-  
1391 und Wetterlage angepasst werden.“

1392

1393 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1394

1395 **11.8 Luftfracht-Logistik in Hessen stärken**

1396 VhU:

1397 Die Landesregierung sollte die Rahmenbedingungen am Luftfracht-Logistikstandort Hessen  
1398 verbessern, z.B. durch Digitalisierung behördlicher Schnittstellen zur Logistik und durch zügige  
1399 Umsetzung der EU-Verordnung zu elektronischen Frachtinformationen (eFTI).

1400

1401 CDU und SPD:

1402 „Gemeinsam mit dem Flughafenbetreiber Fraport wollen wir den Ausbau der Cargo-  
1403 Funktionen am Frankfurter Flughafen und der Airport City West weiterführen. Damit wollen wir  
1404 die Versorgung von wichtigen Gütern – vor allem auch in Krisenzeiten – noch besser sichern.“

1405

1406 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1407

1408 **11.9 Luftfracht: Luftfahrt-Bundesamt muss Wettbewerbsverzerrung vermeiden**

1409 VhU:

1410 Die Landesregierung sollte sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einsetzen,  
1411 dass das Luftfahrt-Bundesamt keine Alleingänge beim Luftsicherheitsgesetz zum Schaden der  
1412 heimischen Luftfrachtunternehmen und der exportierenden Wirtschaft vollzieht.

1413

1414 CDU und SPD: Keine Aussage

1415

1416 VhU-Bewertung: Dissens, zumal eine hohe hessische Betroffenheit besteht.

1417

1418 **11.10 Neu aus Koalitionsvertrag: Verkehrssicherheit im Straßengüterverkehr erhöhen**

1419 VhU:

1420 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit muss durch geeignete und angemessene bauliche  
1421 Infrastrukturmaßnahmen sowie technische Maßnahmen an Fahrzeugen erhöht werden.

1422

1423 CDU und SPD:

1424 „Wir wollen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer weiter  
1425 verbessern und verfolgen das Ziel der „Vision Zero“. Als Beitrag zur Vermeidung von Unfällen  
1426 setzen wir uns für europäische Vorgaben ein, mittelfristig für alle Nutzfahrzeuge ab 7,5 Tonnen  
1427 mit einer Rückfahrkamera, Surroundview, Toter-Winkel-Assistent, Personenerkennung und  
1428 einem Notbremsassistenten auszustatten.“

1429

1430 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1431

1432 **11.11 Baustellenmanagement optimieren**

1433 VhU:

1434 Um die unvermeidbaren Beeinträchtigungen des Verkehrs durch Erhaltungs- und  
1435 Ausbaumaßnahmen zu minimieren, muss das Baustellenmanagement weiter optimiert  
1436 werden.

1437

1438 CDU und SPD:

1439 „Das Baustellenmanagement werden wir optimieren und damit zu weniger Stau beitragen.  
1440 Dafür wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und frühzeitige eine  
1441 verkehrsträgerübergreifende Koordination und Abstimmung von Baumaßnahmen  
1442 durchführen. An besonders staugefährdeten Stellen werden wir LKW-Überholverbote  
1443 einrichten und ausweiten und wo möglich weitere Standstreifen freigeben. Um unsere  
1444 Verkehrswege optimal zu nutzen und auszulasten, bieten neue Technologien zusätzliche  
1445 Möglichkeiten. Modernste Technik zur Verkehrslenkung soll im Rahmen einer Telematik-  
1446 Offensive und unter Nutzung von KI forciert und technologisch weiterentwickelt werden.“

1447

1448 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1449

1450 **12 ÖPNV: Bus- und Bahnangebote perspektivisch verdoppeln**

1451 **12.1 ÖPNV-Angebote ausbauen**

1452 VhU:

1453 Damit mehr Bürger umsteigen können, müssen schneller als bisher Umfang und Qualität des  
1454 ÖPNVs angehoben werden. Ein modern gestalteter, eng getakteter ÖPNV erleichtert den  
1455 Arbeitgebern die Suche nach neuen Mitarbeitern und kann auch ein Beitrag zur  
1456 Wiederbelebung von Innenstädten sein.

1457

1458 CDU und SPD:

1459 „Leistungsfähige Angebote sollen verlässlich, pünktlich, regelmäßig, bezahlbar und  
1460 flächendeckend verfügbar sein. Besonders in den ländlichen Regionen müssen dafür  
1461 bedarfsorientiert moderne und innovative Konzepte eingebunden werden. Insgesamt wollen  
1462 wir den Umweltverbund aus Wegen zu Fuß, per Rad und mit Bus & Bahn bis 2030 deutlich  
1463 erhöhen und besser mit dem motorisierten Individualverkehr vernetzen. Dazu sind ein  
1464 verlässliches Angebot und eine verbesserte Taktung das Ziel.“ (...)

1465 „Wir wollen zur Ertüchtigung und zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur zur Entwicklung  
1466 eines bedarfsgerechten Mobilitätsangebotes eine schrittweise Erhöhung der  
1467 Finanzierungsmittel im Mobilitätsförderungsgesetz vornehmen.“

1468

1469 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1470

1471 **12.2 Für stetige Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes eintreten**

1472 VhU:

1473 Die Landesregierung sollte sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Regionalisierungsmittel  
1474 des Bundes für die ÖPNV-Subventionen in den Ländern erhöht und jährlich stärker als bisher  
1475 dynamisiert werden, sobald es die Haushaltskonsolidierung im Bund zulässt.

1476

1477 CDU und SPD:

1478 „Wir wollen die Verkehrsverbünde mit einer besseren Finanzierung mit Landesmitteln  
1479 ausstatten. Der öffentliche Personennahverkehr bildet das Rückgrat der Mobilitätsangebote  
1480 im gesamten Land. Die Finanzierung des Bestandsangebotes und die Finanzierung  
1481 zusätzlicher Leistungen auf Infrastrukturen stehen an erster Stelle. Hierbei setzen wir darauf,  
1482 dass der Bund über die Regionalisierungsmittel seiner Finanzierungsverantwortung  
1483 nachkommt, die durch Landesmittel ergänzt werden.“

1484

1485 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1486

1487 **12.3 ÖPNV auch im ländlichen Raum ausbauen**

1488 VhU:

1489 Die Landesregierung sollte alternative Bedienformen (Bürgerbusse, On-Demand-Angebote,  
1490 Privatmitnahmen) unterstützen, da sie gute Ergänzungen zum klassischen ÖPNV darstellen  
1491 können. Vor der Entscheidung zur Reaktivierung einer Schienenstrecke müssen das Nutzen-  
1492 Kosten-Verhältnis und der Vergleich zur Bedienung durch Busse abgewogen werden.

1493

1494 CDU und SPD:

1495 „Wir stehen zur individuellen und klimaneutralen Mobilität in den ländlichen Räumen: Verkehre  
1496 müssen so vernetzt werden, dass sie überall bedarfsgerecht genutzt werden können. Bus- und  
1497 Bahnverbindungen müssen überall verlässlich, pünktlich, regelmäßig und flächendeckend  
1498 verfügbar sein. Durch eine enge Verknüpfung des ÖPNV mit bedarfsgesteuertem und  
1499 nachfrageorientiertem Verkehr entstehen echte Alternativen zum PKW, besonders für den  
1500 ländlichen Raum.“ (...)

1501 „In den ländlichen Räumen wollen wir den ÖPNV in den Randzeiten durch flexible und smarte  
1502 Mobilitätsangebote, wie Bürgerbusse und „On-Demand-Lösungen“ ergänzen und verbessern.“  
1503 (...) „In den ländlichen Räumen wollen wir den ÖPNV in den Randzeiten durch flexible und  
1504 smarte Mobilitätsangebote, wie Bürgerbusse und „On-Demand-Lösungen“ ergänzen und  
1505 verbessern. (...)

1506 Wir werden die bestehenden On-Demand Projekte evaluieren und eine Mitfinanzierung von  
1507 Seiten des Landes prüfen. On-Demand-Verkehre werden mit der Perspektive des autonomen  
1508 Fahrens gefördert. Mit dieser Umsetzung im Rahmen von „new mobility“ kann sich Hessen auf  
1509 Basis des Bundesförderprojektes „OnDeMo“ als Innovationsstandort auch im öffentlichen  
1510 Verkehr positionieren. Wir wollen außerdem prüfen, wie der Einsatz von Bürgerbussen über  
1511 Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht werden kann, um eine bessere Abdeckung der  
1512 Grundversorgung zu gewährleisten.“ (...)

1513 „Wir werden im Rahmen unseres Förderprogramms „Smart Region“ Kommunen bei der  
1514 Einführung von digitalen Mobilitätslösungen, wie z. B. autonome on-Demand-Shuttle Angebote  
1515 unterstützen, sowie digitale Mobilitätsinnovationen über Distr@I und andere Förderungen  
1516 stärken und gemeinsam mit dem HOLM, RMV und weiteren Partnern aus der Wirtschaft, die  
1517 sich finanziell beteiligen, voranbringen.“ (...)

1518 „Wir werden die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken umsetzen, wo dies sinnvoll und  
1519 möglich ist und die Nutzung dieser Korridore rechtzeitig sichern. Das Land sichert in diesen  
1520 Fällen vertraglich die Finanzierung des entsprechenden Leistungsangebotes für 25 Jahre zu.“

1521

1522 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1523

1524 **12.4 Qualität von Bussen und Bahnwagen erhöhen**

1525 VhU:

1526 Die Landesregierung sollte gegenüber Kommunen und Verkehrsverbänden einfordern, dass  
1527 in Ausschreibungen höhere Taktungen der Busse und Bahnen vorgegeben werden. Sie sollte  
1528 die Verkehrsverbände veranlassen, ein mehr Augenmerk auf Komfort, Sauberkeit, Belüftung  
1529 und subjektives Sicherheitsgefühl in Zügen und Bussen sowie auf Aufenthaltsqualität zu legen.

1530

1531 CDU und SPD:

1532 „Gesetzlich wollen wir durch Qualitätskriterien klare Vorgaben für den Ausbau und den Betrieb  
1533 des öffentlichen Verkehrs formulieren.“

1534 „Wir wollen das Erscheinungsbild von Bahnhöfen weiter verbessern. Mit der Bahn, dem Bund  
1535 und den Kommunen wollen wir weitere Sanierungen konkret angehen. Auf Grundlage der  
1536 Rahmenvereinbarung zwischen Bund, Land und Bahn AG werden bis 2030 rund 500 Millionen  
1537 Euro in Hessens Bahnhöfe investiert. Dazu erwarten wir von der DB auch die Übernahme der  
1538 finanziellen Verantwortung für die Empfangsgebäude.“

1539

1540 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1541

## 1542 **12.5 Mehr Nutzerfinanzierung durchsetzen**

1543 VhU:

1544 Die Kosten für den massiven, nicht-infrastrukturellen Ausbau der ÖPNV-Angebote müssen  
1545 nicht allein aus öffentlichen Kassen finanziert werden, sondern sind zu einem größeren Anteil  
1546 als bisher von den Fahrgästen zu tragen.

1547

1548 CDU und SPD:

1549 „Wir begrüßen die Einführung des Deutschlandtickets und stehen zur hälftigen Finanzierung  
1550 durch Bund und Land. Wir werden die Abrechnung 2024 als Grundlage für eine weitere  
1551 Finanzierung prüfen. Eine Ausweitung der Zuschüsse des Landes möchten wir zugunsten von  
1552 Investitionen auf die Höhe des Jahres 2024 begrenzen. Wir wollen die bestehenden  
1553 hessischen Flatrate-Tickets, wie das Schülerticket, Senienticket, Landesbedienstetenticket,  
1554 den Hessenpass Mobil und das Semesterticket beibehalten und verstetigen.“

1555

1556 VhU-Bewertung:

1557 Überwiegend Dissens. Auch die neue Koalition betont Ticketsubventionierungen zu sehr.

1558

## 1559 **12.6 ÖPNV-Vergaberecht fair gestalten und umsetzen**

1560 VhU:

1561 Landtag und Landesregierung sollten – wo immer möglich – auf wettbewerbliche Prozesse auf  
1562 Verkehrsmärkten setzen. Private Mobilitätsdienstleister dürfen nicht gegenüber  
1563 Verkehrsunternehmen in kommunalem oder staatlichem Eigentum benachteiligt werden.

1564

1565 CDU und SPD: Keine Aussage

1566

1567 VhU-Bewertung: Dissens

1568

## 1569 **12.7 Unternehmerische Aufgaben beim Umstieg auf alternative Antriebe erhalten**

1570 VhU:

1571 Die Landesregierung und die ÖPNV-Aufgabenträger müssen gewährleisten, dass die  
1572 Fahrzeugbeschaffung sowie der Aufbau der Infrastruktur weiter im Zuständigkeitsbereich  
1573 privater Unternehmen und insbesondere der Busunternehmen verbleiben. Die Aufgabenträger  
1574 sollen keine Fahrzeuge anschaffen.

1575

1576 CDU und SPD: Keine Aussage

1577

1578 VhU-Bewertung: Dissens

1579

1580 **12.8 Fernbusse nicht benachteiligen**

1581 VhU:

1582 Der eigenwirtschaftlich operierende Fernbus ist mittlerweile eine Säule des öffentlichen  
1583 Fernverkehrs und als solche anzuerkennen und bei allen Planungen für Mobilitätskonzepte  
1584 und für innerstädtische Flächenvergaben gleichberechtigt zu berücksichtigen.

1585

1586 CDU und SPD: Keine Aussage

1587

1588 VhU-Bewertung: Dissens

1589

1590 **12.9 Zustandsbericht auch zur Schieneninfrastruktur vorlegen**

1591 VhU:

1592 Auch für die Schieneninfrastruktur muss regelmäßig ein detaillierter Zustandsbericht vorgelegt  
1593 und veröffentlicht werden. Die Landesregierung sollte sich gegenüber der DB Netz AG dafür  
1594 stark machen.

1595

1596 CDU und SPD:

1597 „Das Land Hessen richtet mit der Deutschen Bahn einen jährlichen Bahngipfel ein, bei dem  
1598 Fortschrittsberichte, Problemfälle und das Aufsetzen neuer Projekte erörtert werden.“

1599

1600 VhU-Bewertung:

1601 Teilweise Übereinstimmung, sofern auch ein detaillierter Zustandsbericht zur  
1602 Eisenbahninfrastruktur regelmäßig vorgelegt wird.

1603

1604 **12.10 Autonomes Fahren: Forschung und Entwicklung unterstützen**

1605 VhU:

1606 Die Landesregierung sollte die Forschung und Entwicklung von Projekten und Konzepten rund  
1607 um das Autonome Fahren unterstützen.

1608

1609 CDU und SPD:

1610 „Gerade in den Ballungsgebieten werden künftig selbstfahrende Busse vom Stadtrand aus  
1611 attraktive Zustiegsmöglichkeiten auf den ÖPNV bieten. Wir wollen daher die  
1612 Rahmenbedingungen für autonomes Fahren mitgestalten und Forschungsvorhaben von  
1613 autonom fahrenden Fahrzeugen unterstützen. Neben dem bisherigen Fokus auf autonome  
1614 Fahrzeuge im Straßenverkehr wollen wir uns auch für autonome Pilotprojekte im  
1615 Schienenverkehr einsetzen und dafür geeignete Teststrecken in Hessen ausweisen.“

1616

1617 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1618



1619 **13 Luftverkehr: Drehkreuz Frankfurt im globalen Wettbewerb stärken**

1620 **13.1 Luftverkehrsstandort nicht in Frage stellen**

1621 VhU:

1622 Der Luftverkehrsstandort darf nicht infrage gestellt werden. Diese gewachsenen Strukturen  
1623 des Standorts haben sich bewährt.

1624

1625 CDU und SPD:

1626 „Der Flughafen Frankfurt am Main ist das zentrale Drehkreuz und mit seiner Innovationskraft  
1627 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Hessen. Über 100.000 Menschen hängen mit ihren  
1628 Arbeitsplätzen direkt oder indirekt von seiner wirtschaftlichen Stärke als Arbeitgeber ab. Die  
1629 Fraport AG trägt als mehrheitlich in öffentlicher Hand befindliches Infrastrukturunternehmen  
1630 eine besondere soziale Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten und der Region. Wir  
1631 werden uns gegenüber der Fraport AG für gute Arbeitsbedingungen einsetzen. Wir werden  
1632 dafür Sorge tragen, dass der Frankfurter Flughafen weiterhin zentraler Wirtschaftsmotor bleibt.  
1633 Dazu wollen wir den wirtschaftlichen Erfolg, den Schutz der Bevölkerung vor Lärm und den  
1634 Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen miteinander in Einklang bringen. Im Rahmen der  
1635 Möglichkeiten wollen wir außerdem für gute Arbeitsbedingungen sorgen.“

1636

1637 VhU-Bewertung:

1638 Teilweise Übereinstimmung, aber es ist kein Bedarf erkennbar, die sehr guten  
1639 Arbeitsbedingungen bei Fraport politisch zu thematisieren.

1640

1641 **13.2 Für eine nachfrageorientierte und wirtschaftliche Infrastruktur**

1642 VhU:

1643 Der Luftverkehrsstandort Deutschland und Hessen muss sich auf Basis realistischer  
1644 Nachfrage- und Wirtschaftlichkeitsprognosen weiterentwickeln können. Landesregierung und  
1645 Landtag müssen darauf dringen, dass eine dauerhafte Subventionierung unrentabler  
1646 Standorte künftig vermieden wird.

1647

1648 CDU und SPD:

1649 „Der Flughafen Kassel-Calden ist ein wichtiges nordhessisches Infrastrukturprojekt, welches  
1650 wir weiterhin stärken wollen. Insbesondere hinsichtlich der Ansiedlung von neuen  
1651 Unternehmen stellt er schon jetzt volkswirtschaftlich eine Erfolgsgeschichte dar. Wir sind  
1652 überzeugt, dass der Kassel Airport Entwicklungspotential bietet und wollen dies wo es möglich  
1653 ist unterstützen. Wo seitens der Politik möglich, wollen wir auch dazu beitragen, dass die  
1654 Fluggastzahlen in den kommenden Jahren eine positive Entwicklung nehmen. Unser Ziel  
1655 dabei ist, durch die Ansiedelung flugbetriebsaffiner Betriebe und Dienstleistungen am  
1656 Gewerbepark Kassel Airport den Standort zukunftssicher zu machen. Dazu zählt auch eine  
1657 verbesserte verkehrliche Erschließung. Hierzu und zur CO2 Entlastung sollte ein  
1658 Bahnanschluss mit Verbindung zum ICE-Bahnhof Kassel für den Airport und das entstehende  
1659 Gewerbegebiet geprüft werden.“

1660

1661 VhU-Bewertung:

1662 Neutral. Die Probleme dieses Flughafens werden nicht hinreichend aufgegriffen.

1663

1664 **13.3 Standortpolitik: Planfeststellungsbeschluss umsetzen und Betriebszeiten nicht**  
1665 **einschränken**

1666 VhU:

1667 Die Flughafeninfrastruktur in Frankfurt muss wie geplant bedarfsgerecht ausgebaut werden,  
1668 um die mittelfristig wieder nötigen Kapazitätserweiterungen zu realisieren. Die Fertigstellung  
1669 des Terminals 3 ist erforderlich. Die bestehenden Betriebsgenehmigungen einschließlich der  
1670 Betriebszeiten dürfen nicht angetastet werden, um die Funktion des Flughafens als Drehkreuz  
1671 nicht zu gefährden.

1672

1673 CDU und SPD:

1674 „Wir bekennen uns zur Stärkung des Flughafens Frankfurt/Rhein-Main auf der Basis des  
1675 Planfeststellungsbeschlusses. Wir werden die darin festgelegten Auflagen zum  
1676 Nachtflugverbot, den Betriebskonzepten und Eckwerten beachten und nutzen. Wir wollen den  
1677 Flughafen in seiner Drehscheibenfunktion als Weltflughafen stärken, um Arbeitsplätze zu  
1678 sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen und sehen keine Eingriffe in den  
1679 Planfeststellungsbeschluss vor. Wir werden die Optimierung von An- und Abflugverfahren  
1680 umsetzen und beziehen die Anrainerinteressen über das Forum Flughafen und Region ein.“

1681

1682 „Der Frankfurter Flughafen ist bestens an den Fern- und Regionalverkehr der Deutschen Bahn  
1683 angebunden und verfügt über eine einmalige Intermodal-Infrastruktur. Diese werden wir weiter  
1684 ausbauen, um Bahn und Flugzeug weiter zu verknüpfen. Dazu zählt u.a. die zügige Anbindung  
1685 des Terminals 3 an das S-Bahn-Netz sowie die Anbindung mit Bus und Bahn. Zur Förderung  
1686 der Multimodalität am Frankfurter Flughafen setzen wir uns für die Zulassung für autonomes  
1687 Fahren Stufe 5, den Einsatz von Urban Air Mobility Systemen ein.“

1688

1689 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1690

1691 **13.4 Lärmentgelte in Tagesrandzeiten nicht weiter erhöhen**

1692 VhU:

1693 Die Landesregierung darf die Lärmentgelte in den Tagesrandzeiten nicht immer weiter  
1694 erhöhen. Vielmehr müssen Landesregierung, Kommunen und Luftverkehrswirtschaft  
1695 gemeinsame Lösungen beim Lärmschutz sowie bezüglich Siedlungsbeschränkungen rund um  
1696 den Flughafen suchen und konsequent umsetzen.

1697

1698 CDU und SPD:

1699 „Anstrengungen zur Reduzierung des Fluglärms der vergangenen Jahre zur Entlastung der  
1700 Region sind fortzuführen und bleiben Daueraufgabe. Im Forum Flughafen und Region sowie  
1701 im Rahmen der „Allianz für Lärmschutz“ werden wir diesen Weg fortsetzen und die Interessen  
1702 der Anrainer sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die Kapazität des Flughafens  
1703 berücksichtigen. Wir begrüßen die Bemühungen von Fraport, Flugbewegungen in den  
1704 Nachtrandstunden durch eine Entgeltspreizung zu reduzieren. Das Kompetenzzentrum für  
1705 Klima- und Lärmschutz im Luftverkehr (CENA) werden wir erhalten und weiterentwickeln, um  
1706 innovative Konzepte zur Zukunft des Luftverkehrs zu erforschen.“

1707

1708 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

1709

1710 **13.5 Luftverkehrsunternehmen nicht neu belasten, bestehende Lasten abbauen**

1711 VhU:

1712 Landtag und Landesregierung müssen sich dafür einsetzen, dass neue  
1713 wettbewerbsverzerrende Belastungen für Airlines und den Standort in Frankfurt unterbleiben  
1714 und bestehende Sonderlasten zurückgeführt werden.

1715

1716 CDU und SPD: Keine Aussage

1717

1718 VhU-Bewertung: Neutral

1719

1720 **13.6 Kosten der Luftsicherheit durch die öffentliche Hand übernehmen**

1721 VhU:

1722 Bund bzw. Land sollten die Finanzierung der Luftsicherheit an den deutschen Flughäfen  
1723 vollständig oder zumindest zu dem Teil übernehmen, der klar der polizeilichen  
1724 Gefahrenabwehr zuzuordnen ist. Dazu zählen die Kosten für die Kontrollen nach § 5 LuftSiG  
1725 (Passagiere) und § 8 LuftSiG (Personal und Waren) sowie die Kosten für die Detektion und  
1726 Abwehr von Drohnen im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr an den Flughäfen.

1727

1728 CDU und SPD: Keine Aussage

1729

1730 VhU-Bewertung: Dissens

1731

1732 **13.7 Markteinführung von Power-to-Liquid-Kraftstoffen unterstützen**

1733 VhU:

1734 Die Landesregierung sollte die Einführung einer verbindlichen Verpflichtung zur Beimischung  
1735 von nachhaltigen Flugkraftstoffen (SAF) im Bundesrat und in Brüssel unterstützen. Damit die  
1736 Quote wirksam für den Klimaschutz sein kann, muss im Verkehr mit Nicht-EU-Staaten  
1737 verlässlich ausgeschlossen werden, dass die Quote einseitig Reisewege über europäische  
1738 Flughäfen verteuert und damit Carbon Leakage erzeugt und gefördert wird. Die  
1739 Landesregierung muss sich im Bundesrat dafür stark machen, dass der Bund für den  
1740 Markthochlauf die Investitionen in nachhaltige Kraftstoffe fördert und dazu die Einnahmen aus  
1741 der Luftverkehrsteuer sowie aus dem Verkauf der europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate  
1742 (ETS) nutzt.

1743

1744 CDU und SPD:

1745 „Wir setzen uns dafür ein, dass die Versorgung der Airlines mit SAF gemäß der EU-Quoten zu  
1746 im internationalen Wettbewerb zu marktüblichen Preisen möglich wird und der Luftverkehr  
1747 ausreichenden Zugang zu SAF in einem globalen „Level Playing Field“-Wettbewerb erhält.“

1748

1749 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1750

1751 **13.8 Gegen Kerosinsteuer einsetzen**

1752 VhU:

1753 Die Landesregierung sollte sich im Bundesrat und in Brüssel gegen eine Kerosinsteuer  
1754 einsetzen.

1755

1756 CDU und SPD: Keine Aussage

1757

1758 VhU-Bewertung: Dissens

1759

1760 **13.9 Wettbewerbsverzerrungen im EU-ETS minimieren**

1761 VhU:

1762 Die Einbeziehung des Luftverkehrs in den europäischen Emissionshandel (ETS) ist zu  
1763 unterstützen. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass sich die systemimmanente  
1764 Wettbewerbsverzerrung im EU-ETS nicht weiter verschärft, die Verkehrsverlagerungen und  
1765 Carbon Leakage unausweichlich fördern würde.

1766

1767 CDU und SPD:

1768 „Um die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens zu sichern, werden wir uns auch auf  
1769 europäischer Ebene weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die dortigen Programme wie  
1770 z.B. Fit for 55 zu keiner Wettbewerbsverzerrung führen und europäische Standorte im  
1771 internationalen Vergleich schlechter gestellt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
1772 Versorgung der Airlines mit SAF gemäß der EU-Quoten zu im internationalen Wettbewerb zu  
1773 marktüblichen Preisen möglich wird und der Luftverkehr ausreichenden Zugang zu SAF in  
1774 einem globalen „Level Playing Field“-Wettbewerb erhält.“

1775

1776 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1777

1778 **13.10 Luftverkehrssteuer abschaffen, oder zu einem Klimaschutzinstrument machen**

1779 VhU:

1780 Eine Luftverkehrssteuer ist abzulehnen. Falls die Bundespolitik doch daran festhalten sollte,  
1781 dann muss die Landesregierung über den Bundesrat darauf drängen, die Einnahmen zur  
1782 Finanzierung des Systemwechsels von fossilem Kerosin hin zu alternativen Kraftstoffen in der  
1783 Luftfahrt zu verwenden.

1784

1785 CDU und SPD: Keine Aussage

1786

1787 VhU-Bewertung: Dissens

1788

1789 **14 Bauen und Wohnen: Mehr Wohnraum durch weniger Regulierung schaffen**

1790 **14.1 Umwandlungsverbot wieder abschaffen und keinesfalls verlängern**

1791 VhU:

1792 Das bis 31.12.2025 befristete Umwandlungsverbot von Mehrfamilienhäusern in  
1793 Eigentumswohnungen ist auf keinen Fall zu verlängern und sollte möglichst noch vorher  
1794 wieder abgeschafft werden. Rechtsgrundlage ist § 250 BauGB i.V.m. der Landesverordnung  
1795 „Umwandlungsgenehmigungs- und Gebietsbestimmungsverordnung“.

1796

1797 CDU und SPD:

1798 „Die Rechtsverordnungen zu § 250 und § 172 BauGB (Genehmigungsvorbehalt) werden zum  
1799 31.12.2025 auslaufen.“

1800

1801 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1802

1803 **14.2 Mietpreisbremse weder verschärfen noch ausweiten; besser abschaffen**

1804 VhU:

1805 Eine weitere Absenkung der Kappungsgrenze und eine Verschärfung der Mietpreisbremse ist  
1806 zu unterlassen, ebenso eine Ausweitung dieser Regelungen auf weitere Kommunen. Die  
1807 Mietpreisbremse ist besser abzuschaffen.

1808

1809 CDU und SPD:

1810 „Wir werden an der Untersuchung und Feststellung angespannter Wohnungsmärkte  
1811 festhalten. Die entsprechenden Rechtsverordnungen werden wir zum Ende der Laufzeit  
1812 verlängern.“

1813

1814 VhU-Bewertung: Dissens

1815

1816 **14.3 Anreize für neue Bauflächen im Kommunalen Finanzausgleich setzen**

1817 VhU:

1818 Damit mehr Kommunen mehr neue Bauflächen schaffen, sollten Landtag und  
1819 Landesregierung den Kommunalen Finanzausgleich um einen finanziellen Anreiz erweitern.  
1820 Die KFA-Überarbeitung war schon 2019 vorgesehen und sollte nun umgesetzt werden.

1821

1822 CDU und SPD:

1823 „Um die hohen Folgekosten für die Infrastruktur von Städten und Gemeinden bei der  
1824 Entwicklung neuer Baugebiete abzufedern, wollen wir eine Bonusregelung für Kommunen  
1825 einführen, die sich der gesellschaftlichen Aufgabe der Wohnraumschaffung stellen und neue  
1826 Wohnflächen ausweisen.

1827 Für kleinere Kommunen werden wir eine Vorfinanzierung der Maßnahmen zur  
1828 Baulanderschließung prüfen.“

1829

1830 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1831

1832 **14.4 Kein Gesetz gegen spekulativen Leerstand nötig**

1833 VhU:

1834 Der Landtag sollte kein Gesetz gegen spekulativen Leerstand beschließen. Bei  
1835 Leerstandsquoten im Rhein-Main-Gebiet von unter 2 Prozent und einer Leerstandsquote in  
1836 Frankfurt von sogar nur 0,3 Prozent ist ein Gesetz gegen sog. Wohnraumzweckentfremdung  
1837 überflüssig. Ein gewisser Leerstand ist nötig, um Modernisierungen, Umzüge oder  
1838 Instandsetzungsarbeiten zu gewährleisten. Wenn ein Wohnhaus leer steht und sich der letzte  
1839 Mieter gegen eine Sanierung wehrt, bedarf es keiner Regelung zum spekulativen Leerstand.

1840

1841 CDU und SPD:

1842 „Wir schaffen ein Gesetz gegen spekulativen Leerstand im Geltungsbereich des  
1843 angespannten Wohnungsmarktes. Den Leerstand von Immobilien werden wir auf maximal 6  
1844 Monate begrenzen und nur in berechtigten Fällen wie umfassenden Sanierungen oder  
1845 sonstigen schutzwürdigen Interessen, einen längeren Leerstand ermöglichen.“

1846

1847 VhU-Bewertung: Dissens

1848

1849 **14.5 Zur Baukostensenkung die Hessische Bauordnung überarbeiten**

1850 VhU:

1851 Landtag und Landesregierung sollten einen Prozess zur strukturellen Senkung der Baukosten  
1852 durch Überarbeitung der Hessischen Bauordnung (HBO) und anderer Landesregelungen  
1853 starten. Ersatzweise oder zusätzlich wäre eine Verabredung auf eine bundesweite  
1854 Vereinheitlichung von Baunormen hilfreich.

1855

1856 CDU und SPD:

1857 „Um unser Ziel zu erreichen, wollen wir das Bauen viel kostengünstiger machen, eine  
1858 Überprüfung des Regelwerks mit dem Ziel der Erleichterung vornehmen, keine zusätzlichen  
1859 Forderungen und Belastungen im Planungsverfahren entstehen lassen und Genehmigungs-  
1860 und Planungsprozesse vereinfachen sowie wesentlich beschleunigen.“ (...) „Die Hessische  
1861 Bauordnung (HBO) werden wir mit dem Ziel der Planungsbeschleunigung und Reduzierung  
1862 kostentreibender Regelungen umfassend novellieren. Außerdem wollen wir durch die  
1863 Einführung von Innovations- und Experimentierklauseln in der HBO das einfachere Bauen  
1864 befördern (Gebäudetyp E).“ (...) „Wir werden die Allianz für Wohnen zu einem echten Bündnis  
1865 weiterentwickeln, um gemeinsam den Wohnungsbau anzukurbeln, Prozesse zu  
1866 beschleunigen und Standards zu überprüfen und auch zu verändern.“

1867

1868 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1869

1870 **14.6 Bebauungspläne beschleunigen: Aufstockungen grundsätzliche freigeben**

1871 VhU:

1872 Bebauungspläne sollten beschleunigt und vereinfacht werden. Der Ausbau von  
1873 Dachgeschossen zu Wohnzwecken und die Aufstockung von Dachgeschossen sollten von  
1874 einer Baugenehmigung freigestellt werden. Um Aufstocken im Rahmen der Nachverdichtung  
1875 schnell zu ermöglichen, sollten Gemeindevertretungen durch einen pauschalen Beschluss die  
1876 Geschossflächenzahl (GFZ) für ganze Stadtviertel oder das gesamte Gemeindegebiet  
1877 grundsätzlich erhöhen können (bspw. um den Wert 1 oder 1,5).

1878  
1879  
1880  
1881  
1882  
1883  
1884  
1885  
1886  
1887  
1888  
1889  
1890  
1891  
1892  
1893  
1894  
1895  
1896  
  
1897  
1898  
1899  
1900  
1901  
1902  
1903  
1904  
1905  
1906  
1907  
1908  
  
1909  
1910  
1911  
1912  
1913  
1914  
1915  
1916  
1917  
1918  
1919  
1920  
1921  
1922  
1923

CDU und SPD:

„Wir werden eine Initiative zur Baulandgewinnung starten. Die Ausweisung von zusätzlichem Wohnbauland muss dringend beschleunigt und vereinfacht werden. Hierbei werden wir die Kommunen unterstützen, indem wir die rechtlichen Verfahren und Schritte zur Ausweisung von neuen Baugebieten vereinfachen und verbessern.“ (...) „Wir werden prüfen, wie wir die Rahmenbedingungen optimieren können damit durch Aufstockung von Gebäuden neue Wohnungen entstehen. Genehmigungsrechtliche Hindernisse für solche Maßnahmen bauen wir ab. Dazu wollen wir bspw. den Kommunen eine Satzungsermächtigung zur Erhöhung der Ausnutzung (GFZ) in bestehenden Bebauungsplänen bis zu 1,0 schaffen.“ (...) „Der zwischen Bund und Ländern am 06. November 2023 beschlossene Deutschland-Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung wird unterstützt und gemeinsam mit Bund und mit den anderen Ländern konsequent umgesetzt (Bsp.: Erleichterung modulares und serielles Bauen, Anerkennung Typgenehmigungen anderer Länder, genehmigungsfreier Dachausbau, Reduzierung Stellplatzpflichten, Aufnahme einer Experimentierklausel und Einführung des Gebäudetyps E in die Bauordnung).“

VhU-Bewertung: Übereinstimmung

#### **14.7 Gebäudeenergiegesetz: Länderöffnungsklausel § 9a GEG ausschließen**

VhU:

Durch eine Anwendung der vom Bund ermöglichten Länderöffnungsklausel § 9a GEG droht eine teure Umsetzung des GEG (Ziel: klimaneutraler Gebäudebestand bis 2045).

CDU und SPD:

„Das Gebäude-Energiegesetz (GEG) des Bundes setzt den gesetzlichen Rahmen für die zukünftige Wärmeversorgung. Wir werden die Länderöffnungsklausel des § 9a GEG nicht nutzen, mit der, über bundesrechtliche Vorgaben hinaus, zusätzliche Auflagen möglich wären.“

VhU-Bewertung: Übereinstimmung

#### **14.8 Verbindliche Sozialwohnungsquote im Wohnungs-Neubau vermeiden**

VhU:

Die VhU verfügt zum Thema Sozialwohnungsbau zwar über keine Grundsatzposition. Die Forderung nach einer Mindestquote an Sozialwohnungen im Wohnungsneubau ist jedoch ein ungerechtfertigter Eingriff und droht, private Investoren in ihrer Geschäftstätigkeit weiter einzuschränken, so dass die Anreize zum Schaffen von neuem Wohnraum weiter sinken und die übrigen Wohnungen noch teurer werden.

CDU und SPD:

„Bei Neubauvorhaben sollen vor Ort immer ein bestimmter Anteil an öffentlich geförderten Sozialwohnungen und weitere Wohnungen im mittleren bezahlbaren Segment eingeplant werden.“

VhU-Bewertung: Dissens

1924

1925 **14.9 Landesgartenschauen öfter und auch in kleineren Kommunen durchführen**

1926 VhU:

1927 Es sollte geprüft werden, ob hessische Gartenschauen häufiger und auch in kleineren  
1928 Kommunen durchgeführt werden können. Landesgartenschauen sind ein Motor der  
1929 Stadtentwicklung. Sie dienen auch der Entwicklung des ländlichen Raums.

1930

1931 CDU und SPD:

1932 „Die Landesgartenschauen wollen wir weiterentwickeln und die interkommunale  
1933 Zusammenarbeit bei Landesgartenschauen stärken. Wir wollen daher nach bayerischem  
1934 Vorbild prüfen, ob sie in einer engeren zeitlichen Taktung und auch in kleineren Kommunen  
1935 durchgeführt werden können.“

1936

1937 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1938



1939 **15 Regionalentwicklung: Flächenkonkurrenz: Belange der Wirtschaft beachten**

1940 **15.1 Ausgleichsmaßnahmen: Kompensationskonzepte weiterentwickeln**

1941 VhU:

1942 Die bestehenden Kompensationskonzepte sollten weiterentwickelt werden.  
1943 Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe mit negativen Folgen für Natur und Landschaft sollten  
1944 positive Effekte für Schutzgüter haben und vorrangig keine weiteren Landwirtschaftsflächen  
1945 beanspruchen.

1946

1947 CDU und SPD:

1948 „Wir wollen die Flexibilität des Systems der Ökopunkte voll ausnutzen. Bei Ersatzmaßnahmen  
1949 wollen wir möglichst keine landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch nehmen, sondern Schritte  
1950 zur Entsiegelung bevorzugen. Ersatzgelder sollen vorrangig in produktionsintegrierte und  
1951 flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen fließen. Diese Ersatzgelder sollten nicht dazu  
1952 verwendet werden, produktive land- oder forstwirtschaftliche Flächen aufzukaufen oder sie  
1953 aus der Nutzung zu nehmen.“

1954

1955 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1956

1957 **15.2 Lebendige Innenstädte: Bündnis fortsetzen, Förderung ausbauen**

1958 VhU:

1959 Programme um lebendige Innenstädte zu fördern, wie „Zukunft Innenstadt“ sollen über das  
1960 Jahr 2023 hinaus weitergeführt und deren finanzieller Ausbau geprüft werden. Ebenso sollte  
1961 das „Bündnis für die Innenstadt“ fortgesetzt werden.

1962

1963 CDU und SPD:

1964 „Die bestehenden Förderprogramme zur Stärkung und Belebung unserer Innenstädte, wie  
1965 beispielsweise „Zukunft Innenstadt“, „Lebendige Zentren“ oder „Ab in die Mitte!“ wollen wir  
1966 evaluieren und verstetigen. Wir werden auch das „Bündnis für die Innenstadt“ fortführen.“

1967

1968 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

1969

1970 **15.3 Landesentwicklungsplan: Höhere Mindestdichtewerte prüfen**

1971 VhU:

1972 Um den hohen Siedlungsdruck im Rhein-Main-Gebiet gerecht zu werden und die knappen  
1973 Flächen effizienter zu nutzen, sollten regionalplanerisch höhere Mindestdichtewerte in  
1974 Wohneinheiten pro Hektar geprüft werden.

1975

1976 CDU und SPD:

1977 Im Koalitionsvertrag kommt das Wort „Landesentwicklungsplan“ nur einmal vor, das Thema  
1978 „Mindestdichtewerte“ wird nicht behandelt.

1979

1980 VhU-Bewertung: Dissens

1981 **15.4 Vier verkaufsoffene Sonntage rechtssicher ermöglichen, Anlassbezug streichen**

1982 VhU:

1983 Trotz der grundgesetzlich schwierigen Rahmenbedingungen sollte der Landtag dem Handel  
1984 ermöglichen, an vier Sonntagen rechtssicher zu öffnen. Der Anlassbezug im Hessischen  
1985 Ladenöffnungsgesetz sollte ersatzlos gestrichen werden.

1986

1987 CDU und SPD:

1988 Mit der Einführung der Regelungen zur Sonntagsöffnung im Jahr 2006 wurde das Ziel verfolgt,  
1989 Kommunen in einem zeitlich festgelegten Rahmen die Öffnung von Ladengeschäften an bis  
1990 zu vier Sonntagen jährlich zu ermöglichen. Im Gesetz ist dazu ferner ein nicht weiter  
1991 bestimmter Anlassbezug als Voraussetzung genannt. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die  
1992 Durchführung von „verkaufsoffenen Sonntagen“ häufig mit Bezug auf den Anlass erfolgreich  
1993 beklagt wurde, ohne dass davon eine allgemein gültige Definition des Anlassbezuges  
1994 abzuleiten wäre. Es ist wichtig, der Gesellschaft einen Tag der Woche zum Innehalten zu  
1995 ermöglichen. Gleichzeitig ist die Sonntagsöffnung für den Handel in den hessischen Städten  
1996 und für die Attraktivität von Märkten von großer Bedeutung. Für Ausnahmeregelungen von bis  
1997 zu vier verkaufsoffenen Sonntagen an den bisher zulässigen Wochenenden wollen wir  
1998 praktikable Regelungen schaffen, um Klarheit zu schaffen und die Rechtssicherheit  
1999 kommunaler Entscheidungen zu erhöhen.“

2000

2001 VhU-Bewertung: Teilweiser Dissens

2002 **16 Rohstoffe: Gewinnung von Rohstoffen in Hessen langfristig sichern**

2003 **16.1 Verschärfung des Bannwaldschutzes wieder rückgängig machen**

2004 VhU:

2005 Ohne Grundstoffe wie Sand, Kies und Natursteine lassen sich weder Wohnungen noch  
2006 Verkehrswege bauen oder Windräder aufstellen. Deswegen sollte die 2022 beschlossene  
2007 Verschärfung des Bannwaldschutzes (§13 HWaldG) wieder rückgängig gemacht werden,  
2008 mindestens jedoch sollte das Hessische Waldgesetz um eine Öffnungsklausel zur Gewinnung  
2009 von Rohstoffen ergänzt werden.

2010

2011 CDU und SPD:

2012 „Um die Baukosten weiter zu senken, wollen wir außerdem den Einsatz von  
2013 Recyclingbaustoffen erleichtern und Rohstoffe, die wir in Hessen haben, nachhaltig nutzbar  
2014 machen. Dazu sollen die in den Regionalplänen als Vorrang- und Weißflächen für den Abbau  
2015 oberflächennaher Lagerstätten ausgewiesenen Flächen und die in laufenden Verfahren  
2016 befindlichen Flächen vollständig erschlossen und temporäre Eingriffe in Schutzzonen mit  
2017 entsprechenden Festlegungen zur Rekultivierung, Aufforstung und Minimierung des  
2018 ökologischen Eingriffs ermöglicht werden.“

2019

2020 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2021

2022 **16.2 Keine Rohstoffabgabe wie in Nordrhein-Westfalen einführen**

2023 VhU:

2024 Der Landtag darf keine Verteuerung von Rohstoffen beschließen, also auch keine Abgabe auf  
2025 Sande und Kiese wie in NRW beschließen.

2026

2027 CDU und SPD:

2028 Keine Aussage, was in diesem Fall erfreulich ist.

2029

2030 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2031

2032 **16.3 Gewinnung heimischer Rohstoffe erleichtern und nicht erschweren**

2033 VhU:

2034 Angesichts internationaler Krisen und zunehmender Rhein-Niedrigwasser sollte der Landtag  
2035 die Gewinnung heimischer Rohstoffe erleichtern und nicht erschweren.

2036

2037 CDU und SPD:

2038 „Die Versorgung Hessens mit Rohstoffen hat für uns hohe Bedeutung für die Resilienz unserer  
2039 Gesellschaft. Wir wollen daher die hier verfügbaren Bodenschätze sichern und unter den  
2040 Umweltschutzstandards und unter naturschutzfachlicher Begleitung ihre Nutzung  
2041 ermöglichen.“

2042

2043 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2044

2045 **17 Energie: Konsequente „No-Blackout“-Politik betreiben**

2046 **17.1 Zugang zu Wasserstoff flächendeckend gewährleisten**

2047 VhU:

2048 In Hessen soll ein marktbasierter Wasserstoffhochlauf ermöglicht werden, um mittelfristig  
2049 Wasserstoff flächendeckend in Hessen zu gewährleisten. Die hessische Wasserstoffstrategie  
2050 soll zu einer umfassenden Strategie weiterentwickelt werden. Die alternative Querverbindung  
2051 durch Mittel- und Nordhessen der Wasserstoffpipelines, die von Nord- und Ostsee kommen,  
2052 sollte von der Landesregierung unterstützt werden, um sie baldmöglichst zu realisieren.

2053

2054 CDU und SPD:

2055 „Wir schreiben die Wasserstoffstrategie des Landes konsequent fort und entwickeln sie auf  
2056 der Basis einer Bedarfsstudie ambitioniert weiter. Wir wollen damit die Anwendung der  
2057 Wasserstofftechnik in der Breite ermöglichen.“

2058

2059 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2060

2061 **17.2 Solarkataster fortführen**

2062 VhU:

2063 Das digitale Solarkataster sollte für Hessen weitergeführt werden. Die Beratung sollte den  
2064 privaten Elektrohandwerksbetrieben vor Ort überlassen bleiben.

2065

2066 CDU und SPD:

2067 „Das erfolgreiche Solar-Kataster werden wir fortführen und noch intensiver bewerben“

2068

2069 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2070

2071 **17.3 Verteilernetze: Investitionsbedarf ermitteln, Maßnahmen zügig umsetzen**

2072 VhU:

2073 Gemeinsam mit den Verteilnetzbetreibern sollte zügig der Investitionsbedarf in die Verteilernetze  
2074 ermittelt werden. Planungsverfahren müssen danach schnell durchgeführt werden.

2075

2076 CDU und SPD: „Der Netzausbau und die Modernisierung der bestehenden Stromnetze ist  
2077 wichtig und wird von uns planungsrechtlich aktiv begleitet.“

2078

2079 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2080

2081 **17.4 Kein Strompreis-Äquator durch Hessen: Einheitliche Strompreiszone erhalten**

2082 VhU:

2083 Die Landesregierung sollte sich für den Erhalt der einheitlichen Strompreiszone einsetzen, um  
2084 Standortnachteile für hessische Unternehmen zu verhindern.

2085

2086 CDU und SPD: Keine Aussage

2087

2088 VhU-Bewertung: Dissens

2089 **17.5 Stromnetzqualität: Monitoring kurzer Ausfälle und Spannungsschwankungen**

2090 VhU:

2091 Für Hessen sollte ein Strom-Monitoring veröffentlicht werden, das auch kürzere  
2092 Unterbrechungen sowie Spannungsschwankungen standardisiert ausweist.

2093

2094 CDU und SPD: Keine Aussage

2095

2096 VhU-Bewertung: Dissens

2097

2098 **17.6 Stromnetze: Ultranet und SuedLink zügig realisieren**

2099 VhU:

2100 Der Netzausausbau in Hessen sollte forciert werden. Insbesondere die Nord-Süd-  
2101 Verbindungen „Ultranet“ und „SuedLink“ müssen zügig realisiert werden. Wo immer möglich,  
2102 müssen Verfahrensschritte bei Genehmigungen vereinfacht und eine Kultur der  
2103 „pragmatischen Genehmigungspraxis“ geschaffen werden.

2104

2105 CDU und SPD: Keine Aussage

2106

2107 VhU-Bewertung: Dissens

2108

2109 **17.7 Regelbare Ersatzkapazitäten für Hessen zu schaffen**

2110 VhU:

2111 Besonders Hessen als Industrieland ist auch in Zukunft auf gesicherte, regelbare  
2112 Erzeugungsleistung angewiesen. Bestehende Kraftwerksstandorte sollten erhalten werden,  
2113 und zusätzliche regelbare Ersatzkapazitäten sollten vor Ort aufgebaut werden.

2114

2115 CDU und SPD: Keine Aussage

2116

2117 VhU-Bewertung: Dissens

2118

2119 **17.8 Erneuerbare Energien in Hessen zügig ausbauen**

2120 VhU:

2121 Das Land sollte den Zubau erneuerbarer Energien beschleunigen. Dazu gehört die Produktion  
2122 von Bioenergie, bei der aus unterschiedlichen Rohstoffen neben Strom auch Wärme und  
2123 Kraftstoffe für den Verkehr erzeugt werden können. Bzgl. Freiflächen-PV sind zuerst sämtliche  
2124 Potenziale auf bereits versiegelten Flächen und Konversionsflächen zu nutzen.

2125

2126 CDU und SPD:

2127 „Die Nutzung von Solarenergieanlagen auf Dächern, an und über Autobahnen und  
2128 Bahnstrecken, über Parkplätzen und – wo das möglich ist – auch über landwirtschaftlichen  
2129 Flächen und als floating PV über Wasserflächen bieten große Chancen für die Produktion  
2130 klimaneutraler Energie. (...) Landwirtschaftliche Biomassennutzung und Biogaserzeugung  
2131 erfahren weiterhin unsere Unterstützung.“

2132

2133 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2134 **17.9 Technologieoffene Energiepolitik**

2135

2136 VhU:

2137 Technologieoffenheit ist eine zentrale Anforderung an die Politik bei der Umgestaltung des  
2138 Energiesystems, die stets zu beachten ist.

2139

2140 CDU und SPD:

2141 „Vor diesem Hintergrund wollen wir die Vielzahl an technischen Ansätzen für eine  
2142 klimafreundliche, sichere und günstige Energieerzeugung nutzen. Durch Technologie- und  
2143 Forschungsförderung wollen wir neue Energien zum Durchbruch bringen. Unseren  
2144 Schwerpunkt werden wir auf klimaneutrale Energiequellen setzen.“

2145

2146 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2147

2148 **17.10 Keine neuen Kommissionen in der Energie- und Klimapolitik etablieren**

2149 VhU:

2150 Neue Kommissionen in der Energie- und Klimapolitik sind nicht erforderlich. Der sog.  
2151 wissenschaftliche Klimabeirat sollte wieder abgeschafft werden. Die Ressourcen der  
2152 Ministerien müssen ausreichen.

2153

2154 CDU und SPD:

2155 Wir halten an den Zielen des Hessischen Energiegipfels fest und wollen 2026 eine  
2156 Expertenkommission beauftragen, die Zielerreichung zu überprüfen und zeitnah  
2157 Maßnahmenempfehlungen zu entwickeln.

2158

2159 VhU-Bewertung: Dissens

2160 **18 Umwelt: Umweltschutz praxistauglich gestalten**

2161 **18.1 Entsorgung: Hessische Verfüllrichtlinie überarbeiten**

2162 VhU:

2163 Die ortsnahe Verwertung von Erdaushub sollte von der Landesregierung entbürokratisiert und  
2164 erleichtert werden. Das würde auch dazu beitragen, Baukosten zu reduzieren. Unter  
2165 Beteiligung von Experten aus Unternehmen, Verbänden und Kammern sollte die hessische  
2166 Verfüllrichtlinie praxistauglich überarbeitet werden.

2167

2168 CDU und SPD:

2169 „Wir werden die Verfüll-Richtlinie im Dialog mit der Praxis evaluieren und ggf. rechtliche  
2170 Spielräume zur Entbürokratisierung nutzen. Indem wir die ortsnahe Verwendung von  
2171 Erdaushub unbürokratischer ermöglichen, werden wir auch Kosten senken.“

2172

2173 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2174

2175 **18.2 Entsorgung: Kommunen bei Schaffung neuer Deponiekapazitäten unterstützen**

2176 VhU:

2177 Zur Sicherstellung der Abfallentsorgung, insbesondere von Bauabfällen, sollte der Landtag ein  
2178 Förderprogramm auflegen, damit Landkreise und kreisfreie Städte einen größeren finanziellen  
2179 Anreiz bekommen, für die Schaffung neuer Entsorgungskapazitäten zu sorgen.

2180

2181 CDU und SPD:

2182 „Mit potentiellen Deponiebetreibern werden wir Deponiekapazitäten, insbesondere zur  
2183 Entsorgung von Baustellenabfällen, schaffen, damit Deponieengpässe nicht zur Verteuerung  
2184 von Bauvorhaben führen und zudem lange, klimaschädliche Transportwege vermieden  
2185 werden können. (...) Kommunen, die vor Ort neue Deponiekapazitäten schaffen und/oder  
2186 bestehende ausweiten, werden wir planerisch und genehmigungsrechtlich unterstützen.“

2187

2188 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2189

2190 **18.3 Erlass zum Abfallende von gütegesicherten Recycling-Baustoffen einführen**

2191 VhU:

2192 Um die Nutzung von Recycling-Baustoffen zu stärken und um Hemmnisse bei ihrem Einsatz  
2193 weiter abzubauen, sollte Hessen auf Bundesebene mit Nachdruck dafür eintreten, dass  
2194 zeitnah eine bundeseinheitliche Regelung verabschiedet wird, damit gütegesicherte  
2195 Recycling-Baustoffe aus dem Abfallregime entlassen werden und einen Produktstatus  
2196 erhalten. Falls das in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint, sollte Hessen per  
2197 Landesverordnung gütegesicherte Baustoffe aus dem Abfallregime entlassen.

2198

2199 CDU und SPD:

2200 „Um die Baukosten weiter zu senken, wollen wir den Einsatz von Recyclingbaustoffen  
2201 erleichtern.“ (...) „Wir intensivieren die Initiative für Baustoffrecycling, um den Einsatz von  
2202 Recyclingbaustoffen zu steigern. Öffentliche Auftraggeber sollen vorbildhaft regelmäßig  
2203 solche Recyclingbaustoffe einsetzen, wo dies technisch und wirtschaftlich möglich ist. Wir

2204 werden uns dafür einsetzen, dass gütegesicherte Recycling-Baustoffe aus dem Abfallregime  
2205 entlassen werden.“

2206

2207 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2208

#### 2209 **18.4 Abwasser: Einseitige Belastungen vermeiden**

2210 VhU:

2211 Die Kommunalwasserrichtlinie der EU sieht eine erweiterte Herstellerverantwortung vor. Bei  
2212 der Umsetzung in deutsches Recht sollte sich die neue hessische Landesregierung über den  
2213 Bundesrat dafür einsetzen, dass die Finanzierung der vierten Reinigungsstufe für kommunale  
2214 Kläranlagen nicht einseitig der Industrie aufgebürdet wird.

2215

2216 CDU und SPD:

2217 „Priorität hat bei uns beim Schutz von Wasser die Reduzierung von Schadstoffeintrag bei den  
2218 Verursachern. Die Modernisierung der Kläranlagen wollen wir mit einem besonderen Fokus  
2219 auf interkommunale Zusammenarbeit gemeinsam mit den Kommunen voranbringen und  
2220 prüfen, ob bedarfsorientiert weitere Klärstufen erforderlich sind.“

2221

2222 VhU-Bewertung:

2223 Teilweise Übereinstimmung. Denn das Verursacherprinzip muss sachgerecht angewendet  
2224 werden, und es sind sämtliche Akteure – wie Hersteller und Handel sowie private und  
2225 gewerbsmäßige Verbraucher – zu berücksichtigen.

2226

#### 2227 **18.5 Übererfüllung von umweltrechtlichen Vorgaben beenden**

2228 VhU:

2229 Eine Überregulierung umweltrechtlicher Vorgaben sollte unterbleiben. Das Hessische  
2230 Naturschutzgesetz (HeNatG) ist ein Beispiel von vielen zur Übererfüllung von Bundesgesetzen  
2231 und EU-Recht. Deswegen wollen wir eine Bestandsaufnahme von Bestimmungen angehen,  
2232 die perspektivisch aufgehoben oder „gestraft“ werden sollen. Ziel soll jedoch nicht die  
2233 Absenkung nationaler Schutznormen und Standards sein, sondern die hessische  
2234 Übererfüllung von Bundes- und EU-Normen ist endlich zu beenden.

2235

2236 CDU und SPD:

2237 „Das Naturschutzgesetz wollen wir straffen. Wir werden dabei einen besonderen Fokus auf  
2238 Entbürokratisierung der Verfahren legen. (...) Wir werden Bürokratie abbauen und prüfen, wo  
2239 wir Verfahren beschleunigen können.“

2240

2241 VhU-Bewertung: Übereinstimmung, aber noch eine recht vage Aussage im Koalitionsvertrag.

2242

#### 2243 **18.6 Aufsichtsbehörden personell stärken**

2244 VhU:

2245 Die lokalen Aufsichtsbehörden müssen gestärkt werden – auch personell in den  
2246 Regierungspräsidien Kassel, Gießen und Darmstadt. Denn es gilt, rechtliche Vorgaben mit  
2247 den gegebenen Vorgaben vor Ort abzuwägen und den Ermessensspielraum auf lokaler Ebene  
2248 zu nutzen. Dafür braucht es eine starke regionale Landesverwaltung.



2249

2250 CDU und SPD:

2251 „Um die vielen Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und zu vereinfachen,  
2252 braucht es ausreichendes, qualifiziertes, leistungsstarkes und motiviertes Personal in den  
2253 Ländern und Kommunen. Außerdem wollen wir die Einführung flexibler Poollösungen im  
2254 öffentlichen Dienst gemeinsam mit dem Bund prüfen. Im Rahmen solcher Poollösungen kann  
2255 Personal des öffentlichen Dienstes mit besonders dringend benötigten Qualifikationen  
2256 identifiziert, zentral erfasst und anderen Behörden systematisch bereitgestellt werden.“

2257

2258 VhU-Bewertung:

2259 Übereinstimmung, aber es besteht die Notwendigkeit zur Konkretisierung, indem  
2260 Schlüsselfunktionen schnell und nachvollziehbar benannt werden.

2261

## 2262 **18.7 Planung- und Genehmigungsverfahren beschleunigen**

2263 VhU:

2264 Um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, muss ein umfassender  
2265 Maßnahmenkatalog aufgestellt und umgesetzt werden. Dazu gehören: Erleichterte und  
2266 vereinfachte Verfahren, eine verkürzte Öffentlichkeitsbeteiligung, Erleichterung beim  
2267 vorzeitigen Baubeginn, praxistaugliche Stichtagsregelung, weniger gutachterlicher Mitwirkung,  
2268 eindeutige Standards und technische Anleitungen, um Vorschriften effizient und  
2269 nutzerorientiert umsetzen zu können, mehr Personal und Sachkompetenz in den Behörden,  
2270 die Digitalisierung der Verfahren, weniger Kontrollen.

2271

2272 CDU und SPD:

2273 „Wir setzen bei der Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung auf ein leicht verständliches  
2274 und vollziehbares materielles Recht, Standardisierung soweit wie möglich, Digitalisierung und  
2275 Verschlinkung behördlicher Prozesse, Pragmatismus, frühzeitigen Dialog mit Bürgerinnen  
2276 und Bürgern zur Steigerung der Akzeptanz und eine gut ausgestattete Behördenlandschaft  
2277 und Justiz. Wir werden Planungs- und Genehmigungsverfahren umfassend digitalisieren und  
2278 damit langwierige Verfahrenswege verkürzen und die Genehmigungspraxis insgesamt  
2279 modernisieren.“

2280

2281 VhU-Bewertung:

2282 Übereinstimmung, aber der Maßnahmenkatalog sollte prioritär und zügig in 2024 angepackt  
2283 und umgesetzt werden, damit sich die überfälligen Reformen rasch entfalten. Dafür bietet sich  
2284 eine pilothafte Praxisbegleitung durch Fachleute aus den Unternehmen an.

2285

## 2286 **18.8 Umweltallianz Hessen fortsetzen**

2287 VhU:

2288 Erhalt der Umweltallianz Hessen für den Dialog zwischen Wirtschaft, Umweltpolitik,  
2289 Verwaltung und Kommunen.

2290

2291 CDU und SPD: „Die Umweltallianz werden wir fortsetzen.“

2292

2293 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2294 **19 Klima: Anpassung an Klimafolgen zur Priorität machen**

2295 **19.1 Klimafolgenanpassung zum neuen Schwerpunkt machen**

2296 VhU:

2297 In der Klimapolitik sollten sich Landtag und Landesregierung verstärkt auf die Anpassung an  
2298 die bereits spürbaren Folgen des Klimawandels und auf Maßnahmen zur Vermeidung von  
2299 Schäden nach Extremwetterereignissen konzentrieren.

2300

2301 CDU und SPD:

2302 „Auch wenn alle notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz ergriffen werden, wird sich die  
2303 Erderwärmung nur noch verlangsamen lassen. Daher hat die Entwicklung einer konsequenten  
2304 Klima-Anpassung eine hohe Bedeutung.“ (...)  
2305 „Neben dem Klimaschutz legen wir einen Fokus auf die zukunftsorientierte Klimaanpassung  
2306 unserer Städte und Gemeinden.“

2307

2308 VhU-Bewertung: Teilweise Übereinstimmung

2309

2310 **19.2 Klima-Sektorziele auf Landesebene abschaffen**

2311 VhU:

2312 Länderspezifische Sonderziele zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses sind aufgrund des  
2313 europäischen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels wirkungslos. Die Sektorziele zur Senkung des CO<sub>2</sub>-  
2314 Ausstoßes auf Landesebene sollten daher abgeschafft werden, und der Landtag sollte das  
2315 Hessische Klimagesetz anpassen.

2316

2317 CDU und SPD:

2318 „Wir handeln auf der Basis des geltenden Hessischen Klimagesetzes und des integrierten  
2319 Klimaschutzplans 2030. Soweit der Bund den gesetzlichen Rahmen ändert, werden wir das  
2320 Gesetz anpassen.“  
2321 „Wir wollen die hessischen Sektorziele analog zum Bund synchronisieren. Wir setzen uns  
2322 weiterhin dafür ein, dass alle Sektoren angemessene Beiträge zum Klimaschutz leisten.“

2323

2324 VhU-Bewertung: Dissens

2325

2326 **19.3 Kein Sonderfonds für den Klimaschutz**

2327 VhU:

2328 Es sollte kein Klima- und Transformationsfonds oder ein ähnliches Instrument geschaffen  
2329 werden, um länderspezifische Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren.

2330

2331 CDU und SPD:

2332 „Die Unternehmen in Hessen sowie der Wirtschafts- und Industriestandort stehen vor großen  
2333 Herausforderungen. Wir schaffen dazu den Hessenfonds, der Innovationen unterstützt und  
2334 Veränderungsprozesse begleitet.“

2335

2336 VhU-Bewertung: Dissens

2337

2338 **19.4 Landesverwaltung beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen**

2339 VhU:

2340 Bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sollten  
2341 Verwaltungsbehörden eine Vorreiterrolle einnehmen.

2342

2343 CDU und SPD:

2344 „Als Land gehen wir als Vorbild voran und werden die Landesverwaltung bis 2030  
2345 nettotreibhausgasneutral gestalten.“

2346

2347 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2348

2349 **19.5 Klima effizient und wirksam durch EU-Zertifikatehandel schützen**

2350 VhU:

2351 In der Klimapolitik sollten die beiden EU-weiten Emissionshandelssysteme mit sinkenden  
2352 CO<sub>2</sub>-Obergrenzen EU-ETS 1 und ab 2027 EU-ETS 2 ohne Markteingriffe ihre Wirkung  
2353 entfalten. Weitere Maßnahmen auf Landesebene sind nicht nötig.

2354

2355 CDU und SPD:

2356 „Wir unterstützen die europäischen Pläne zur Einführung eines einheitlichen und  
2357 sektorübergreifenden Zertifikatehandels, der einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis in ganz Europa  
2358 schaffen soll. Damit soll sich die günstigste CO<sub>2</sub>-Vermeidungstechnik durchsetzen. Auf  
2359 diesem Weg wird Europa die erste klimaneutrale Region der Welt.“

2360

2361 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2362

2363 **19.6 Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> ermöglichen und unterstützen**

2364 VhU:

2365 Die Landesregierung sollte politisch und praktisch alle Initiativen zur Speicherung und Nutzung  
2366 von CO<sub>2</sub> unterstützen.

2367

2368 CDU und SPD:

2369 „Hessen wird zusammen mit Industrie, Umweltverbänden und Wissenschaft eine eigene  
2370 Carbon-Management-Strategie entwickeln, die Vermeidung und Substitution von CO<sub>2</sub> zum  
2371 Schwerpunkt hat und sich bei unvermeidbaren bzw. schwer vermeidbaren CO<sub>2</sub>- Emissionen  
2372 auf CCU konzentriert.“

2373

2374 VhU-Bewertung: Teilweise Übereinstimmung

2375

2376 **20 Arbeit: Beschäftigungspotential besser ausschöpfen**

2377 **20.1 Bürgergeld: Wieder mehr Fordern statt nur Fördern**

2378 VhU:

2379 Die Landesregierung muss ihr Aufsichtsrecht über die kommunalen Jobcenter für eine  
2380 stärkere Aktivierung von Bürgergeld-Beziehern nutzen, damit u. a. mehr Aufstocker,  
2381 Selbständige und Unterhaltspflichtige in Arbeit kommen. Die Landesregierung sollte sich im  
2382 Bundesrat dafür einsetzen, dass die Aufnahme von Arbeit für Bürgergeldbezieher durch  
2383 verbesserte Anrechnungsregeln attraktiver wird.

2384

2385 CDU und SPD:

2386 „Wir bekennen uns zu einer aktivierenden Politik für mehr Beschäftigung, die Menschen  
2387 selbstverständlich in den vollwertigen Arbeitsmarkt führt.“

2388

2389 „Ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Armut ist es, Menschen in Arbeit zu bringen.  
2390 Wir bekennen uns deshalb zu einer aktivierenden Arbeitsvermittlung, zu Aus- und  
2391 Weiterbildung und zur Erhöhung der Beschäftigungsquote.“

2392

2393 VhU-Bewertung:

2394 Übereinstimmung hinsichtlich des Ziels einer stärker aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und  
2395 -vermittlung. Allerdings wird dies nicht mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen verbunden,  
2396 obwohl die Landesregierung Rechts- und Fachaufsicht über die zugelassenen kommunalen  
2397 Jobcenter hat. Leider keine Aussage zur Initiative für stärkere Arbeitsanreize.

2398

2399

2400 **20.2 Transparenz über Arbeit der kommunalen Jobcenter herstellen**

2401 VhU:

2402 Der Landtag muss die kommunalen Jobcenter dazu verpflichten, in einer aussagekräftigen,  
2403 mindestens jährlichen Bilanz offenzulegen, wieviel Geld mit welchem Erfolg sie für welche  
2404 Maßnahmen einsetzen.

2405

2406 CDU und SPD: Keine Aussage

2407

2408 VhU-Bewertung: Dissens

2409

2410 **20.3 Kinderbetreuung qualitativ hochwertig sicherstellen**

2411 VhU:

2412 Die Aufnahme von und die Rückkehr in Arbeit oder die Ausweitung der wöchentlichen  
2413 Erwerbsarbeitszeit darf nicht an fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten scheitern.

2414

2415 CDU und SPD:

2416 „Wir wollen, dass sich Eltern auf die Gewährleistung von Kinderbetreuung verlassen können.  
2417 Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sowie Schulkindbetreuung im Ganztage leisten einen  
2418 wesentlichen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

2419

2420 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2421 **20.4 Migranten besser in die Arbeitswelt integrieren**

2422 VhU:

2423 Das Kultusministerium muss den richtigen Weg zur (frühen) Sprachförderung noch  
2424 konsequenter und mit größeren Erfolgen fortsetzen.

2425

2426 CDU und SPD:

2427 „Wir sind sicher: Sprache ist der Schlüssel zu schulischem Erfolg und gesellschaftlicher  
2428 Teilhabe. Wir wollen, dass jeder, der hier leben möchte, die deutsche Sprache lernt.  
2429 Verpflichtende Deutschkurse sind ein zentrales Integrationsinstrument. Entsprechende  
2430 Angebote werden wir in den Bildungseinrichtungen des Landes weiter stärken. Zu einer  
2431 umfassenden Sprachförderung gehören insbesondere die Sprachförderung in Kitas, die  
2432 Fortführung unserer Intensivklassen und der Ausbau unseres „InteA“-Programms  
2433 (Integration durch Anschluss und Abschluss). Wenn die Schülerzahlen in den  
2434 Intensivklassen zurückgehen, wollen wir die zwischenzeitlich vorgenommene Erhöhung des  
2435 Klassenteilers wieder zurücknehmen.“

2436

2437 „Wir wollen einen Schwerpunkt auf die sprachliche Bildung und Förderung im frühkindlichen  
2438 Bereich und den Übergang zwischen Kita und Grundschule für alle Kinder besonders in den  
2439 Blick nehmen und dazu ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr (max. 6 Stunden täglich).  
2440 Kinder, bei denen ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt worden ist, werden wir  
2441 weiter in verpflichtenden Vorlaufkursen zusätzlich fördern.“

2442

2443 „Unsere erfolgreichen Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt (u.a. ‚Pflege integriert‘,  
2444 ‚Wirtschaft integriert‘) werden wir fortführen.“

2445

2446 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2447

2448 **20.5 Übergang Schule/Beruf für behinderte Menschen in Arbeitsmarkt erleichtern**

2449 VhU:

2450 Kultus- und Sozialministerium müssen als Beratungs- und Aufsichtsbehörden gegenüber  
2451 Schulen und Integrationsamt stärker einfordern, dass behinderte junge Menschen – wo  
2452 immer möglich – Ausbildung und Arbeit am allgemeinen Arbeitsmarkt aufnehmen.

2453

2454 CDU und SPD:

2455 „Wir werden ferner die Bemühungen zum Übergang behinderter junger Menschen von der  
2456 Schule in den allgemeinen Arbeitsmarkt verstärken. Alle beteiligten Institutionen arbeiten  
2457 verstärkt an diesem Ziel und ermöglichen den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt mit  
2458 den Instrumenten der individuellen Förderung, unabhängigen Beratung,  
2459 Ausbildungsbegleitung und ggf. theoriereduzierter Ausbildung. Besonderes Engagement  
2460 entwickeln wir ressortübergreifend für die beruflichen Chancen von Schülerinnen und  
2461 Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Der automatische Übergang von der  
2462 Schule direkt in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen soll die Ausnahme werden.“

2463

2464 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2465

2466 **20.6 Fördermaßnahmen des Integrationsamts evaluieren**

2467 VhU:

2468 Das Sozialministerium sollte vom Integrationsamt Transparenz über Fördermaßnahmen zur  
2469 Arbeitsmarktteilhabe einfordern und diese auf Wirkung und Wirtschaftlichkeit ausrichten.

2470

2471 CDU und SPD:

2472 „Menschen mit Behinderung brauchen verbesserten Zugang in die Arbeitswelt. Dieser ist zu  
2473 erleichtern oder zu erhalten. In diesem Sinne werden wir das Hessische  
2474 Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter  
2475 Menschen (HEPAS) evaluieren, wo erfolgreich weiterführen und gegebenenfalls ausbauen.“

2476

2477 VhU-Bewertung:

2478 Übereinstimmung, sofern mit der Evaluation eine Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitsmessung  
2479 der Fördermaßnahmen verbunden ist; ein Ausbau von Förderprogrammen kann nur  
2480 gerechtfertigt sein, wenn diese einen nachweislichen Nutzen bringen.

2481

2482 **20.7 Zentrale Ausländerbehörden auch in Hessen einrichten**

2483 VhU:

2484 Die Landesregierung sollte eine zentrale Ausländerbehörde für das beschleunigte  
2485 Fachkräfteverfahren einrichten.

2486

2487 CDU und SPD:

2488 „Einen Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten Jahren legen wir auf das Thema  
2489 Fachkräftesicherung und wollen u. a. eine Fast-Lane für Fachkräfte aus dem Ausland durch  
2490 zentralere Behördenstrukturen schaffen, dabei setzen wir einen Schwerpunkt auch auf IT-  
2491 Fachkräfte.“ Das Konzept des WELCOMECENTER Hessen soll auf Nord- und Mittelhessen  
2492 ausgeweitet werden und „sowohl für ausländische Fachkräfte und Studierende als auch  
2493 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle sein, die alle  
2494 Leistungen rund um die Fachkräfteeinwanderung wie aus einer Hand gewährleistet. Um  
2495 hierbei effiziente Verfahren zu gewährleisten, werden wir die Digitalisierungspotenziale  
2496 ausschöpfen.“

2497

2498 VhU-Bewertung:

2499 Übereinstimmung. Damit würden drei zentrale Anlaufstellen für ausländische Fachkräfte und  
2500 Arbeitgeber entstehen, was ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung wäre, damit in  
2501 der Verwaltungspraxis eine spürbare Verfahrensbeschleunigung erreicht werden kann.

2502

2503 **20.8 Arbeitsschutz: Bessere Beratung für Kleinunternehmen**

2504 VhU:

2505 Sozialministerium und Landesbehörden müssen das überkomplizierte Regelwerk des  
2506 Arbeitsschutzes für Kleinunternehmen in die betriebliche Praxis übersetzen.

2507

2508 CDU und SPD:

2509 „Wir werden die Aufsichtsbehörden für Arbeitsschutz und Produktsicherheit in die Lage  
2510 versetzen, ihren Funktionen gegenüber den betrieblichen Sozialpartnern genauso  
2511 nachzukommen, wie ihrer Kontrollfunktion bei der Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen.  
2512 Wir wollen Unternehmen bei der Entwicklung von Konzepten für altersgerechte Tätigkeit  
2513 unterstützen, um auch älter werdenden Mitarbeitenden eine altersgerechte Tätigkeit  
2514 anzubieten und sie möglichst lange gesund im Erwerbsleben halten zu können.“

2515

2516 VhU-Bewertung:

2517 Teilweise Übereinstimmung. Die angekündigte Unterstützung der Betriebe beim Thema  
2518 altersgerechtes Arbeiten ist zu begrüßen. Insgesamt aber wird das Thema des  
2519 überkomplizierten Arbeitsschutzes insbesondere für Kleinbetriebe leider nicht angesprochen.

2520

2521 **20.9 Bundesratsinitiative: Frühverrentung stoppen**

2522 VhU:

2523 Die Landesregierung sollte eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der abschlagfreien  
2524 Frührenten mit 65 Jahren und früher starten.

2525

2526 CDU und SPD: Keine Aussage

2527

2528 VhU-Bewertung: Dissens

2529

2530 **20.10 Arbeitszeitgesetz flexibilisieren**

2531 VhU:

2532 Die Landesregierung sollte sich im Bundesrat für die Flexibilisierung des Arbeitsrechts  
2533 einsetzen. Insbesondere die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes für eine bessere  
2534 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nötig, darf jedoch nicht zu einseitigen  
2535 Arbeitnehmerrechten führen, sondern sollte flexible Regelungen mit doppelter Freiwilligkeit  
2536 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichen. Zudem sollte sich die  
2537 Landesregierung auf EU-Ebene für eine Wochenbetrachtung der Arbeitszeit und für die  
2538 Verkürzung der Ruhezeitpflichten einsetzen.

2539

2540 CDU und SPD:

2541 „Wir wollen das Arbeitszeitgesetz im Sinne von mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
2542 flexibilisieren, ohne Schutzrechte zu schwächen.“

2543

2544 VhU-Bewertung:

2545 Teilweise Übereinstimmung. Der Koalitionsvertrag ist hier noch zu unkonkret. Die doppelte  
2546 Freiwilligkeit muss in jedem Fall erhalten bleiben.

2547

2548

2549 **20.11 Zeitwertkonten nur ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand**

2550 VhU:

2551 Zeitwertkonten in der hessischen Verwaltung sind kein Maßstab für die Privatwirtschaft.  
2552 Familienzeitkonten sind grundsätzlich eine gute Idee, müssen aber mit doppelter  
2553 Freiwilligkeit flexibel und unbürokratisch in der Praxis umsetzbar sein und dürfen die  
2554 Unternehmen nicht zu sehr administrativ und finanziell belasten. Aktuell ist der Aufwand  
2555 (Insolvenzversicherung der Zeitguthaben etc.) zu hoch und gerade für KMU kaum zu leisten.

2556

2557 CDU und SPD:

2558 In Hessen setzen wir uns dafür ein, das bestehende Instrument der Zeitwertkonten  
2559 praktikabler zu gestalten und zu Familienzeitkonten weiterzuentwickeln. Das Land als  
2560 Arbeitgeber soll hierbei vorbildhaft vorgehen und die Bedürfnisse von Familien  
2561 unterstützen, soweit dies die Arbeitsabläufe zulassen. Das Gütesiegel „Familienfreundlicher  
2562 Arbeitgeber“ wollen wir mit noch mehr Leben füllen.

2563

2564 VhU-Bewertung: Dissens

2565

2566 **20.12 Negative Koalitionsfreiheit darf nicht ausgehebelt werden**

2567 VhU:

2568 Die negative Koalitionsfreiheit ist vom Grundgesetz geschützt und darf nicht ausgehebelt  
2569 werden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss gezielt als Ausnahmeinstrument  
2570 eingesetzt werden. Die Tarifautonomie liegt bei den Sozialpartnern.

2571

2572 CDU und SPD:

2573 „Wir wollen daher Tarifbindung in Hessen steigern und die Sozialpartnerschaft stärken. Dazu  
2574 werden wir unter Einbeziehung des Tarifausschusses prüfen, in welchen Bereichen  
2575 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Dieses Instrument wollen wir in  
2576 Zukunft häufiger heranziehen“.

2577

2578 VhU-Bewertung: Dissens

2579

2580 **20.13 Tariftreuegesetz abschaffen und Vergabefreigrenze erhöhen**

2581 VhU:

2582 Das hessische Tariftreuegesetz sollte abgeschafft werden, denn das Thema Tarif ist Sache  
2583 der Sozialpartner, nicht des Staates. Staatliche Eingriffe können einen Verstoß gegen die  
2584 Koalitionsfreiheit gem. Art 9 GG, gegen die Freiheit der Berufswahl (Art. 12 GG) und gegen  
2585 die EU-Freizügigkeit darstellen. Die Vergabefreigrenze muss höher sein. Die Begrenzung  
2586 der Subunternehmer ist unzulässig. Für Verstöße muss der haften, der den Fehler macht.

2587

2588 CDU und SPD:

2589 „Wir wollen das öffentliche Auftragswesen erleichtern und dazu das Hessische Tariftreue-  
2590 und Vergabegesetz modernisieren. ... Wir nehmen eine Prüfung der vergabefremden  
2591 Kriterien vor und werden die Vergabefreigrenze auf einen Auftragswert von 20.000 EUR  
2592 anheben. Die Schwellenwerte in § 12 HVTG werden wir anpassen und ...  
2593 Subunternehmerketten werden wir - soweit zulässig - auf 3 begrenzen. Für Verstöße werden  
2594 wir finanzielle Sanktionen regeln, für die der Hauptauftragnehmer haftet“.

2595

2596 VhU-Bewertung: Dissens hinsichtlich Tariftreuegesetz, aber Übereinstimmung hinsichtlich  
2597 der Anhebung der Vergabefreigrenze.



2598

2599 **20.14 Leistungsfähige, bürger- und unternehmensnahe Justiz gewährleisten**

2600 VhU:

2601 Die hessische Justiz muss personell und digital angemessen ausgestattet werden, damit  
2602 Privathaushalte und Unternehmen künftig schneller Entscheidungen bei Rechtsstreitigkeiten  
2603 erhalten. Für effizientere Abläufe sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung konsequent  
2604 genutzt werden.

2605

2606 CDU und SPD:

2607 „Um die Leistungsfähigkeit einer modernen Justiz zu gewährleisten, bedarf es einer  
2608 angemessenen personellen und sachlichen Ausstattung. ... Wir setzen auf eine  
2609 unkomplizierte Kommunikation von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie  
2610 Notarinnen und Notaren mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften und werden  
2611 Erleichterungen für sie im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs prüfen. ... Wir wollen  
2612 das Ehrenamt in der Justiz stärken. ... Das richterliche Ehrenamt stellt eine wichtige  
2613 ehrenamtliche Säule der Justiz dar.“

2614 „Wir wollen die spezifische IT-Ausstattung der Justiz insbesondere um weitere Kapazitäten  
2615 für die Durchführung von Videoverhandlungen erweitern.“

2616

2617 VhU:

2618 Übereinstimmung. Zusätzlich sollten auch Behörden mit Gerichten in das Verfahren des  
2619 elektronischen Bürger- und Organisationen-Postfachs (eBO) einbezogen werden.

2620

2621 **20.15 Datenschutz gewährleisten und maßvoll betreiben**

2622 VhU:

2623 Schon die bestehenden datenschutzrechtlichen Regulierungen belasten insbesondere KMU  
2624 erheblich. Datenschutz muss gewährleistet sein, darf aber nicht zu unverhältnismäßigem  
2625 Verwaltungsaufwand führen.

2626

2627 CDU und SPD:

2628 „Der Datenschutz gewährleistet – auch im Bereich der voranschreitenden Digitalisierung –  
2629 den erforderlichen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Beeinträchtigungen ihrer  
2630 Privatsphäre durch unbefugte Erhebung, Speicherung und Weitergabe von persönlichen  
2631 Daten. ... Ungeachtet dessen werden wir wichtige Digitalisierungsprojekte unter Beachtung  
2632 von Datenschutz und Datensicherheit aktiv und pragmatisch vorantreiben.“

2633

2634 VhU:

2635 Übereinstimmung. Datenschutz muss mit Maß betrieben werden.

2636

2637 **20.16 Keine Landes-Kampagne zu „Care-Arbeit“**

2638 VhU:

2639 Die Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit wird in einer freiheitlichen Gesellschaft in der  
2640 Ehe bzw. Partnerschaft und Familie getroffen, der Staat hat sich aus diesen Fragen  
2641 herauszuhalten. Stattdessen muss der Staat gute Kinderbetreuungs- und  
2642 Ganztagesangebote gewährleisten.

2643

2644 CDU und SPD:

2645 „Wichtiger Beitrag für eine Gleichstellung in der Berufswelt ist eine gleichberechtigte  
2646 Verteilung von Care-Arbeit, die derzeit noch hauptsächlich von Frauen übernommen wird.  
2647 Wir werben daher für mehr Verantwortungsübernahme von Männern in diesem Bereich und  
2648 legen hierzu eine Kampagne auf.“

2649

2650 VhU-Bewertung: Dissens

2651

2652 **20.17 In der Europapolitik Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit wahren**

2653 VhU:

2654 In der Europapolitik muss die Landesregierung noch stärker darauf dringen, die Prinzipien  
2655 der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

2656

2657 CDU und SPD:

2658 „Wir achten auf die klare Anwendung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips im  
2659 europäischen Gesetzgebungsverfahren. Über den Bundesrat werden wir uns für einen  
2660 spürbaren Bürokratieabbau auf europäischer Ebene einsetzen.“

2661

2662 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

## 2663 **21 Soziales: Sozialeleistungen wirksamer und wirtschaftlicher erbringen**

### 2664 **21.1 Krankenhäuser nach Versorgungsbedarf und Qualität planen**

2665 VhU:

2666 Die Landesregierung muss ihre Krankenhausplanung am Maßstab der Erreichbarkeit für die  
2667 Bürger und der Versorgungsqualität ausrichten. Die Planung darf nicht an Kreis- oder  
2668 Landesgrenzen enden. Dazu muss das Sozialministerium die Standorte und Kapazitäten  
2669 insgesamt, aber auch differenziert nach Versorgungsangeboten überprüfen. Nicht nur unter  
2670 Finanzierungs-, auch unter Qualitätsgesichtspunkten ist eine Bündelung der  
2671 Versorgungskompetenz für bestimmte, hochspezialisierte medizinische Leistungen geboten.

2672

2673 CDU und SPD:

2674 „Eine grundlegende Reform der Krankenhauslandschaft ist unerlässlich. Sie muss durch eine  
2675 bedarfsgerechte Planung und Steuerung begleitet werden, um einen kalten Strukturwandel  
2676 zu vermeiden. Die Finanzierung muss zeitnah gesichert werden. Hierbei müssen Bedarf und  
2677 Qualität in den Mittelpunkt gestellt werden. Sektorenübergreifende Kooperationen sind  
2678 unverzichtbar.“

2679

2680 „Ein Gesundheitssicherstellungsplan soll eine Unter- und Überversorgung in den jeweiligen  
2681 Regionen erheben und vermeiden. Dazu muss die Bedarfsmessung überarbeitet werden.“

2682

2683 „Wir werden gemeinsam mit dem Bund den Prozess der Transformation bei der  
2684 Krankenhausreform konstruktiv begleiten und hessische Interessen einbringen. Eine  
2685 Übergangsförderung der Kosten während der Krankenhausreform soll gewährleistet  
2686 werden. Wir fordern den Bund auf gemeinsam mit den Kassen den Transformationsprozess  
2687 finanziell zu unterstützen. (...) Wir werden die Krankenhausplanung vor dem Hintergrund des  
2688 Krankenhausreformplans neu konzipieren und bedarfsgerecht steuern. Die Planung und  
2689 Steuerung durch das Land richtet sich nach den Kriterien Bedarf, insbesondere mit dem  
2690 Blick auf den ländlichen Raum, und die Qualität, wozu auch der Grad der Digitalisierung  
2691 zählt. Die Finanzierung muss der Planung folgen. Die Krankenhausplanung fußt auf  
2692 Leistungsgruppen. Die Finanzierung geht damit einher.“

2693

2694 „Freiwerdende und weitere Finanzmittel führen wir in einen Zukunftssicherungsfonds  
2695 zusammen, um eine verlässliche Übergangsförderung sicherzustellen. Die Krankenhaus-  
2696 und die Bedarfsplanung wird zu einer intersektoralen Versorgungsplanung erweitert.  
2697 Gleichberechtigt mit dem ambulanten und stationären Sektor. Wir unterstützen Kliniken, die  
2698 sich zu Verbänden zusammenschließen. Ebenso unterstützen wir Weiterbildungsverbände.  
2699 Insgesamt soll geprüft werden, wie Gesundheitseinrichtungen flexibler errichtet oder  
2700 umgenutzt werden können.“

2701

2702 VhU-Bewertung:

2703 Teilweise Übereinstimmung. Das Bekenntnis zu einer grundlegenden Reform der  
2704 Krankenhauslandschaft, die bedarfsgerecht aufgestellt ist und zusammen mit dem  
2705 ambulanten Sektor die Versorgung sichert, ist zu begrüßen. Ineffiziente Strukturen mit  
2706 Überkapazitäten müssen so schnell wie möglich unter Aufrechterhaltung der  
2707 Versorgungssicherheit abgebaut werden. Die heutige, reformbedürftige  
2708 Krankenhauslandschaft ist in Jahrzehnten unter der Planungshoheit des Landes entstanden.  
2709 Deshalb ist vor allem politischer Mut der Landesregierung und der Austausch mit den  
2710 Gesundheitsversorgern in den jeweiligen Regionen für neue, zukunftsfähige Strukturen  
2711 gefragt.

2712

2713 **21.2 Krankenhaus-Investitionen voll finanzieren, nicht auf Beitragszahler der**  
2714 **Krankenkassen verlagern**

2715 VhU:

2716 Der Landtag muss im Hessischen Krankenhausgesetz sicherstellen, dass das Land seiner  
2717 Investitionsverpflichtung für Gebäude und Geräte von Krankenhäusern vollumfänglich  
2718 nachkommt. Folge der seit Jahrzehnten unzureichenden Landes-Investitionsmittel ist, dass  
2719 Krankenhäuser fehlende Investitionsmittel aus den Zahlungen der Krankenkassen für die  
2720 Patientenbehandlung decken müssen.

2721

2722 CDU und SPD:

2723 „Die Investitionskostenzuschüsse wollen wir auf 550 Mio. jährlich erhöhen. Dabei sollen  
2724 insbesondere die originären Landesmittel erhöht werden.“

2725

2726 VhU-Bewertung:

2727 Teilweise Übereinstimmung. Die angekündigte Erhöhung der Investitionskostenzuschüsse ist  
2728 ein großer Schritt in die richtige Richtung nach einer jahrzehntelangen massiven  
2729 Unterfinanzierung. Mittelfristig muss das Land seiner Investitionsverpflichtung jedoch  
2730 vollständig nachkommen. Wenn das Land die Krankenhausstrukturen endlich besser plant,  
2731 dürfte dem Land auch die Erfüllung der Investitionskostenverpflichtung leichter fallen.

2732

2733 **21.3 Stadt-Land-Gefälle bei Arztversorgung verringern**

2734 VhU:

2735 Das Sozialministerium muss als Aufsichts- und Beratungsbehörde gewährleisten, dass die  
2736 Kassenärztliche Vereinigung Hessen die zum Teil bestehende ärztliche Überversorgung in  
2737 den Städten und Ballungsräumen durch Aufkauf von Arztstühlen abbaut und im Gegenzug  
2738 Lücken in der ärztlichen Versorgung auf dem Land schließt. Dies kann durch eine  
2739 sachgerechte Planung und Zulassungspraxis kostenneutral erfolgen.

2740

2741 CDU und SPD:

2742 „Wir werden uns für eine gute haus- und fachärztliche Versorgung, insbesondere auch im  
2743 ländlichen Raum und strukturschwachen Stadtteilen, einsetzen und diese fördern. Hierzu  
2744 gehören strukturelle Betrachtungen sowie die Anpassung der Leistungsvolumina um die  
2745 Attraktivität wieder zu erhöhen.“

2746

2747 „Die Landarztquote ist ein Erfolg. Wir wollen sie in Höhe und Anwendungsbereich ausweiten  
2748 und weitere Medizinstudienplätze an unseren hessischen Universitäten schaffen.“

2749

2750 VhU-Bewertung:

2751 Teilweise Übereinstimmung. Die Koalition hat zu Recht die wichtige haus- und fachärztliche  
2752 Versorgung im ländlichen Bereich im Blick. Statt mehr Geld für die bessere  
2753 Landarztversorgung organisieren zu wollen, ist es jedoch geboten, auch die teilweise  
2754 ärztliche Überversorgung im städtischen Bereich anzugehen. Denn überzählige Ärzte in den  
2755 Ballungsräumen fehlen auf dem Land.

2756

2757

2758 **21.4 Ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen verbessern**

2759 VhU:

2760 Das Sozialministerium sollte die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in ländlichen  
2761 Regionen verbessern. Dies sollte auch durch eine bessere Nutzung vorhandener Strukturen  
2762 erreicht werden, z. B. durch Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Krankenhäusern.  
2763 Weiterhin müssen die Möglichkeiten der Telemedizin vorangetrieben werden.

2764

2765 CDU und SPD:

2766 „Die Krankenhaus- und die Bedarfsplanung wird zu einer intersektoralen  
2767 Versorgungsplanung erweitert. Gleichberechtigt mit dem ambulanten und stationären  
2768 Sektor.“

2769

2770 „Wir setzen uns dafür ein, dass in Kliniken, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen digitale  
2771 Lösungen eingeführt werden, die sofort an die Telematik angeschlossen werden können und  
2772 interoperabel sind. Wir werden analog des Projekts „Smart Hospital NRW“ mit weiteren  
2773 Partnern KI-basierte Anwendungen für Krankenhäuser entwickeln. Wir unterstützen die  
2774 Ausweitung von Videosprechstunden, Telekonsilen, telemedizinischen Anwendungen und  
2775 Fernbehandlungen im Sinne der intersektoralen Versorgung. Wir werden für eine  
2776 angemessene Vergütung telemedizinischer Anwendungen eintreten.“

2777

2778 VhU-Bewertung:

2779 Übereinstimmung. Die angestrebte sektorenübergreifende Sicherstellung der  
2780 gesundheitlichen Versorgung ist zu begrüßen, ebenso wie die dringend notwendige bessere  
2781 Digitalisierung aller Leistungserbringer im Gesundheitswesen und eine stärkere Nutzung der  
2782 Telemedizin.

2783

2784 **21.5 Rettungsdienst wirtschaftlicher aufstellen**

2785 VhU:

2786 Der Landtag muss im Rettungsdienstgesetz verstärkt das Wirtschaftlichkeitsgebot  
2787 durchsetzen – bei gleichzeitiger Wahrung der Qualität und Schnelligkeit der Rettungsdienste.  
2788 Hierzu muss das Vergabeverfahren in Form von öffentlichen Ausschreibungen zwingend  
2789 vorgeschrieben und die Zahl der Rettungsleitstellen von 25 auf 6 reduziert werden.

2790

2791 CDU und SPD:

2792 „Um einheitliche und ressourcenoptimierende Strukturen zu schaffen, bündeln wir die  
2793 Zuständigkeit für die Rettungsdienste analog der Integrierten Leitstellen.“

2794

2795 VhU-Bewertung:

2796 Teilweise Übereinstimmung. Die Zusammenführung von Rettungsleitstellen in Integrierten  
2797 Leitstellen auf Ebene der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte ist ein richtiger Schritt, der  
2798 aber nicht die erforderliche Reduzierung der Anzahl der Rettungsleitstellen ersetzt.

2799

2800

2801 **21.6 Gesundheitsämter digitalisieren**

2802 VhU:

2803 Die Landesregierung muss die Kommunen verpflichten, den öffentlichen Gesundheitsdienst  
2804 (ÖGD) digital und vernetzt aufzustellen. Dazu müssen Gesundheitsämter verpflichtet  
2805 werden, Programme einzusetzen, die eine digitale Verarbeitung und Übermittlung der Daten  
2806 an andere Gesundheitsbehörden möglich machen. Außerdem sollte die Landesregierung in  
2807 regelmäßigen Abständen transparent über den Stand der Digitalisierungsfortschritte im  
2808 öffentlichen Gesundheitsdienst berichten.

2809

2810 CDU und SPD:

2811 „Wir wollen einheitliche digitale Standards etablieren.“

2812 „Wir setzen uns für eine einheitliche digitale Struktur und Standards für den öffentlichen  
2813 Gesundheitsdienst (ÖGD) ein.“

2814

2815 VhU-Bewertung:

2816 Übereinstimmung, allerdings sollte auch sichergestellt werden, dass die Gesundheitsämter  
2817 mit Dritten (z. B. Robert Koch-Institut) digital kommunizieren können.

2818

2819

2820 **21.7 Eingliederungshelferträger zur Zusammenarbeit verpflichten**

2821 VhU:

2822 Der Landtag sollte die Träger der Eingliederungshilfe ausdrücklich dazu verpflichten, mit den  
2823 anderen Reha-Trägern zusammen zu arbeiten und die Gemeinsamen Empfehlungen der  
2824 Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) zu beachten.

2825

2826 CDU und SPD: Keine Aussage

2827

2828 VhU-Bewertung: Dissens

2829

2830 **21.8 Sozialleistungen auf Wirkung und Erfolg kontrollieren**

2831 VhU:

2832 Die Landesregierung sollte ihre zahlreichen Initiativen, Maßnahmen und Projekte im Bereich  
2833 Soziales („Sozialbudget“) laufend auf Wirkung, Erfolg und Wirtschaftlichkeit überprüfen und  
2834 hierüber öffentlich Rechenschaft ablegen. Nur so lässt sich eine wirkungsvolle Arbeitsmarkt-  
2835 und Sozialpolitik sicherstellen.

2836

2837 CDU und SPD:

2838 „Mit dem hessischen Sozialbudget schaffen wir Verlässlichkeit, Planungs- und  
2839 Zukunftssicherheit für die Menschen, Vereine, Verbände und Kommunen, die anderen  
2840 Sicherheit und Hilfe geben. Wir werden dies fortentwickeln und nachhaltig finanzieren. Dazu  
2841 soll das Sozialbudget in der Legislaturperiode jährlich weiter aufwachsen.“

2842

2843 VhU-Bewertung: Dissens

2844

2845

2846 **21.9 Bundesratsinitiative: Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf unter 40 Prozent**  
2847 **begrenzen**

2848 VhU:

2849 Die Landesregierung muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Sozialabgaben  
2850 dauerhaft wieder unter die 40-Prozent-Grenze sinken. Der 2023 über die 40-Marke  
2851 gesprungene Gesamtsozialversicherungsbeitrag ist beschäftigungsschädlich und würde  
2852 ohne die dringend nötigen Strukturreformen weiter steigen. Mit einer Begrenzung unter  
2853 40 Prozent hätten auch Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto zur Verfügung.

2854

2855 CDU und SPD: Keine Aussage

2856

2857 VhU-Bewertung: Dissens

2858

2859 **21.10 Landessozialbericht: zielgenau weiterentwickeln**

2860 VhU:

2861 Der Landessozialbericht sollte insbesondere Beschäftigungs- und Aufstiegschancen  
2862 analysieren, um so Unterstützungsmöglichkeiten auf dem Weg der Bürger in ein  
2863 selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft zu identifizieren.

2864

2865 CDU und SPD:

2866 „Den Landessozialbericht begreifen wir als empirische Grundlage, um die Armutssituation in  
2867 Hessen aufzuzeigen und Maßnahmen daraus ableiten zu können. Er soll möglichst zeitnah im  
2868 Laufe der Legislaturperiode vorliegen.“

2869

2870 VhU-Bewertung:

2871 Dissens. Der Landessozialbericht soll nicht nur „Armut“ aufzeigen, sondern die soziale Lage  
2872 insgesamt, und er muss künftig insbesondere auch über Aufstiegschancen berichten.

2873

2874 **21.11 Investorengeführte Medizinische Versorgungszentren nicht benachteiligen**

2875 VhU:

2876 Privatwirtschaftliches Engagement leistet im Gesundheitswesen einen unverzichtbaren  
2877 Beitrag für eine qualitativ gute und wirtschaftliche Versorgung. Die Bevorzugung von  
2878 kommunalen und freigemeinnützigen MVZ und die geforderte stärkere Regulierung  
2879 investorengeführter MVZs sind abzulehnen.

2880

2881 CDU und SPD:

2882 „Wir unterstützen und fördern die ambulante medizinische Versorgung durch selbständige,  
2883 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte. Wo herkömmliche ärztliche Versorgung nicht  
2884 gewährleistet werden kann, unterstützen wir bei der Errichtung von Medizinischen  
2885 Versorgungszentren (MVZ), die von Ärztegemeinschaften, un- oder mittelbar von Kommunen  
2886 sowie von frei gemeinnützigen Trägern gegründet werden. Ferner unterstützen wir mobile  
2887 Lösungen. Wir fordern den Bund auf, investorengeführte MVZs stärker zu regulieren.“

2888

2889 VhU-Bewertung:

2890 Teilweise Übereinstimmung, allerdings Dissens, soweit kommunale und freigemeinnützige  
2891 MVZ bevorzugt werden sollen.

2892

2893 **21.12 Keinen Pflegedeckel einführen**

2894 VhU:

2895 Mit einer weiteren Deckelung des Eigenanteils würden die Versicherungsleistungen noch  
2896 mehr ausgeweitet und im Zeitverlauf immer umfangreicher. Dadurch würde sich die  
2897 Pflegeversicherung immer weiter in Richtung einer Vollkostenversicherung entwickeln. Dies  
2898 ist angesichts der Altersstrukturverschiebung kein gangbarer Weg und würde den jüngeren  
2899 Generationen in unfairer Weise immer mehr Lasten aufbürden.

2900

2901 CDU und SPD:

2902 „Wir setzen uns beim Bund für einen Pflege-Deckel beim Eigenanteil der Versicherten ein.“

2903

2904 VhU-Bewertung: Dissens

2905

2906 **21.13 Werkstätten für behinderte Menschen: mehr Übergänge auf den ersten  
2907 Arbeitsmarkt ermöglichen**

2908 VhU:

2909 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) erfüllen ihren gesetzlichen Auftrag, den  
2910 Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt zu fördern, mit einer Übergangsquote unter 1 Prozent  
2911 jährlich nur mangelhaft. Daher muss das WfbM-System dringend reformiert werden.

2912

2913 CDU und SPD:

2914 „Für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung sollen die Übergänge  
2915 insbesondere auf den allgemeinen Arbeitsmarkt oder, wo nicht möglich, in Inklusionsbetriebe  
2916 und Außenarbeitsplätze ermöglicht werden. Die wichtigen Kompetenzen der Werkstätten für  
2917 Menschen mit Behinderung werden wir erhalten.“

2918

2919 VhU-Bewertung: Übereinstimmung

2920

2921 **21.14 Kontrolle der Krankenhäuser durch Medizinischen Dienst nicht weiter  
2922 beschränken**

2923 VhU:

2924 Die Kontrolle von Krankenhausabrechnungen durch den Medizinischen Dienst wurde 2021  
2925 zu Unrecht auf eine Prüfquote von 12,5 Prozent gedeckelt. Diese Überprüfungsbegrenzung  
2926 muss wieder abgeschafft werden, statt weitere Beschränkungen einzuführen. Es darf nicht  
2927 länger zugelassen werden, dass die Krankenkassen auf Kosten der Beitragszahler  
2928 ungeprüfte Krankenhausabrechnungen bezahlen müssen.

2929

2930 CDU und SPD:

2931 „Im Sinne des Bürokratie-Abbaus sollen die Kontrollen des Medizinischen Dienstes auf das  
2932 notwendige Maß beschränkt werden.“

2933

2934 VhU-Bewertung:

2935 Dissens. Bürokratieabbau muss bei den Abrechnungsregeln für die Krankenhäuser  
2936 ansetzen, die keinen unverhältnismäßigen Aufwand verursachen dürfen.